

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Return_of_displaced_people_via_Al-Rasheed_Street_after_casafire_January_2025_Gaza_Strip.jpg

KEIN ENDE DER ZWEITEN NAKBA IN SICHT

Rechtspopulismus

Warum ist der Rechtspopulismus so erfolgreich? Jakob Schäfer	3
---	----------

Klima

Klimaneutrale Energiewende ist ohne Gaskraftwerke möglich, Klaus Meier	10
---	-----------

Dossier

Kein Ende der zweiten Nakba in Sicht	14
Unsere Aufgaben für die Befreiung Palästinas, Büro der Vierten Internationale	15
Eine schmerzhaft Bilanz: zwei Jahre fortgesetzter Katastrophe, Gilbert Achcar	18
Die „ungesetzliche“ Zivilbevölkerung, Yuval Abraham	20
Krieg gegen die Zivilbevölkerung, Yuval Abraham	25
Streiks für Palästina, Marina Forti	29
Die geplante Katastrophe: Gilbert Achcar zur Dialektik von Gaza, Simon Pearson	32
Widerstand in Palästina, Interview mit Salah Hamouri	38
Eine neue israelische Landkarte, Qassam Muaddi	41
Zwanzig Jahre BDS, Omar Barghouti	44
BRICS – antiimperialistische Rhetorik und reale Komplizenschaft, Eric Toussaint	46

Iran

Die gebrechliche islamische Republik Iran, Babak Kia	48
---	-----------

Nicaragua

Die pompöse Beerdigung der Sandinistischen Revolution, Matthias Schindler	52
--	-----------

Syrien

Normalisierung heißt Unterwerfung, Joseph Daher	55
--	-----------

Kongo

Kritische Mineralien und Genozid im Kongo, Phil Hearse	58
---	-----------

Wirtschaft und Ökologie

Sturm in der Kaffeetasse – Auswirkungen der globalen Erwärmung, Phil Hearse	62
--	-----------

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 35,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO,
iso@intersoz.org,
<https://intersoz.org/>
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at,
<https://soal.at/>
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

WARUM IST DER RECHTSPOPULISMUS SO ERFOLGREICH?

Die Strategie und die politischen Konzepte der bürgerlichen Parteien können dem Rechtspopulismus – und speziell der AfD – nicht das Wasser abgraben.

■ Jakob Schäfer

Linke setzen falsch an, wenn sie ausschließlich auf die Verteidigung „der“ Demokratie setzen, erst recht, wenn „die Demokratie“ mit der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gleichgesetzt wird. Der Rechtspopulismus gewinnt auch in anderen Ländern unaufhaltsam an Popularität – und zwar nicht aufgrund von Vermittlungsproblemen oder weil die „Demokraten“ unachtsam sind. Um der Stärkung der Rechten auf den Grund zu gehen, müssen zwei Fragen erörtert werden. Erstens: Was sind die sozialpsychologischen Dispositionen, an denen Rechtspopulist:innen andocken.¹ Zweitens: Was sind die objektiven Grundlagen dafür, dass dies heute besser gelingt als vor etwa 50 oder 60 Jahren?

Was zeichnet den Rechtspopulismus aus?

Zunächst wollen wir kurz umreißen, wodurch sich Rechtspopulist:innen auszeichnen. Weidel, Orbán, Meloni, Trump und andere präsentieren sich als Verfechter:innen des Volkswillens: Sie sind gegen die „Eliten“, gegen Ausländer:innen (die dem „Volk“ Arbeitsplätze, Wohnungen und Geld wegnehmen), gegen ökologische Politik (weil, wie sie meinen, dafür zu sehr an anderer Stelle gespart werden muss), gegen die Medien (die zu oft ein „Für und ein Wider“ präsentieren, wo man doch für einfache Lösungen sein muss). Rechtspopulist:innen sind anti-pluralistisch und strategisch immer dann er-

folgreich, wenn sie auf vermeintliche oder tatsächliche Gefahren hinweisen und diese in ein grelles Licht stellen können. Mit ihrer uneingeschränkten Negativität, also der kompromisslosen Ablehnung des Liberalismus, bieten sie ihren Anhängern das Gefühl einer Einheit gegenüber dem Feind.

Die Zuhörer:innen (Wähler:innen) werden als „Opfer“ einer „Überfremdung“ und eines Raubs durch fremde Mächte und die Elite angesprochen. Deswegen identifizieren sich Weidel, Trump und Co. mit dem „Volk“ und sprechen grundsätzlich von „Wir“. Das Volk ist demnach rechtschaffen und wird von der fernen EU-Bürokratie drangsaliert. Söder, der in vielen Punkten die Strickmuster der Rechtspopulisten übernimmt, verweist gerne auf den ehrlichen, hart arbeitenden Handwerker. Auch Merz nutzt diese Argumentationsweise, wenn er sagt, dass wir uns den Sozialstaat „so nicht mehr leisten“ können. Vor allem Söder macht deutlich, dass die Grenzen zur AfD fließend sind. So reiht er sich mit der Betonung des Bayrischen umstandslos bei denjenigen ein, die auf Identität versus linken Globalismus setzen.

Eng verknüpft damit ist das Ansprechen von Gefühlen, wobei nur die eigenen Moralvorstellungen zählen. Für die moralischen oder kulturellen Werte der Anderen gibt es kein Verständnis, weder in Genderfragen noch beim Flüchtlingsschutz oder beim Kampf gegen die ökologische

Krise. Rechtspopulist:innen nutzen die Zukunftsangst der Menschen und propagieren ein archaisches Weltbild. Sie setzen auf Patriotismus, Identität, Nation, Familie, christliche Religion, Führerkult und Autoritarismus. Feinde sind die linken Globalisierer, die Gleichmacher und natürlich alle Linken, Feministinnen usw., weil diese die Identität zerstören. „Populistische Parteien versprechen, ein Abwehrmittel gegen die schwindende Zusammengehörigkeit zu bieten [...] Ihre Strategie ist es, einen Gegensatz zwischen dem »Wir« und dem »Sie« zu schaffen. Ein zweiter entscheidender Unterschied zu nicht populistischen Parteien ist, dass sie dem »Wir« der eigenen Gruppe Überlegenheit zuschreiben.“².

Zurück zu alten Verhältnissen

Wenn Menschen sich nicht ernst genommen fühlen, übernehmen Emotionen das Kommando. Sie reagieren, „als wären sie einer physischen Bedrohung ausgesetzt“ (Buijssen: 207). Die Menschen lieben die einfache, nicht gekünstelte Sprache und kurze Botschaften und sehen in der Rückkehr zu früheren Zuständen ein Allheilmittel, gerade so, als ob früher alles besser gewesen wäre. Es liegt in der menschlichen Psyche, dass das Negative in der Vergangenheit eher ausgeblendet und das Positive überhöht wird. Die Verklärung der Vergangenheit ist zwar bei älteren Menschen ausgeprägter als bei jüngeren, aber grundsätzlich trifft dies für alle Altersgruppen zu. Die positiven Ereignisse besser im Gedächtnis zu behalten, ist ein psychischer Schutzmechanismus, der es den Menschen erleichtert, schlechte Ereignisse besser zu verarbeiten.

Für die Lösung von Problemen und zur Überwindung gefühlter Unsicherheit propagieren sie am liebsten den Weg zurück zu alten (vermeintlich) guten Zeiten und bedienen dabei vor allem die Vorstellung, dass es nur ein Gut und ein Böse gibt (ein manichäisches Weltbild). Nicht zufällig haben die US-amerikanischen Rechtspopulist:innen, angeführt von Trump, in ihrer zentralen Losung („Make America Great Again“ – MAGA) das „Again“ als wichtigen Bestandteil aufgenommen. Man will zurück zu angeblich alter Größe. Gauland betonte in seiner Rede vom 2. Juni 2018, Deutschland habe eine „ruhmreiche Geschichte“, die Zeit 1933–45 sei nur ein „Vogelschiss in über tausend Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte.“³

Rechtspopulist:innen in den verschiedensten Ländern bedienen sich der folgenden fünf Muster im Sprachgebrauch.⁴ a) Ihre Reden sind grundsätzlich gespickt mit Verweisen auf das Volk, etwa in der Form: „Ich möchte

dem Volk eine Stimme geben“; b) rechtspopulistische Redner:innen sprechen gern vom Gegensatz von „Wir“ (dem Volk“) und den „Eliten“ (nicht selten auch in Verbindung mit den „Altparteien“), etwa mit Formulierungen wie „Wir geben euch, dem Volk, die Macht zurück“. Die Zuhörer:innen werden direkt angesprochen und der Redner/die Rednerin macht sich mit der mehrfachen Verwendung des „Wir“ zu einem/einer von ihnen. c.) Die Altparteien kümmern sich nicht um das Volk (etwa mit Formulierungen wie „das Volk wird von dieser Regierung betrogen“); d) dem politischen Gegner wird ein Etikett angehängt und es werden Ersatzformulierungen genutzt. So wird beispielsweise Brüssel gesagt statt: die EU. Dieses spezifische konkretisierende und vereinfachende Stilmittel erleichtert es den Rechtspopulist:innen, auf den vereinfachenden Gegensatz von Gut und Böse zu setzen. e) Grundsätzlich sind die Zuhörer:innen die Opfer, mit denen sich der Redner/die Rednerin voll und ganz identifiziert. Damit fühlen sich die Zuhörer:innen (d. h. die für den Rechtspopulismus offenen Menschen) ernst genommen, erkennen sich in den rechten Politiker:innen und nehmen deren Empörung für bare Münze.

Woran knüpft der Rechtspopulismus an?

Wir können hier keine erschöpfende Massenpsychologie des Rechtspopulismus leisten. Sie muss erst noch entwickelt werden. Aber wir wollen ein paar Elemente umreißen, die u. E. in einer erweiterten Analyse nicht fehlen dürfen. Der konkrete Verlauf des Aufstiegs der AfD macht deutlich, welche Entwicklungen dem Rechtspopulismus in die Hände spielen. Es sind *vor allem* die Faktoren Angst und Verunsicherung. Die AfD profitierte in den letzten zwanzig Jahren (ähnlich dem Rechtspopulismus in anderen Ländern) von der Wirtschaftskrise 2008/2009, der Pandemie, der hohen Inflation und seit einigen Jahren auch von der wachsenden Kriegsgefahr.⁵ Merz dazu in der „Rheinischen Post“ vom 30.9.2025: „Ich will’s mal mit einem Satz sagen, der vielleicht auf den ersten Blick ein bisschen schockierend ist, aber ich mein ihn genau, wie ich ihn sage: Wir sind nicht im Krieg, aber wir sind auch nicht mehr im Frieden.“ Es sind die belastenden und verunsichernden Krisen, die viele Menschen dazu bewegen, sich der AfD (bzw. einer sonstigen rechtspopulistischen Kraft) zuzuwenden.

Auf wirtschaftliche, soziale oder ökologische Krisen können politische Strömungen sehr unterschiedlich reagieren. unabhängig von der jeweils real umgesetzten Politik stehen ihnen grundsätzlich 6 moralische Fundamente

zur Verfügung.⁶ Fürsorge, Fairness, Freiheit, Loyalität, Autorität und Heiligkeit. Fortschrittliche (linke) Kräfte setzen eher auf die ersten drei genannten, während rechte Kräfte – je nach passender Gelegenheit – alle diese Fundamente nutzen. Es versteht sich, dass sie z. B. Freiheit anders definieren, als Linke und Fortschrittliche das tun, und dass sie Fürsorge grundsätzlich nur als „exklusive Solidarität“ (Dörre) begreifen.⁷

An dieser Stelle sollte betont werden, dass das rechte Wähler:innenspektrum keine festgefügte Einheit ist. Im Laufe der Veränderungen der politischen Konjunktur erweitert es sich (selten wird es kleiner). Mit der Zeit (je häufiger jemand die AfD gewählt hat) festigen sich die rechten Positionen dieser Menschen. So zeigte eine Studie, „dass selbst die extremen Pläne der AfD zur »Remigration« – also zur Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland – nur von knapp 29 Prozent der AfD-Wählenden abgelehnt wird.“⁸

Rechte Wähler:innen (und erst recht die Mitglieder rechter Parteien) lassen sich ganz stark von moralischen Erwägungen leiten, weniger von objektiven, nachprüfbar Fakten. Aber Rechtspopulist:innen und ihre Wähler:innen teilen nicht die bislang in der Gesellschaft mehrheitlich vertretenen Moralvorstellungen. Für sie ist gut und berechtigt, was der Wahrung der eigenen Identität und Sicherheit dient – ruhig auf Kosten der Anderen, der Fremden. Es zählt also nicht political correctness, im Gegenteil: Rechtspopulisten bezeichnen diese als „cancel culture“.

Migration

Kernthema der AfD ist die Zuwanderungsgegnerschaft. Wird man die Ausländer los (und kommen keine mehr rein), dann sind wir (fast) alle Probleme los. Die WSI-Studie 42 stammt vom August 2025 und stützt sich auf umfangreiche Befragungen und auf die Nachwahlanalyse zur Bundestagswahl 2025. „Im Detail sticht die überwältigende Relevanz des Themas Zuwanderungsbegrenzung heraus: ob unter Frauen oder Männern, jung oder alt, Ost wie West, einkommensreich oder -arm – die Begrenzung der Zuwanderung ist das Thema unter AfD-Wählenden, das mit der größten Wichtigkeit bewertet wird. Dieser Aspekt wird in der Forschung zu extrem rechten Parteien häufig anhand der zunehmenden Bedeutung des ‚Nativismus‘ [...] eingefangen – einer Kombination aus nationalistischen Elementen und einer Furcht vor dem vermeintlich Fremden. Dieser Nativismus ist eng verknüpft mit einem Wohlfahrtschauvinismus, bei dem wohlfahrtsstaatliche

Leistungen lediglich für die eigene – ethnisch sehr homogen verstandene – Bevölkerung eingefordert werden. Hinzu kommt, dass sich der Nativismus nicht nur gegen Zugewanderte, sondern auch gegen Erwerbslose richten kann (Rathgeb 2024). Vor allem bei der mit Abstiegsängsten belasteten Mittelschicht könne so Neid geschürt werden (ebd.).“ (WSI-Studie: 24)

Den Menschen, die zur AfD neigen, geht es nicht nur um den Stopp der Zuwanderung. „Auch in der hohen Wichtigkeitsbewertung der Bekämpfung von Kriminalität und der steigenden Lebenshaltungskosten, dem Erhalt des Industriestandorts Deutschland und der Verbesserung der medizinischen Versorgung sind sich AfD-Wählende einig – all den Themen wiesen 62 bis 79 Prozent der AfD-Wählenden die höchste Wichtigkeitsstufe zu. [...]“

Für all diese Themen gibt es ein Grundrezept, das die Rechtspopulist:innen ihren Anhängern empfehlen: Um sich zu behaupten, soll man am besten nach unten treten (und nicht etwa sich zusammenschließen, um sich aktiv gegen die Mächtigen im Land zur Wehr zu setzen). Der rechtspopulistische Politiker „lebt von der Panik im Kopf des Wählers“ (Buijssen: 205). Eng verknüpft mit der Angst ist das Gefühl vieler Menschen, nicht ernst genommen zu werden. Auf der einen Seite kommt hier eine emotionale, wenig begründete Empörung zum Ausdruck, auf der anderen Seite trifft es auch auf reale Verhältnisse zu, vor allem, was die Abgehobenheit staatlicher Politik von den realen Interessen der Menschen angeht.

Sicherheitsparadoxon

Gegen das Angstgefühl hilft bei vielen Menschen nicht die Darlegung objektiver und nachprüfbarer Fakten, etwa dass die Kriminalitätsrate rückläufig ist oder dass Migrant:innen im Schnitt nicht gewalttätiger sind als „Bio-Deutsche“ usw. Schlagendes Beispiel: Trump behauptet wahrheitswidrig, in Washington, Chicago, Portland usw. steige die Kriminalitätsrate. Viele Menschen in den USA glauben ihm, wie auch in Deutschland viele Menschen der AfD glauben, weil sie eine vorgefasste und ausschließlich emotional begründete Position zu den Fragen der öffentlichen Sicherheit haben. Diese emotionale Einstellung ist die Grundlage dafür, dass Trump wohl Recht hat, wenn er sagt: „Ich könnte auf der Fifth Avenue stehen und jemanden niederschießen, und das würde mich keine Wählerstimme kosten.“⁹

Die Erklärung für diese rechte Haltung zur öffentlichen Sicherheit ist komplex. Zum einen liegt heute die Schmerzgrenze niedriger, d. h. viele Menschen empfinden

mehr Dinge als nicht hinnehmbar, als dies früher der Fall war. Zum anderen werden negative Vorfälle (vor allem Gewalttaten) viel intensiver in den Medien ausgeschlachtet. Denn dies ist ein einträgliches Geschäft (nicht nur für die Bildzeitung). Es steigert die Einschaltquoten und bereitet das Terrain für „Reality Shows“. „If it bleeds, it leads“. Wichtig: Das Gefühl der Unsicherheit darf nicht als eine Frage ausschließlich der vorhandenen Kriminalität betrachtet werden, sondern ist vor dem Hintergrund der steigenden allgemeinen Unsicherheit zu sehen. Und hier versagt die Betrachtungsweise von Buijssen, der (fast) alles mit psychologischen Faktoren (mit unseren Veranlagungen usw.) und der unklaren Sprache sowie den Verhaltensfehlern der Politiker:innen erklärt haben will

AfD-Anhänger:innen wollen nicht nur wahrgenommen werden, sie haben oft auch unterdrückte Ambitionen. Dass Menschen nicht das erreichen, was sie sich vorgenommen haben, gab es schon immer. Doch früher war man in eine bestimmte soziale Lage „hineingeboren“ und hat es als „natürlich“ angesehen, dass diese Konstellation sich im Wesentlichen so fortsetzt. Heute aber wird den Menschen pausenlos vorgespielt: Wer hart arbeitet, bringt es zu was und kann die soziale Leiter hochklettern. Dass dies in der großen Mehrzahl der Fälle gerade nicht gelingt, führt oft zu schwer oder nicht beherrschter Frustration.

Diese negativen Erfahrungen und Erkenntnisse oder auch dumpfen Gefühle werden von anderen Momenten begleitet: Die Menschen erleben oft – und zwar nicht nur am Arbeitsplatz, dass sie mehr als früher überwacht werden und dass ihre Autonomie zunehmend eingeschränkt wird. Unzufriedenheit beruht laut Buijssen (S. 155 ff) auf: relativer Deprivation (wir vergleichen uns mit anderen, die im Gegensatz zu uns ihren Wohlstand vermehren); Verlustaversion (Verluste werden höher bewertet als Gewinne); ungerechter Ungleichheit, normativer Überhöhung und Gewohnheit. Buijssen misst diesen Momenten unseres Erachtens zu viel Bedeutung bei, doch er hat Recht, wenn er auf S. 165 eine Magret Oostveen zitiert: „Je mehr Menschen damit übereinstimmen, sich nicht in die Gesellschaft integriert oder sich nicht geschätzt zu fühlen, desto mehr unterstützen sie populistische Parteien.“

Es zählen also nicht nur die materielle Lage und die Abstiegsängste, sondern auch Ausgrenzung usw.

Verbundenheit mit dem Ganzen

Der Angst und der Verunsicherung stellen Menschen, die auf die rechtspopulistische Botschaft positiv reagie-

ren, den Wunsch nach einem „ozeanischen Gefühl“ entgegen. Damit bezeichnete Romain Rolland den Eindruck oder den Willen, sich in Einheit mit dem Universum (oder mit dem, was „größer als man selbst“ ist) zu fühlen. Freud beschrieb das ozeanische Gefühl als einen seelischen Zustand unauflösbarer Verbundenheit mit dem Ganzen. Demnach sehnen sich viele Menschen nach einer intakten Welt, ohne Widersprüche und ständig neu auftauchende Probleme, und neigen dann leicht dazu, die Zeit zurückdrehen zu wollen. Menschen, die sich von Rechtspopulist:innen beeindrucken lassen, folgen recht schnell der Argumentation, dass alles besser wird, wenn die „Volksgemeinschaft“ biologisch, kulturell usw. wieder homogener wird.

Statt also die anderen Menschen und die anderen Kulturen als Bereicherung zu erleben, stimmen sie in den Chor ein, dass die „Anderen“, die Fremden „uns“ etwas wegnehmen, „uns“ gefährden usw. Das Gefühl der Verunsicherung kommt zwar nicht aus heiterem Himmel, aber es bleibt diffus und die Antwort darauf wird nur emotional geäußert. Es ist ein wesentliches massenpsychologisches Element des Rechtspopulismus, genau dies zu befördern und auszuschlachten. So lässt sich augenscheinlich recht gut von den realen Klasseninteressen ablenken und die Menschen in eine Sackgasse orientieren. Den Menschen zu vermitteln, dass sie Teil einer Gruppe (einer Gemeinschaft) sind, verleiht ihnen das Gefühl der Wertschätzung und der Sicherheit. Das funktioniert dann am besten, wenn es ein Gegenüber gibt, einen Feind, den man von dieser Gemeinschaft ausschließen kann. Das „Wir-gegen-sie“, dieses polarisierende Gruppengefühl, wird grundsätzlich kulturell, häufig auch biologisch begründet, zum Teil auch sozial, wenn es etwa um Menschen am unteren Ende der sozialen Leiter geht (Bürgergeldempfänger:innen usw.). Aber es wird niemals auf den Gegensatz von Kapitaleignern und Lohnabhängigen bezogen.

Mit dieser Polarisierung werden nicht zuletzt ungebundene Individuen angezogen, die keine verlässlichen (belastbaren) sozialen Beziehungen in ihrem Umfeld haben. Das von den Rechtspopulisten gepflegte „Wir-Gefühl“ hat so eine gewisse Sogwirkung. Die Verbindung der „Wir-Gemeinschaft“ mit der Botschaft der eigenen Überlegenheit fördert die Radikalisierung.

Sind die Kolleg:innen im Betrieb emotional auf die o. g. Wertungen fixiert, ist es schwierig, ihnen

beispielsweise zu vermitteln, dass Migrant:innen nicht wegen der Sozialsysteme hierherkommen, sondern weil sie gute Arbeitsmöglichkeiten suchen.

Wer folgt den Rechtspopulist:innen?

Der Rechtspopulismus stärkt (leider erfolgreich) die Vorstellung, dass Bevölkerungsgruppen nur gewinnen können, wenn andere Gruppen verlieren (im Grunde ist dies ein Narrativ, das sich aus der Verinnerlichung der Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaft, also der Konkurrenzgesellschaft ergibt).

Zwei Momente sind besonders ernüchternd. Zum Ersten: Die *Trendstudie Jugend in Deutschland 2025* belegt, dass diese Jugend politisch fragmentiert ist. Viele junge Menschen legen eine tiefe Skepsis gegenüber den bestehenden Institutionen an den Tag, was für sich genommen positiv sein kann. Aber leider ist diese Skepsis häufig mit der Ablehnung jeglicher demokratischer Prozesse und der Sympathie für nationalistische Vorstellungen verbunden. Die AfD gewinnt vor allem bei jungen Männern, aber nicht nur: „Gleichzeitig ist der Frauenanteil unter den AfD-Neuwählenden (40,5 Prozent) und vor allem auch unter den neuen AfD-Anhänger*innen seit 2024/2025 (47,4 Prozent) deutlich höher als zuvor. Unter den zuletzt in 2024/2025 zur AfD gewechselten Befragten lässt sich also erstmalig kein Männerüberschuss mehr aufzeigen.“ (WSI-Studie: 16)

Zum Zweiten: Nicht nur Menschen aus unteren Schichten folgen den Rechtspopulist:innen. Laut einer Untersuchung von 2016 gehört ein Drittel der AfD-Wähler:innen zum reichsten Fünftel des Landes¹⁰. Das hat sich bis heute nicht wesentlich geändert und ist ein wesentlicher Unterschied zur Anhängerschaft der NPD (heute „Die Heimat“), bei der das ärmere Fünftel ein knappes Drittel der Wählerschaft ausmacht.

Warum verfährt der Rechtspopulismus mehr als früher?

Dass viele Menschen auf Äußerlichkeiten emotional reagieren, sich beeindrucken lassen und von scheinbar einfachen Lösungen irreleiten lassen, ist nicht wirklich neu. Auch sollten vor allem die o. g. Momente der Erwartungen einer schnelleren Bedürfnisbefriedigung usw. nicht überbewertet werden. Sie spielen allerdings für die Taktik der Rechtspopulist:innen (von der AfD bis zu Trump) eine Rolle, genauso übrigens wie die heute viel ausgefeilteren Manipulationsmechanismen der Medien (von den sogenannten Qualitätsmedien wie der FAZ bis zu TikTok).

Die entscheidenden, durchgreifenden Faktoren liegen allerdings auf einer anderen Ebene, die von den meisten Soziologen – auch von den meisten Kulturosoziologen – und Psychologen nicht beachtet werden: Der Charakter der Epoche hat sich im Vergleich zur Zeit des Wirtschaftswunders und der Jahre danach qualitativ geändert.

Wichtiger als alle anderen Momente ist die systembedingte größere soziale und allgemeine Unsicherheit. Die Durchsetzung neoliberaler Politik – vor dem Hintergrund gesunkener Profitraten und verschärfter Konkurrenz – hat nicht nur die sozialen Sicherungssysteme kontinuierlich und dauerhaft ausgehöhlt, sondern auch den Druck in den Betrieben erhöht. Weite Teile der Bevölkerung erleben das Geschehen in Politik und Gesellschaft als eine nicht enden wollende Reihe von Verschlechterungen der allgemeinen Lebensgrundlagen. Viele empfinden dies dumpf als eine Systemkrise, zu der die „Altparteien“ keine Alternative bieten. Diverse Studien belegen: Die Mehrheit der Lohnabhängigen geht davon aus, dass es den eigenen Kindern und Kindeskindern nicht besser gehen wird als einem selbst. Das Gefühl der Unsicherheit ist also sehr tiefgreifend und existentiell.

Ein weiteres Beispiel ist der Klimawandel: Vor allem Menschen, die von Abstiegsängsten geprägt sind, fühlen sich von den Anpassungsmaßnahmen und den daraus für sie entstehenden Kosten und Unannehmlichkeiten genervt. Darauf reagieren viele entweder mit der Leugnung des Klimawandels oder aber mit dem Wunsch, dass andere dafür zahlen sollen, „nicht wir“. „Es gibt keine liberale Vision für eine Umstellung der Lebensweise weg vom intensiven Energie- und Materialverbrauch. [...] Diese politische Lücke wird von der extremen Rechten besetzt. Ihre Botschaft ist einfach, aber wirkungsvoll. Sie lautet: »Niemand braucht sich für diese Lebensweise zu schämen oder sich schuldig zu fühlen. Wir machen weiter wie bisher.« Der Autoritarismus ist also die reaktionäre Antwort auf die Verteidigung des gefährdeten Status quo und unsere Freiheiten mit allen Mitteln. [...] Trump bietet eine willkommene Abwechslung von den Schuldgefühlen, der Resignation und der Lähmung, die sich mit der Klimakrise breitmachen. [...] Von Studien über Autoritarismus wissen wir, dass es schwierig wird, wenn Menschen glauben, dass sie die Dinge nicht mehr unter Kontrolle haben. Und die Klimakrise ist eine Situation, in der die Dinge zunehmend außer Kontrolle geraten. Das erklärt den autoritären Wunsch nach einer Führung, die behauptet, alles im Griff zu haben.“¹¹

Cara Daggett beschreibt in ihrem Beitrag recht gut die Situation, benennt aber nicht das Subjekt, das in der Lage

ist, dem Autoritarismus Einhalt zu gebieten, nämlich die organisierte Kraft klassenbewusster Arbeiter:innen. Der Hinweis, dass „soziale Ungerechtigkeit und Klimakrise untrennbar miteinander verbunden sind“ (a. a. O. S. 57) reicht da nicht.

Von der Leugnung des Klimawandels ist es nicht mehr weit zur Annahme, dass man die eigenen Interessen am besten durch das Treten nach unten durchsetzen kann. Für diese Einstellung sind bestimmte Persönlichkeitsdispositionen besonders empfänglich, doch eine klare Abgrenzung gibt es nicht. So manche beginnen ihre Entwicklung des Abgleitens zu rechtsextremen Positionen mit dem Schimpfen auf Maßnahmen gegen den Klimawandel (etwa die CO₂-Steuer) und öffnen sich mit der Zeit zunehmend für andere „Argumente“ und Forderungen des Rechtspopulismus. Die WSI-Studie offenbart, dass diese Menschen mit der Zeit nach rechts rücken, je länger sie sich im Dunstkreis der AfD aufhalten oder die AfD wählen. Dort treffen sie auf die Menschen, die – unabhängig von der eigenen materiellen Lage oder von Abstiegsängsten – sowieso schon rassistisch waren und diese Einstellung schon früh (etwa von Vertretern der älteren Generation) übernommen hatten. Der Grundstock an Fremdenfeindlichkeit (Rassismus) ist in Deutschland traditionell sehr hoch¹² und findet in der heutigen Periode leicht neue Verbündete.

Zu diesen ökonomischen und politischen Ausgangsbedingungen kommt in den letzten Jahren ein weiteres, sehr bedeutendes Moment hinzu: die wachsende Kriegsgefahr. Die Politik der Ampel und jetzt der Merz-Regierung zielt auf die Herstellung von Kriegstüchtigkeit (gewaltige Ausgaben für das Militär, Erhöhung der Spannungen durch Verlegung von Truppen nach Osteuropa usw.). Dies verstärkt das Gefühl der allgemeinen Verunsicherung. Nun ist die AfD gewiss keine pazifistische Partei, sondern eine Partei, die sich für den deutschen Imperialismus starkmacht, aber sie wird von vielen Menschen als Gegnerin genau dieser Konfliktverschärfung in der Ukraine und an der „Ostflanke der NATO“ wahrgenommen.

Vielen Menschen, die nicht für linke Alternativen offen sind, bietet sich in dieser Situation nur an, gegen die Bankrotteure von Union und SPD die AfD zu bevorzugen.

Welche Kraft stellt sich der herrschenden Politik entgegen? Besonders gravierend bei der Verschlechterung der politischen Lage: Die deutschen Gewerkschaften haben sich von der Organisation eines gesellschaftlichen Widerstands gegen die Maßnahmen von Kabinett und Kapital verabschiedet.

■ Wenn also auf der gewerkschaftlichen und politischen Ebene keine Kraft wirkt, die gesellschaftlich wahrnehmbar

ist oder zumindest erkennbar für eine fortschrittliche Systemalternative kämpft und dafür eine relevante Unterstützung erfährt,

■ wenn die bürgerlichen Parteien (von der CSU bis zu den Grünen) der AfD in der scheinbaren Schlüsselfrage deutscher Politik Recht geben (dass nämlich die Verschärfung der Flüchtlingspolitik der Weg zur Besserung der allgemeinen Lage ist),

dann kann dies die AfD nur weiter stärken. Warum sollten die Menschen die Kopie wählen, wenn doch das Original existiert. In dieser Konstellation des zunehmenden Gefühls der Systemkrise müsste die Partei Die LINKE für eine in sich stimmige antikapitalistische Alternative werben. Das würde gewiss zwar nicht auf Anhieb für viele Wähler:innenstimmen sorgen, aber es wäre langfristig die einzige wirksame Perspektive im Kampf gegen den Rechtspopulismus, weil nur so eine glaubwürdige gesellschaftliche Gegenmacht aufgebaut werden kann. Das Auftreten der Partei auf Bundesebene, Landesebene und in den meisten Kommunen wird – zu Recht – als nicht grundsätzlich systemoppositionell wahrgenommen.

Welche Schlussfolgerungen?

Das Eintreten für ein AfD-Verbot ist ein falscher Weg zur Bekämpfung des Rechtspopulismus. Aus der oben geschilderten Gemengelage von objektiven und subjektiven Faktoren ergibt sich, dass nicht die Existenz der AfD viele Menschen zu Anhängern einer rechtspopulistischen Politik macht. Bürgerproteste gegen eine Flüchtlingsunterkunft, Ausländerhass und Agitation gegen „Sozialschmarotzer“ gibt es auch ohne Zutun der AfD. Die Jagd auf Ausländer findet in vielen Regionen zumindest passive Unterstützung. Kurz: Alle Gründe, die einen bedeutenden Teil der Bevölkerung für rechtes Gedankengut empfänglich machen, bleiben nach einem AfD-Verbot bestehen. Dies wird auch an dem „Normalisierungsprozess“ deutlich, der das Gedankengut der AfD längst zu einer „vertretbaren“ Position gemacht hat, selbst bei denen, die diese Position nicht teilen.

In den USA ist die politische Spaltung quer durch die Bevölkerung (und selbst durch viele Familien) bedeutend weiter vorangeschritten, was mit der besonderen, polarisierenden Form des trumpistischen Rechtspopulismus zusammenhängt. Trump hat ein „Bauchgefühl“ für das, was bei vielen verunsicherten Menschen ankommt. In Deutschland (wie in Italien, Frankreich und vielen anderen Ländern) denken die Anhänger:innen der AfD, dass das Land unter der Führung der „Altparteien“ den Bach runtergeht.

Deswegen setzen sie bewusst auf eine ihrer Ansicht nach radikale Alternative und lassen sich von Einschätzungen des Verfassungsschutzes in keiner Weise beeindrucken. Die AfD wird nicht trotz, sondern wegen ihrer migrationsfeindlichen Positionen gewählt (WSI-Studie: 54).

Mit einem Verbot der AfD würde sich nichts zum Besseren wenden, eher würde das Gegenteil eintreten: Wird die AfD zu einer Märtyrerin gemacht, wird dies die rechtspopulistischen und faschistischen Anhänger (sie stellen einen Großteil der Mitgliedschaft und des sonstigen Anhangs) nicht bekehren, sondern ihre Wut nur steigern und sie eher motivieren, noch rechtliche Positionen zu vertreten. Hinzu kommt, dass das Rufen nach dem Staat dessen Legitimität und Autorität beim Verbieten von Verbänden und Parteien (auch aus der Linken) nur stärkt.

Was ist also zu tun?

In allen gesellschaftlichen Bereichen und auf den unterschiedlichsten Ebenen muss eine konsequente Argumentation gegen die Grundorientierung des Rechtspopulismus entwickelt und offensiv vertreten werden. Demos gegen die AfD, die nur den rassistischen, halbfaschistischen Kern der AfD-Politik kritisieren und sich auf die Darstellung der Parallelen zur Politik des Hitlerfaschismus beschränken, bleiben wirkungslos, so auch die großen Massendemos, die in zwei Wellen von bürgerlichen Politikern angestoßen und beherrscht wurden.

Einzig und allein die Propagierung eines Gegenprogramms – also gegen die AfD und gegen die Politik der Herrschenden – kann eine Orientierung bieten und zum Nachdenken und Umdenken führen, nämlich für solidarisches Handeln gegen diejenigen, die von der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung profitieren und die Lebensgrundlagen gegen die Wand fahren. Dies erfordert eine klare Positionierung in der Klassengesellschaft. Ohne einen begründeten Standpunkt im und für den Klassenkampf von unten und ohne eine Vision der Gesellschaftsordnung, für die es sich zu kämpfen lohnt, ist eine widerspruchsfreie Argumentation gegen den Rechtspopulismus nicht möglich. Nur dann kann mittel- und langfristig eine fortschrittliche Kraft als Alternative zu allen Rechten und zum Kapitalismus aufgebaut werden.

Aber: Auch eine konsequente linke Propaganda reicht nicht. Entscheidend ist, ob es solidarischen Bewegungen gelingt, wenigstens hier und da Teilsiege zu erringen, die deutlich machen können, was der herrschenden Politik entgegensetzen ist. Auf den bürgerlichen Staat zu bauen, ist eine trügerische Versuchung, die nur von der eigentlichen

Aufgabe ablenkt. Es gilt die Parole „Gegen rechts hilft nur links“ in der täglichen Auseinandersetzung in gesellschaftlichen Kämpfen mit Inhalten und wirklicher Bewegung zu füllen.

Jakob Schäfer ist Mitglied der Redaktion der Zeitschrift *die internationale*, langjähriger Gewerkschaftsaktivist und aktiv in der VKG

1 Hier können sicherlich die Erkenntnisse der Evolutionären Psychologie brauchbare Hinweise geben. Ich meine allerdings, dass in dieser Hinsicht Huub Buijssen (*Die Psychologie des Populismus. Warum der Menschen anzieht – und wie wir seinen Einfluss stoppen*. Weinheim – Beltz – 2025; niederländische Erstausgabe 2024) übertreibt und er die Forschungsergebnisse von Anthropologen zu wenig berücksichtigt. Gleichwohl gibt Buijssens Buch wichtige Hinweise, auf die wir weiter unten zurückkommen.

2 Buijssen, a. a. O. S. 54

3 <https://juergenfritz.com/2018/06/07/vogelschissrede/>

4 Hier folgen wir im Wesentlichen den Darlegungen von Buijssen, a. a. O. S. 22 ff

5 Die *WSI-Studie 42* (https://www.wsi.de/fpdf/HBS-009196/p_wsi_studies_42_2025.pdf) zeichnet dies anhand von Zahlen zu den Wählerwanderungen nach. Wichtig: Ende 2021/Anfang 2022 (also noch vor Beginn des Ukrainekriegs) lag die Inflation schon bei 4 Prozent.

6 Wir stützen uns hier auf die Ausführungen von Buijssen, der dies von Haidt übernommen hat: Haidt, Jonathan, *The Righteous Mind: Why Good People are Divided by Politics and Religion*, New York (Pantheon) 2013

7 Dörre erläuterte diesen Begriff anhand der heute verengten Praxis von Solidarität in gewerkschaftlichen Kreisen. Siehe etwa: „Exklusive Solidarität und die national-soziale Gefahr“ <https://www.youtube.com/watch?v=4v6lO7ZqNnI>

8 WSI-Studie, S. 24

9 So eine seiner Prahlereien im Wahlkampf 2016. <https://www.washingtonpost.com/news/post-politics/wp/2016/01/23/donald-trump-i-could-shoot-somebody-and-still-have-support/>

10 <https://www.iwkoeln.de/studien/knut-bergmann-matthias-diermeier-judith-niehues-ist-die-afd-eine-partei-der-besserverdiener-280617.html>, Seite 2

11 Cara New Daggett: „Man muss das autoritäre Begehren begreifen.“ In *medico international*, Rundschreiben 02/25, S. 53 f. u. S. 56.

12 Zu dieser langjährigen Verankerung des Rassismus siehe die Sinus-Studie von 1981. Martin Greiffenhagen: *5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“ Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen*. Reinbek bei Hamburg 1981.

KLIMANEUTRALE ENERGIEWENDE IST OHNE GASKRAFTWERKE MÖGLICH

Statt wirklich die Energiewende einzuläuten, bedient die Bundesregierung die Interessen der fossilen Energiewirtschaft.

■ Klaus Meier

Im letzten Winter hat die Anti-Klimaschutz-Lobby nach Kräften Ängste gegen sogenannte Dunkelflauten geschürt. Damit sind Phasen gemeint, in denen im Herbst und Winter über einen längeren Zeitraum eine Hochdruckphase über Mitteleuropa liegt. Dann gibt es wenig Wind und der Himmel ist mit zähem Hochnebel bedeckt. In dieser Zeit gibt es kaum Windenergie und noch weniger Solarstrom. Erfreulicherweise sind diese Phasen recht selten und sind im vergangenen Winter nur an wenigen einzelnen Tagen aufgetreten. Untersuchungen der Wetterstatistik haben gezeigt, dass sie im Durchschnitt nur ein bis zwei Wochen pro Jahr auftreten.

1. Einsatz von Erdgaskraftwerken gegen Dunkelflauten?

Obwohl Dunkelflauten so selten auftreten, nutzt die Kohle- und Erdgas-Lobby diese Wettererscheinungen jedes Jahr pünktlich zum Herbstbeginn für einen massiven Propagandawirbel. Ihre Behauptung: Die erneuerbaren Energien seien für die sichere Stromversorgung des deutschen Industriestandortes völlig ungeeignet. Wenn man weiter auf erneuerbare Energien setzen würde, käme es in einer Dunkelflaute zwangsläufig zu einem Zusammenbruch des Stromsystems, einem sog. Blackout. Insbesondere die Erdgas-Lobby hat damit ein neues Thema gefunden, um für ein fossiles Rollback der Stromversorgung zu werben.

In der Vergangenheit hat sie immer das Märchen verbreitet, dass Erdgas eine Übergangstechnologie sei, die wir dringend brauchen. Das wirkt immer weniger und auch die Nordstream-Leitung für Erdgas aus Russland ist mittlerweile kaputt. Da kommt das Thema Stromblackout wie gerufen. Außerdem hat die Gas-Lobby jetzt sogar eine Person aus ihren Reihen in der Regierung: Katharina Reiche. Anfang des Jahres mutierte die Gasmanagerin innerhalb weniger Tage zur neuen Wirtschaftsministerin. Die Brandenburgerin war zuvor Chefin der E.ON-Tochter Westenergie. In dieser Zeit war sie verantwortlich für 10 000 Beschäftigte und 38 000 Kilometer Gasnetze vom Emsland bis zum Hunsrück und stand für einen Konzernumsatz von 6,5 Milliarden Euro. Ihre neue Position nutzt Reiche vehement, um für den Bau neuer Erdgaskraftwerke zu werben. Diese seien ideal, um kurzfristig Strom zu erzeugen und sie könnten somit auch eine länger andauernde Dunkelflaute überbrücken. Bis 2030 sollen neue Gaskraftwerke mit einer Gesamtleistung von mindestens 20 Gigawatt gebaut werden. Das wären 30 bis 40 Anlagen. Eine Studie von Frontier Economics weist darauf hin, dass dies extrem teuer und zudem völlig überdimensioniert wäre. Der Einsatz der Kraftwerke wäre bestenfalls in einer Dunkelflaute sinnvoll, also vielleicht ein bis zwei Wochen pro Jahr. Da sich der Betrieb der teuren Kraftwerke für diese kurze Zeit nicht lohnen würde, dürfte die Gas-Lobby versuchen, ihre zukünftigen Gas-

kraftwerke viel häufiger laufen zu lassen. Erdgas ist aber im Vergleich zu den Erneuerbaren Energien wesentlich teurer, was den Strompreis hochtreiben würde. De facto will die Gas-Lobby ihr teures und klimaschädliches Produkt nicht nur der Gesellschaft aufzwingen, sondern sie will sich auch noch von den Stromnutzern subventionieren lassen.

2. Freisetzung des Klimakillers Methan bei der Erdgasnutzung

Zudem verschweigt die Gas-Lobby, dass bei der Förderung und dem Transport von Erdgas erhebliche Mengen Methan entweichen. Methan ist ein Klimagas, das den Treibhauseffekt noch deutlich mehr verstärkt als CO₂. Bereits jetzt steigt die Methan-Konzentration in der Atmosphäre kontinuierlich an. Bezüglich seiner Halbwertszeit scheint Methan (CH₄) zwar auf den ersten Blick harmloser zu sein als Kohlendioxid. Während CO₂ Tausende von Jahren in der Atmosphäre verbleibt, ist die Halbwertszeit von Methan auf 12 Jahre beschränkt. Allerdings ist Methan ein viel stärkeres Treibhausgas als CO₂, was bedeutet, dass es pro Molekül eine viel größere Erwärmungswirkung hat. Über eine Zeit von 20 Jahren betrachtet wirkt es 86mal stärker als CO₂ und über 100 Jahre immer noch 28mal stärker als CO₂. Die angebliche Brückentechnologie Erdgas führt also zu massiven Klimaschäden in der nahen Zukunft. Eine Studie des renommierten Wissenschaftlers Robert Howarth mit dem Titel „The greenhouse gas footprint of liquefied natural gas (LNG) from the United States“ kommt zu dem Schluss, dass es sogar besser wäre, Kohle zu verbrennen als Flüssigerdgas aus den USA zu nutzen.

3. Erdgas bedeutet auch Importabhängigkeit

Gegen Gaskraftwerke spricht außerdem die damit einhergehende Importabhängigkeit. Der größte Teil des in Deutschland verwendeten Erdgases wird über Pipelines aus Norwegen und den Niederlanden importiert. Bisher wird nur ein kleiner Teil als Flüssigerdgas (LNG) in großen Spezialtankern aus den USA geliefert. LNG ist ein sehr teures Produkt, da es aufwändig per Fracking gefördert werden muss. Bei diesem Verfahren wird besonders viel Methan freigesetzt. US-Präsident Trump versucht derzeit, mittels eines erpresserischen Handelsabkommens große Mengen des klimaschädlichen LNG in den europäischen Markt zu drücken. Die EU-Präsidentin von der Leyen hat sich dazu verpflichtet lassen, über einen Zeitraum von drei Jahren Energieprodukte im Wert von 750 Milliarden Dollar aus den USA zu kaufen. Um dies zu erreichen, müssten die EU ihre Energieimporte aus den USA verdreifachen, da im Jahr 2024 die US-Importe

te nur bei 77 Milliarden Dollar lagen. Dabei geht es neben Öl, Kohle und Atombrennstoffen vor allem um das teure Flüssigerdgas (LNG). Das macht deutlich, dass die deutsche Wirtschaftsministerin Reiche mit ihren Erdgaskraftwerken nicht nur eine Refossilisierung der deutschen Energieversorgung betreibt, sondern dem US-Präsidenten Donald Trump gleichzeitig das Geschäft erleichtert.

4. Neue Speichersysteme und die Erdgas-Lobby

Da die erneuerbaren Energien mittlerweile deutlich kostengünstiger als Kohle, Erdgas oder Atomkraft sind, könnten sie eigentlich die Grundlage für eine unschlagbar preisgünstige Stromversorgung bilden. Eine Voraussetzung dafür ist aber die Beantwortung der Frage, wie man mögliche Dunkelflauten und windarme Nachtphasen überbrücken kann. Stromspeicher wären eine Lösung und wurden in der Vergangenheit immer wieder in die Diskussion gebracht. Dabei ging es vor allem um Pumpspeicherkraftwerke. Diese Anlagen nutzen überschüssigen Strom, um Wasser von einem Unterbecken in ein höher gelegenes Oberbecken zu pumpen. Bei Strombedarf fließt das Wasser aus dem Oberbecken zurück, treibt eine Turbine samt einem Generator an und erzeugt darüber elektrische Energie, die ins Netz eingespeist wird. Auf diese Weise fungiert das Kraftwerk als eine Art „grüne Batterie“, die Angebot und Nachfrage im Stromnetz ausgleicht.

Allerdings haben alle deutschen Pumpspeicherkraftwerke in Deutschland zusammen nur eine installierte Nettoleistung von gerade einmal 6 500 Megawatt, was nicht viel ist. Die größten Anlagen befinden sich in Baden-Württemberg, Thüringen und Sachsen. Das größte heimische Pumpspeicherkraftwerk ist das PSW Goldisthal in Thüringen mit einer Leistung von 1 060 Megawatt. Trotz des hohen Speicherbedarfs beim Übergang zu einem Energiesystem, das auf Wind und Sonne basiert, war hierzulande der Bau neuer Pumpspeicherkraftwerke bisher kaum möglich. Dagegen sprachen die hohe Siedlungsdichte in Deutschland und die großen Anforderungen an den Landschaftsschutz.

Doch die Lage bei den Speichern hat sich mittlerweile vollkommen geändert. Der Grund ist die schnelle Zunahme elektrischer Speicher. Man kann mittlerweile von einem regelrechten Boom sprechen. Die Herstellungskosten und damit die Preise der großen Batteriespeicher sind dramatisch gesunken. Ein aktuelles Beispiel ist der geplante Eco-Stor-Batteriespeicher in Staßfurt in Sachsen-Anhalt mit einer Leistung von 300 Megawatt. Er soll 714 Megawattstunden Strom speichern können und ab 2026 in Sachsen-Anhalt in Betrieb gehen. Das würde ausreichen, um drei Millionen

Haushalte eine Stunde lang mit Strom zu versorgen. Der Speicher wird das Dreifache dessen leisten, was Deutschlands größter Speicher in Bollingstedt, Schleswig-Holstein, aktuell leistet.

Das ist jedoch erst der Anfang beim Aufbau von Speichern. So erklärte der Netzbetreiber „50 Hertz“ jüngst gegenüber dem Photovoltaik-Magazin, dass er bis 2029 insgesamt 93 Netzanschlusszusagen für Speicher mit einer Gesamtleistung von 12 Gigawatt erteilt habe. Das ist allein rund doppelt so viel Speicherkapazität wie die deutschen Pumpspeichieranlagen insgesamt haben. Es gibt zusätzlich mehr als doppelt so viele Netzanschlussbegehren an den Netzbetreiber „50 Hertz“. Und bei den anderen drei großen Netzbetreibern sieht die Lage ähnlich aus. Laut dem Photovoltaik-Magazin lagen bei allen Betreibern zusammen bereits im Januar 2025 über 650 Anfragen für Großspeicher vor. Wenn sie alle gebaut würden, käme man auf eine Gesamtleistung von 226 Gigawatt. Es ist ein regelrechter Batterie-Tsunami, der sich entwickelt. Dadurch entsteht bei den Möglichkeiten der Stromversorgung eine vollkommen neue Situation.

Bisher war es so, dass an sonnigen Tagen um die Mittagszeit Photovoltaik-Strom im Überfluss zur Verfügung stand. Doch er konnte vielfach nicht genutzt werden und die Solar- und Windkraft-Anlagen mussten sogar abgeschaltet werden, um die Netze nicht zu überlasten. Das führte zu dem Paradoxon, dass ohne Speicherkapazitäten schon am Abend wieder konventionelle Kraftwerke einspringen mussten, um den Strombedarf zu sichern. Das galt zumindest dann, wenn keine Windkraft zur Verfügung stand. Mit dem massiven Zuwachs bei den Batterien wird sich die Lage aber vollkommen ändern. Diese Systeme können den billigen Solarstrom aus der Mittagszeit zukünftig zwischenspeichern und in den Abend- und Nachtstunden wieder zur Verfügung stellen. Schwankungen bei der Stromerzeugung im Tag-Nacht-Rhythmus können so ausgeglichen werden. Und auch für den kommenden Tag wird noch Strom aus den Speichern zur Verfügung stehen. Die Zeiten des mittäglichen Stromüberschusses werden damit in Kürze Vergangenheit sein. Die Propagandisten der Gasindustrie haben dies noch nicht wahrgenommen (bzw. wollen es nicht wahrnehmen), wenn sie behaupten, wir hätten zu viel nutzlosen Solarstrom und müssten deswegen die Mengen der Photovoltaikanlagen reduzieren. So argumentiert auch Katherina Reiche, die die Zahl der Solarstromanlagen ausbremsen will. Das Gegenteil ist richtig: Auch wenn heute bereits rund 60 Prozent der Stromversorgung auf erneuerbaren Energien beruht, muss dieser Anteil noch weiter ausgebaut werden. Und der

Bedarf an Strom aus erneuerbaren Quellen wird sogar noch zunehmen. So müssen wir unsere fossile Wärmeversorgung schnellstmöglich auf Wärmepumpen umorientieren. Außerdem muss auch die Energie für wichtige Teile der industriellen Produktion (Glas-, Papier- und Chemieindustrie) von Erdgas auf erneuerbaren Strom umgestellt werden. Das alles trifft natürlich auf den heftigen Widerstand der Erdgas-Lobby, deren Geschäftsmodell durch die erneuerbaren Energien untergraben wird.

5. Für die Übergangszeiten Dunkelflauten vermeiden

Die rasante Entwicklung der neuen Stromspeicher verbessert die Lage für den nichtfossilen Umbau unseres Energiesystems sehr deutlich. Trotzdem muss der Speicheroptimismus etwas gedämpft werden, denn längere Dunkelflauten im Herbst und Winter, die mehrere Tage und sogar Wochen dauern, werden die neuen Speicher voraussichtlich nicht überbrücken können. So werden im Schnitt in Deutschland zwischen einer und zwei Terrawattstunden Strom pro Tag verbraucht. Für mehrere aufeinander folgende Tage ohne Wind und Sonne dürfte daher auch die Kapazität der neuen Speicher nicht ausreichen. Das Problem lässt sich lösen, indem man langfristig Wasserstoffkraftwerke einsetzt, um ein bis zwei Wochen Dunkelflaute pro Jahr zu überbrücken. Allerdings sind die Kosten für Strom aus Wasserstoffkraftwerken aktuell sehr hoch, da neben den Bau- und Erhaltungskosten auch die Beschaffungskosten für Wasserstoff berücksichtigt werden müssen. Die Stromgestehungskosten für erneuerbare Energien sind im Vergleich dazu sehr niedrig, selbst wenn man die Kombination mit elektrischen Speichern berücksichtigt.¹ WissenschaftlerInnen sind sich daher darin einig, dass man Wasserstoffkraftwerke erst dann bauen sollte, wenn eine Wasserstoffwirtschaft bereits existiert und die Preise für dieses Gas wesentlich günstiger geworden sind. Bei den heutigen geringen Wasserstoffverfügbarkeiten und den hohen Wasserstoffpreisen wäre das schlicht Verschwendung.

6. Die Wahnsinnspläne der Erdgas-Lobby verhindern

Das gilt umso mehr, als die Erdgas-Lobby schon darauf wartet, mögliche Wasserstoffkraftwerke vollumfänglich mit ihrem eigenen Wasserstoff zu versorgen. Das wäre dann aber kein klimafreundlicher „grüner Wasserstoff“, der dadurch entsteht, dass Wasser mit Hilfe von Wind- und Solarenergie emissionsfrei zerlegt wird. Die Erdgas-Lobby propagiert stattdessen den sog. „blauen Wasserstoff“. Er wird

durch die sog. Dampfreformierung hergestellt. Das ist ein großindustrielles Verfahren bei dem Wasserstoff bei hohen Temperaturen und Druck aus Erdgas gewonnen wird. Der Nachteil: Als Nebenprodukt fallen große Mengen des extrem klimaschädlichen Kohlendioxids an. Die Erdgas-Lobby will nun dieses CO₂ mittels *Carbon Capture and Storage* (CCS) unterirdisch abspeichern und bezeichnet das ganze als klimaneutral. Tatsächlich sind aber die CCS-Verfahren extrem unsicher. Zudem benötigen sie eine zusätzliche riesige Infrastruktur aus Abscheidevorrichtungen und tausende Kilometer langen Leitungen für den CO₂-Transport zu möglichen Speicherorten in der Nordsee. Schätzungen gehen davon aus, dass der Aufbau Kosten bis zu 500 Milliarden Euro verursachen würde. Der Wahnsinn dabei: CCS steht in Konkurrenz zur bereits weit vorangetriebenen CO₂-Vermeidung. Es hat aber einen wesentlichen Vorteil: Mit CCS und blauem Wasserstoff verschafft sich die Erdgas-Lobby ein neues milliardenschweres Geschäftsmodell, auf das auch noch das Siegel „klimaneutral“ geklebt wird.

Eine ökologische Politik sieht ganz anders aus als die beschriebenen Träume der Erdgas-Lobbyisten. Der sog. „blaue Wasserstoff“ samt CCS ist komplett abzulehnen. Und angesichts der hohen Wasserstoffkosten kann grüner Wasserstoff auch zukünftig nur sehr sparsam eingesetzt werden. Das kann man erreichen, indem man Wasserstoffkraftwerke nur in Zeiten einer Dunkelflaute einsetzt. Zudem sollte man auf die Möglichkeit von Importstrom zurückgreifen. Irgendwo in Europa weht immer der Wind oder scheint immer die Sonne. Das erfordert zukünftig eine noch engere europaweite Zusammenarbeit bei der Stromerzeugung und der Stromvernetzung. Und dann haben wir auch noch die alten Kohlekraftwerke, die sich in der Reserve befinden. Wir können sie zumindest so lange nutzen, wie noch kein kostengünstiger Wasserstoff für Gaskraftwerke zur Verfügung steht.

Aber beschädigen wir damit nicht unsere Klimaneutralität? Eine einfache Rechnung liefert die Antwort: Wenn wir unseren gesamten heutigen Strombedarf in einer einhundert-prozentigen Dunkelflaute zwei Wochen lang allein mit den Steinkohle-Reservekraftwerken decken würden, dann würden dadurch nur 2,3 Prozent der CO₂-Emissionen von 2024 entstehen. Es wäre aber noch weniger, weil wir auch in einer Dunkelflaute noch verbleibende Wind- und Solar-energieanteile von etwa 20 Prozent hätten. Dazu kämen noch Stromimporte und Lastverschiebungen. Würde man das mitbetrachten, dann hätten wir über das Jahr betrachtet maximale CO₂-Emissionen in der Größenordnung von etwa einem Prozent des Jahres 2024. Dafür hätten wir

den ganzen Rest des Jahres ein unschlagbar preisgünstiges Stromerzeugungssystem mit minimalistischen CO₂-Emissionen. Auch diese verbleibenden Treibhausgasemissionen sollten aber bis 2045 durch den Einsatz von Wasserstoffkraftwerken endgültig auf null zurückgefahren werden.

7. Erneuerbare Energien ausbauen – aber ohne die Fallen der profitorientierten Wachstumspolitik

Und vergessen wir nicht: Wir stehen beim Umbau des Energiesystems vor einer doppelten Aufgabe. Einerseits müssen wir, wie beschrieben, das erneuerbare Stromsystem zunächst weiter ausbauen. Andererseits müssen wir aber auch einige Bereiche des Energieverbrauchs reduzieren, die nichts zum Lebensglück der Menschen beitragen, sondern es systematisch untergraben. So dürfte auch ein gut funktionierendes auf Wind- und Solarenergie basierendes Energiesystem Probleme haben, die gesamte profitorientierte Verschwendungsproduktion mit Strom zu versorgen. Kritisch zu sehen sind beispielsweise die zunehmende Rüstungsproduktion, der ausufernde Stromverbrauch der Künstlichen Intelligenz, die außer Kontrolle geratene Kunststoffproduktion, das ungebremste Wachstum der Flugindustrie oder die kreuz- und quer über die Kontinente verlaufenden Ströme des internationalen Warentransports. Es geht nicht nur um die zerstörerische Politik der Erdgas-Lobby, sondern die gesamte kapitalistische Wachstumsideologie muss in Frage gestellt werden. Letztlich braucht es eine deutliche Reduzierung der materiellen Produktion und des Energieverbrauchs – mindestens in den imperialistischen Kernländern.

Klaus Meier ist ausgebildeter Ingenieur und aktiv im Netzwerk Ökosozialismus.

1 So liegen die Stromgestehungskosten für Windkraft zu Lande laut einer Studie des Freiburger Fraunhofer Instituts ISE aktuell zwischen vier und sieben Cent pro Kilowattstunde und für Photovoltaik-Anlagen bei vier bis neun Cent pro Kilowattstunde. Selbst wenn zusätzliche Speicherkosten berücksichtigt werden, sind die Stromkosten dann immer noch sehr niedrig.



KEIN ENDE DER ZWEITEN NAKBA IN SICHT

Die Waffenruhe entlang des 20-Punkte-Plans ändert grundsätzlich wenig an der israelischen Politik der ethnischen Säuberung, auch wenn ihre Zuspitzung in Form des Völkermords erst mal ausgesetzt ist, bzw. nur in „milderer“ Form fortgeführt wird. Denn entgegen der offiziellen und auch hieszulande verbreiteten Propaganda richten sich die fortbestehenden Maßnahmen weiterhin gegen die Zivilbevölkerung und ihre gesamten Existenzgrundlagen. Zunehmend gerät dabei das Westjordanland ins Visier des rassistischen Siedlerregimes. Kein Grund also zur Entwarnung, im Gegenteil: Um eine wirkliche Wende durchzusetzen, muss der Druck auf Israel und seine hiesigen Apologeten und Unterstützer deutlich erhöht werden.

Ein Dossier mit 10 Beiträgen

Unsere Aufgaben
für die Befreiung
Palästinas
SEITE 15

Eine schmerz-
hafte Bilanz: zwei
Jahre fortgesetzter
Katastrophe
SEITE 18

Die „ungesetz-
liche“ Zivil-
bevölkerung
SEITE 20

Krieg gegen die
Zivilbevölkerung
SEITE 25

Streiks für Pa-
lästina
SEITE 29

Die geplante
Katastrophe:
Gilbert Achcar
zur Dialektik von
Gaza
SEITE 32

Widerstand in
Palästina
SEITE 38

Eine neue israeli-
sche Landkarte
SEITE 41

Zwanzig Jahre
BDS
SEITE 44

BRICS – anti-
imperialistische
Rhetorik und
reale Komplizen-
schaft
SEITE 46

UNSERE AUFGABEN FÜR DIE BEFREIUNG PALÄSTINAS

Die Unterzeichnung des Trump-Plans und der Beginn seiner Umsetzung werfen eine Reihe von neuen Fragen auf. Dieser Plan ist, in sehr unterschiedlichen Formen, eine Fortsetzung der kolonialen und ethnischen Säuberungspolitik; daher muss die weltweite Bewegung für die Befreiung Palästinas weitergehen. **Büro der Vierten Internationale**

Bei der Analyse des Plans gilt es, karikaturenhafte Fallgruben zu vermeiden. Die erste wäre, eine extreme Kritik der Situation zu formulieren: die palästinensischen Unterzeichner:innen sind Verräter:innen, da der Plan eine Fortsetzung des Völkermords bedeutet. Die zweite wäre das Gegenteil: Der Waffenstillstand ist ein Sieg für den unaufhaltsamen Widerstand und wird eine neue Phase der Gegenoffensive einleiten.

Die Realität liegt irgendwo dazwischen, zumindest im Moment. Trumps Plan basiert auf einer kolonialen Vision, verankert ein aus Sicht des palästinensischen Volkes negatives Kräfteverhältnis und zielt darauf ab, dessen Widerstandsfähigkeit zu zerschlagen. Aber der Waffenstillstand ermöglicht, auch wenn er Kolonisierung und ethnische Säuberung fortsetzt, eine Neuausrichtung des Kampfes, eines Kampfes, der nur gewonnen werden kann, wenn er jede Komplizenschaft mit dem völkermörderischen zionistischen Gebilde ablehnt und die Massenmobilisierungen neu belebt.

Der Trump-Plan

Trumps 20 Punkte lauten wie folgt: 1) Entmilitarisierung (eine „deradikalisierte und terrorfreie“ Zone), 2) Wiederaufbau unter imperialistischer Herrschaft (Gaza wird „neu entwickelt“), 3) ein Ende der Kämpfe und die Festlegung einer Waffenstillstandslinie, 4) und 5) Gefangenenaustausch (die 48 „Geiseln“, lebend oder tot, im Austausch gegen 250 zu lebenslanger Haft verurteilte palästinensische Gefangene und 1700 seit dem 7. Oktober 2023 Inhaftierte). 6) Amnestie für Hamas-Mitglie-

der, die den bewaffneten Kampf aufgeben. 7) und 8) Bereitstellung humanitärer Hilfe, die Wiederherstellung von Notunterkünften, die Öffnung des Grenzübergangs Rafat in beide Richtungen und 12) die Freiheit der Palästinenser:innen, zu bleiben, zu gehen oder zurückzukehren. 9) Die Einrichtung einer zeitweiligen Übergangsbehörde, eines „technokratischen und unpolitischen palästinensischen Komitees“, angeführt von einem ausländischen Rat unter der Leitung von Tony Blair. Sie soll Finanzierung und Wiederaufbau organisieren. 10) und 11) eine Sonderwirtschaftszone mit „Präferenzzöllen“. 13) Hamas und „andere Gruppierungen verpflichten sich, keine Rolle bei der Verwaltung des Gazastreifens zu spielen“, die militärische Infrastruktur (einschließlich Tunneln) muss zerstört werden, und 15) es muss eine „vorübergehende internationale Stabilisierungstruppe unter Einschluss der USA und der arabischen Länder“ eingesetzt werden.

Trumps Ziel ist es, ein vorteilhaftes militärisches Kräfteverhältnis zu erreichen mit dem Ziel, seine politische und wirtschaftliche Kontrolle über Gaza weiter zu stärken. All dies geschieht im Zusammenhang mit verstärkten Siedlungsaktivitäten im Westjordanland, Trumps berüchtigten Plänen, Gaza zu einer neuen Riviera zu machen, und Israels Angriffen auf Nachbarländer (Iran, Katar, Ausweitung der Besatzung im Libanon und in Syrien, Jemen ...).

Der Plan steht voll und ganz im Einklang mit der Offensive der Vereinigten Staaten, ihre Vorherrschaft im Nahen Osten weiter auszubauen. Insbesondere zielt er darauf ab, den Prozess der „Normalisierung“ zu stärken, d. h. die arabischen Länder, insbesondere die Golfmonarchien, Ägypten, Jordanien und das neue Regime in Syrien auf die Vereinigten Staaten auszurichten. Sie planen, die ethnische Säuberung fortzusetzen, in der Hoffnung, dass die elenden Lebensbedingungen, die durch Zerstörung und Blockade verursacht werden, Hunderttausende von Bewohner:innen Gazas dazu bringen werden, Palästina zu verlassen, während diejenigen, die bleiben, durch die Bedingungen beim Wiederaufbau von Gaza in einen sklavenartigen Status getrieben werden.

Die Vereinigten Staaten und Israel hoffen, die Opposition auszuschalten, indem sie die militärischen Leistungsfähigkeiten des Widerstands zerstören und durch Trumps Aufruf zur Amnestie für Netanjahu in den gegen ihn laufenden Korruptionsverfahren.

Die Umsetzung des Waffenstillstands

Sie ist alles andere als offensichtlich: 2000 Gefangene wurden freigelassen, darunter 250 Langzeithäftlinge (157 Fatah, 65 Hamas, 16 Dschihad, 11 PFLP, 1 DFLLP). Es gibt immer noch 9000 Gefangene, doppelt so viele wie zu Beginn des Krieges.

Hunderttausende von Menschen aus dem Gazastreifen sind in ihre Häuser zurückgekehrt (von denen die meisten völlig zerstört worden waren).

Am Mittwoch, dem 15. Oktober, war es nur 173 der geplanten 1800 Lastwagen von Israel gestattet worden, nach Gaza hineinzufahren, obwohl die Vereinten Nationen ausdrücklich darum gefordert hatten, diese lebenswichtige Hilfe für die Bevölkerung zu beschleunigen. Die PFLP verzeichnete auch 36 Verstöße gegen den Waffenstillstand durch Israel, die Dutzende von Opfern forderten. Ganz zu schweigen von Gewalt und Folter gegenüber Gefangenen. Am 24. Oktober verurteilten 41 NGO die Beschränkungen der humanitären Hilfe, insbesondere die Blockade von Lastwagen. Ihnen zufolge werden lebenswichtige Güter im Wert von umgerechnet 50 Mio US\$ von Israel blockiert.

Die Hamas führt mit Unterstützung der PFLP und des Islamischen Dschihads eine bewaffnete Offensive gegen die an der Plünderung humanitärer Hilfe beteiligten Milizen an, bei denen es sich um Mafiaorganisationen oder -gruppen handelt, die von Israel organisiert oder unterstützt werden. Einige dieser Milizen haben sich mit der israelischen Besatzungsarmee hinter die „gelbe Linie“ zurückgezogen; die Hälfte des Gazastreifens bleibt von Israel besetzt. Es ist jedoch möglich, dass diese Operationen es der Hamas ermöglichen, interne politische Rechnungen zu begleichen, aber zuverlässige Informationen sind rar.

Israel behält die Kontrolle über die von ihm als „Pufferzone“ im Osten bezeichnete Region. Die Vereinigten Staaten und Israel fordern die totale Entwaffnung der Hamas und anderer palästinensischer Kräfte, was vor allem aus zwei Gründen völlig unmöglich erscheint: erstens ist diese Abrüstung politisch inakzeptabel, weil die Palästinenser:innen keine Garantien dafür haben, dass Israel den Waffenstillstand einhält, da bekannt ist, dass es frühere Vereinbarungen gebrochen hat, ganz zu schweigen von der Notwendigkeit, früher oder später den Kampf für die Befreiung Palästinas wieder aufzunehmen, was notwendigerweise eine bewaffnete Dimension beinhaltet; zweitens ist es unmöglich, die Sicherheit der Bewohner:innen des Gazastreifens in einer verwüsteten Region ohne Waffen zum Schutz der humanitären Hilfe und der Verteilung von Nahrungsmitteln, insbesondere vor der Mafia und/oder pro-israelischen Milizen, zu gewährleisten.

Was trieb Trump zum Waffenstillstand??

Es ist manchmal schwer zu verstehen, was Trumps Politik bestimmt. Seine Entscheidung basiert auf einer Kombination von Faktoren:

1 Zweifellos wurde es schwierig, mit den wachsenden militärischen, finanziellen und politischen Kosten des Völkermords fertig zu werden.

2 Die globale Mobilisierung erhielt eine neue Dimension mit dem Generalstreik in Italien, der als Vorbild für viele gewerkschaftliche Überlegungen dient, und den Flottillen, die Israel politisch in eine schwierige Lage gebracht haben, ganz zu schweigen von der allgegenwärtigen Inspiration für Mobilisierungen wie dem Marsch für Gaza, die eine enorme Gefahr für die mitschuldigen arabischen Regime darstellen.

3 Die Protestbewegung in Israel ist trotz ihrer Unklarheiten und Beschränkungen auch ein Faktor für die Schwächung Netanjahus.

4 Darüber hinaus betrachten die Vereinigten Staaten und Israel ihre Intervention im weiteren Kontext des Nahen Ostens. Sie wollen an mehreren Fronten intervenieren: im Südlibanon, wo Israel weiterhin militärisch interveniert und neue Gebiete besetzt; in Syrien, wo beide Staaten weitere politische Zugeständnisse von der neuen HTC-Regierung anstreben, die versucht, ihre Macht mit allen Mitteln, einschließlich der Normalisierung mit Israel, zu festigen; und im Iran, wo Trump begonnen hat (über die militärische Intervention im Juni 2025 hinaus), sein Lieblingsspiel zu spielen, bei dem er zwischen Drohungen und Verführung wechselt, um einen Deal zu erreichen.

Die Strategie der Vereinigten Staaten besteht darin, das globale Kräfteverhältnis und die Einflussphären im Wettbewerb mit anderen Großmächten, insbesondere Europa und Russland, zu verschieben.

Was bedeutet das für die Solidaritätsbewegung?

Das erste ist, sich für die Bevölkerung zu freuen, die der massiven Gewalt des zionistischen Staates – wenn auch nur vorübergehend – nicht weiter ausgesetzt ist. Unter diesem Gesichtspunkt heben wir auf die Widerstandsfähigkeit der Menschen hervor, die ein systematisches Massaker erlitten haben, dessen Realität immer noch unterschätzt wird, und die sofort begannen, ihr Land zurückzufordern und sich einer neuen Nakba entgegenzustellen. Wir müssen unsere entschiedene Solidarität mit der Bevölkerung zum Ausdruck bringen, die weiterhin von der zionistischen Armee, ihrem System von Massengefängnissen und den Siedlern misshandelt wird. Dies muss geschehen, ohne das Kräfteverhältnis zu überschätzen oder die erbrachten Opfer zu verherrlichen.

Das zweite und zweifellos wichtigste ist, Trumps Plan zu verurteilen. Dies ist keine moralische Verurteilung; wir glauben, dass die palästinensischen Organisationen in einer schreckli-

chen Situation ihr Bestes tun und dass sie keine andere Wahl haben, als diese Waffenstillstandsbedingungen zu akzeptieren. Aber wir müssen alle palästinensischen Versuche unterstützen, Trumps Plan Punkt für Punkt in Frage zu stellen und den kolonialen und imperialistischen Charakter dieses Abkommens, das auf Ruinen und Tod aufgebaut ist, anzuprangern.

Und konkret haben wir die Pflicht zu kämpfen, um es den Imperialisten schwer zu machen, ihre Ziele in den kommenden Wochen zu erreichen. Der wichtigste Punkt ist die völlige Ablehnung ausländischer Einmischung in Gaza, also die vollständige Ablehnung einer imperialistischen (westlichen und/oder arabischen) Präsenz, sei es militärisch, wirtschaftlich oder administrativ. Das Selbstbestimmungsrecht ist nicht verhandelbar; es ist an den Palästinenser:innen, ihre Gesellschaft so zu organisieren, wie sie es wünschen, und sowohl militärische Truppen als auch Siedler müssen abziehen.

Das Ende der schärfsten Form des Völkermords wird Erleichterung bringen, aber auch einen Rückgang der globalen Mobilisierung. Wir dürfen jedoch nicht die Notwendigkeit aus den Augen verlieren, eine Massenbewegung aufzubauen, um die freie und ungehinderte Lieferung humanitärer Hilfe zu erzwingen, eine Entschädigung für die Schäden durchzusetzen, die die Bevölkerung erlitten hat, und die Fortsetzung der Kolonisierung und ethnischen Säuberung sowie den Versuch der Imperialisten, die wirtschaftliche und militärische Kontrolle über Gaza zu übernehmen, zurückzuweisen.

Wir müssen daher neue, einheitliche Mobilisierungen aufbauen, um das Kräfteverhältnis zu verändern.

Neben dieser breiten, auf Sofortforderungen basierenden Einheitsbewegung wollen wir dazu beitragen, in direktem Kontakt mit den Palästinenser:innen eine entschlossener, organisierte Bewegung um Parolen herum aufzubauen, die darüber hinausgehen:

- Widerstand gegen die Präsenz ausländischer Besatzungstruppen (insbesondere aus unseren eigenen Ländern) und gegen imperialistische Protektorate; volle Unterstützung des Rechts auf Selbstbestimmung für das palästinensische Volk;
- Freilassung aller palästinensischen Gefangenen, insbesondere durch Unterstützung der Kampagne der internationalen Solidaritätsbewegung für die Freilassung von Marwan Barghouti;
- Abbau von Siedlungen, insbesondere im Westjordanland, in Jerusalem und auf den besetzten Golanhöhen;
- Verurteilung der Blockade, Bewegungsfreiheit;
- Garantie des Rückkehrrechts;
- Ablehnung des Apartheidstaates. Entwaffnung des Völkermordregimes. Erklärung der Befreiung ganz Palästinas, für ein demokratisches, egalitäres, säkulares Palästina usw.;

■ Fortsetzung der BDS-Arbeit gegen alle, die kollaborieren, insbesondere durch den Kampf für den Abbruch aller Beziehungen zu Israel, Staaten, Unternehmen – insbesondere diejenigen, die zur Bewaffnung Israels beitragen – FIFA, Universitäten usw.

Wir haben auch konkretere Aufgaben der kämpferischen Solidarität. Dazu gehört die Beteiligung an humanitärer Hilfe, die notwendig und eine relativ einfache Aufgabe für Menschen in Arbeitervierteln ist, die ihre Solidarität zeigen wollen. Es gibt auch Unterstützung für den Wiederaufbau palästinensischer Organisationen, insbesondere mit dem Ziel der Entwicklung von Massenkämpfen mit Demonstrationen unter Beteiligung von Gewerkschaften, Bürgerorganisationen und den verschiedenen Parteien, die die palästinensische nationale Bewegung bilden. Die Organisation ziviler Missionen im Libanon oder sogar im Westjordanland kann wieder ein Instrument zu ihrer Unterstützung werden.

Den Kampf fortsetzen

Der Kolonisierungskrieg und die ethnischen Säuberungen begannen nicht am 7. Oktober, ebenso wenig wie unser internationaler Widerstand. Entscheidend ist, dass wir nicht nachlassen, sondern unsere Positionen stärken. Was wir gerade erlebt haben, ist ein wesentliches Element für eine Verhärtung der Welt. Dies provoziert Reaktionen, auf internationaler Ebene, gegenüber der Barbarei, gegen den rasanten Ansturm der extremen Rechten und die Kollaboration diktatorischer Regime in arabischen Ländern.

Als Reaktion darauf haben sich Hunderte von Millionen Menschen erhoben. Wir bekräftigen unsere bedingungslose Unterstützung für den Kampf des palästinensischen Volkes, der im Einklang mit unseren eigenen kämpferischen Zielen steht. Wir beteiligen uns daran, die eklatantesten Aspekte der Kolonisierung anzuprangern – Tod, Armut, Apartheid, willkürliche Inhaftierung ... – um eine Massenbewegung aufzubauen, während wir eine Koordination mit radikaleren Kreisen anstreben, unter jungen Menschen, in Arbeitervierteln, unter antizionistischen Jüdinnen und Juden, und den strategischen Horizont der Befreiung ganz Palästinas verteidigen, einen Kampf für die Emanzipation, eine Revolution in der ganzen Region, die die imperialistischen Mächte hinwegfegen wird.

27. Oktober 2025

Übersetzung: Björn Mertens

EINE SCHMERZ- HAFTE BILANZ: ZWEI JAHRE FORTGESETZTER KATASTROPHE

Die Bilanz des Kriegs im Gazastreifen fällt je nach Standpunkt sehr unterschiedlich aus.

Gilbert Achcar

Israel ist mit großem Aufwand engagiert, der tragischen Ereignisse vom 7. Oktober 2023 zu gedenken, und stützt sich dabei auf die uneingeschränkte Sympathie, die es im Gefolge der Operation „Al-Aqsa Flut“ aus dem Westen erhielt. Doch zwei Jahre nach der Operation ist weltweit das Bewusstsein in viel stärkerem Maße von der weitaus größeren Tragödie geprägt, die der zionistische Staat seitdem der Bevölkerung von Gaza und Palästina zugefügt hat.

Von Experten und einfachen Menschen in westlichen Ländern, die Israel traditionell unterstützen, wird heute weitgehend die Erkenntnis geteilt, dass Israels Handlungen in den letzten zwei Jahren einen Völkermord bilden. Eine vor kurzem durchgeführte Umfrage offenbart, dass fast 40 % der amerikanischen Juden die Ansicht vertreten, dass „Israel einen Völkermord begangen hat“ (weitere 10 % sind unentschieden). Nur noch eine Minderheit in den westlichen Ländern sowie die Regierungen und Organisationen, die weiterhin pro-israelisch sind, streiten heute die Realität des Völkermords im Gazastreifen ab. Natürlich gibt es bei jedem Völkermord Leugner, so etwa beim Völkermord an den Armeniern oder beim Holocaust.

Dass das Grauen des völkermörderischen Kriegs der zionistischen Armee mit der Zeit zu einer starken weltweiten Verurteilung und zunehmender Sympathie für die Menschen im Gazastreifen geführt hat, ist jedoch angesichts des Ausmaßes der andauernden Katastrophe nur ein schwacher Trost. Schlimmer noch, die ausgehandelte „friedliche Lösung“ wird aller Voraussicht nach noch viel schlimmer als das katastrophale Rahmenabkommen von Oslo aus dem Jahr 1993.

Schon vor zwei Jahren war abzusehen, dass sich in Gaza eine Katastrophe entwickeln würde.¹ Die Hisbollah führte 2006 eine Operation durch, bei der sie die südliche Grenze des Libanon überquerte, drei israelische Soldaten tötete und zwei weitere entführte. Dies führte zu einem verheerenden israelischen Angriff auf die zivilen Hochburgen der Partei, darunter die südlichen Vororte von Beirut, bekannt als Dahiya. Hassan Nasrallah gestand später ein, dass er die Operation nicht befohlen hätte, wenn er gewusst hätte, wie Israel darauf reagieren würde. Angesichts der weitaus größeren Operation, die von der Hamas am 7. Oktober 2023 an der Grenze des Gazastreifens angeführt wurde (mit dem Tod von 1200 Menschen auf israelischer Seite und der Entführung von 250 Menschen), war klar, dass eine viel größere Tragödie folgen würde.

Hinzu kommt, dass die seinerzeitige zionistische Regierung, die ja bis heute im Amt ist, die extremistischste in der Geschichte Israels ist. Deshalb konnten die Planer der Operation „Al-Aqsa-Flut“ nicht sagen: „Wenn ich gewusst hätte“, wie dies der Führer der Hisbollah tat.² Als vor einigen Monaten ein Mitglied der politischen Führung der Hamas es wagte, sein Bedauern über das Geschehene auszudrücken, wurde er vom militärischen Flügel umgehend zurückgepfiffen.³

Die Führer des militärischen Arms der Hamas und diejenigen im politischen Arm, die deren Ansicht teilen, haben trotz des katastrophalen Ausgangs stets behauptet, dass ihre Strategie gerechtfertigt sei.⁴ Noch vor acht Monaten kündigten sie als Ergebnis der Operation vom 7. Oktober den Sieg an.⁵ Vergleichen wir diese Siegesbehauptungen mit den Ergebnissen und der Erklärung der Hamas zu dem kürzlich von Donald Trump angekündigten Plan, der von seinem Schwiegersohn Jared Kushner und dem berüchtigten ehemaligen britischen Premierminister Tony Blair entworfen wurde:⁶

In ihrer Erklärung vom vergangenen Freitag beteuerte Hamas, sie habe eine „verantwortungsvolle Haltung“ gegenüber dem US-Plan eingenommen und sei bereit, „mit voller Verantwortung“ zur Schaffung eines „umfassenden palästinensischen nationalen Rahmens“ (d. h. mit der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah) beizutragen – gerade so, als wolle sie damit indirekt eingestehen, dass ihre bisherigen Positionen weniger „verantwortungsvoll“ waren. In der Hamas-Verlautbarung heißt es, sie würdigt „... die Bemühungen von US-Präsident Donald Trump, der ein Ende des Krieges im Gazastreifen, einen Gefangenenaustausch, die sofortige Einfuhr von Hilfsgütern, die Ablehnung der Besetzung des Gazastreifens und die Vertreibung unseres palästinensischen Volkes aus diesem Gebiet fordert“. All dies, obwohl Trump, der sich damit brüstet, der pro-israelischste Präsident in der Geschichte der USA zu sein, und zuvor Israels

Annexion des arabischen Teils Jerusalems und der syrischen Golanhöhen gebilligt hat, immer noch derjenige ist, der der Regierung Netanjahu erlaubt hat, offen ihre Absicht zu erklären, die Bewohner Gazas zu vertreiben (natürlich unter dem Vorwand, es handle sich lediglich um „freiwillige“ Migration, was übrigens auch im aktuellen Plan wiederholt wird) und der vorhatte, den Gazastreifen in eine „Riviera“ unter US-Besitz umzuwandeln.

Der neue Plan sieht vor, dass Trump selbst den Vorsitz eines quasi-kolonialen „Friedensrats“ übernimmt, dem auch Tony Blair angehört und der das „technokratische, nichtpolitische palästinensische Komitee“ beaufsichtigen wird, das für die Verwaltung des Gazastreifens zuständig ist mit dem Ziel, den „Trump-Plan für wirtschaftliche Entwicklung“ (sic) umzusetzen. Ohne jeden Zweifel zielt der US-Präsidenten mit diesem Plan darauf ab, den Gazastreifen in eine von den USA kontrollierte „Riviera“ zu verwandeln. Der Plan hält zwar fest, dass „Israel den Gazastreifen nicht besetzen oder annectieren wird“, aber er beinhaltet keinen Zeitplan für den Abzug der israelischen Streitkräfte, sondern macht ihn von Bedingungen abhängig, die nur schwer zu erfüllen sind. Außerdem lässt der Plan zu, dass Israel, so lange wie nötig die Kontrolle über einen „Sicherheitsgürtel“ entlang der Grenzen Gazas behält, einschließlich der Grenze zu Ägypten (Philadelphi-Korridor).

Damit wollen wir natürlich nicht zum Ausdruck bringen, dass die Hamas bis zum letzten Bewohner Gazas hätte weiterkämpfen sollen. Es geht vielmehr darum, dass Hamas ein besseres Ergebnis hätte erzielen und Gaza weitere Zerstörungen ersparen können, wenn sie von Anfang an ein „verantwortungsvolles“ Vorgehen gewählt hätte. Eine solche Möglichkeit bestand sogar noch in den letzten Monaten⁷, als klar war, dass der Anfang des Jahres vereinbarte Waffenstillstand nur eine vorübergehende Pause war, die es der zionistischen Armee ermöglichte, sich neu zu formieren und sich auf eine neue Phase der Invasion vorzubereiten. In der Zwischenzeit organisierte Israel zusammen mit der Regierung von Donald Trump (dessen Bemühungen die Hamas nun „anerkennt“) bewusst die Aushungerung der Bevölkerung von Gaza.

Mit der Wiederaufnahme des Völkermords durch die zionistische Armee sah sich die Hamas in die Enge getrieben. Hinzu kam der wachsende Druck durch die arabischen und muslimischen Staaten, die mit der Trump-Regierung verbündet sind. Hamas stand somit vor einem schwierigen Dilemma: Entweder lehnte sie den US-Plan ab und erklärte ihre Absicht, den Kampf fortzusetzen, womit sie weitere Verantwortung für die anhaltende Katastrophe in Gaza übernommen hätte und Gefahr lief, Finanzmittel arabischer und

muslimischer Geldgeber zu verlieren, oder sie kapitulierte, was offenbar der derzeitige Kurs ist.

Hamas hat jetzt angeboten, ihre letzte verbleibende Karte auszuspielen und alle von ihr festgehaltenen Geiseln freizulassen, und zwar im Austausch gegen 250 palästinensische Gefangene und die Rückkehr von 1700 Bewohner:innen des Gazastreifens, die die zionistische Armee in den letzten zwei Jahren als Geiseln genommen hat.

Ähnlich der Situation von vor fünf Jahren, als Netanjahu Trumps ursprünglichen Plan akzeptiert hat (wohlwissend, dass die Palästinenser ihn ablehnen würden), hat er nun den neuen Plan akzeptiert. Sein Hauptziel ist die Freilassung der Geiseln, weil er danach viel freier sein wird, seine Kontrolle über den Gazastreifen aufrechtzuerhalten. Er weiß, dass die Bedingungen des US-Plans so ungleich und demütigend sind, dass sie wahrscheinlich von den meisten Palästinensern abgelehnt werden, möglicherweise sogar von der Ramallah-Behörde.

Gilbert Achcar ist ein französisch-libanesischer Politologe und Soziologe. Seit 2007 war er Professor für Entwicklungsstudien und Internationale Beziehungen an der School of Oriental and African Studies (SOAS) an der Universität London und ist heute emeritiert..

Die Originalversion dieses Artikels erschien am 7. Oktober auf Arabisch in Al-Quds al-Arabi. Die Übersetzung durch J. S. erfolgte aus der vom Autor selbst erstellten englischen Fassung.

1 Siehe „Al-Aqsa Flood Risks to Sweep Gaza Away“, Al-Quds al-Arabi, 10. Oktober 2023, auf Arabisch: url.td/8C6Lf

2 Siehe „Der Wahnsinn der zionistischen Gewalt von Dahiya bis Gaza“, Al-Quds al-Arabi, 7. November 2023, auf Arabisch: <https://tinyurl.com/bd6nad43>

3 Siehe „Mousa Abu Marzooks: ‚Wenn ich das gewusst hätte‘“, Al-Quds al-Arabi, 25. Februar 2025, auf Arabisch: <https://tinyurl.com/5brnzjup>

4 Siehe „Zur Logik des maximalistischen Flügels der Hamas“, Al-Quds al-Arabi, 20. Mai 2025, auf Arabisch: <https://tinyurl.com/2yhvyvn6>

5 Siehe „Hamas: ‚Wir sind die Flut ... Wir sind der Tag danach‘“, Al-Quds al-Arabi, 11. Februar 2025, auf Arabisch: <https://tinyurl.com/y2mazzpp>

6 Siehe dazu unsere erste Stellungnahme in The “Deal of the Millennium” After the “Deal of the Century”: <https://gilbert-achcar.net/deal-of-the-millennium>

7 Siehe „Pity the people of Gaza!“, Al-Quds al-Arabi, 3. Juni 2025, <https://gilbert-achcar.net/pity-the-people-of-gaza>

DIE „UNGESETZ- LICHE“ ZIVIL- BEVÖLKERUNG

Eine geheime Datenbank der israelischen Armee zeigt, dass die überwiegende Mehrheit der sechstausend Palästinenser, die in Gaza festgenommen und unter entsetzlichen Bedingungen in israelischer Haft gehalten werden, Zivilisten sind, wie eine gemeinsame Recherche ergab. **Yuval Abraham**

Nur jeder vierte Palästinenser, der von israelischen Streitkräften im Gazastreifen gefangen genommen wurde, wurde vom Militär als bewaffneter Kämpfer identifiziert. Die überwiegende Mehrheit der seit dem 7. Oktober in israelischen Gefängnissen inhaftierten „ungesetzlichen Kombattanten“ sind Zivilisten, wie eine gemeinsame Untersuchung von *+972 Magazine*, *Local Call* und *The Guardian* ergab.

Dies geht aus Zahlen hervor, die aus einer geheimen Datenbank des israelischen Militärgeheimdienstes (bekannt unter dem hebräischen Akronym „Aman“) stammen, sowie aus offiziellen israelischen Gefängnisstatistiken, die in Gerichtsverfahren offengelegt wurden. Aussagen ehemaliger palästinensischer Häftlinge und israelischer Soldaten, die in Haftanstalten gedient haben, deuten darüber hinaus darauf hin, dass Israel wissentlich Zivilist:innen massenhaft entführt und sie über lange Zeiträume unter entsetzlichen Bedingungen festgehalten hat.

Die vom Staat im Mai als Antwort auf Anträge beim Obersten Gerichtshof vorgelegten Zahlen zu Inhaftierungen zeigten, dass in den ersten 19 Monaten des Krieges insgesamt 6 000 Palästinenser:innen in Gaza festgenommen und in Israel gemäß einem Gesetz zur Inhaftierung „ungesetzlicher Kombattanten“ festgehalten worden waren – ein Rechtsinstrument, das es Israel erlaubt, Personen ohne Anklage oder Gerichtsverfahren auf unbestimmte Zeit zu inhaftieren, wenn „begründeter Verdacht“ besteht, dass sie an „feindlichen Aktivitäten gegen den Staat Israel“ beteiligt waren oder einer Gruppe angehören, die dies getan hat.

Israels Politiker, Militär und Medien bezeichnen alle palästinensischen Häftlinge aus dem Gazastreifen routinemäßig als „Terroristen“, und die Regierung hat nicht zugegeben, dass sie Zivilist:innen festgenommen oder inhaftiert hat. Der Israelische Strafvollzugsdienst (IPS) hat in öffentlichen Berichten ohne Vorlage von Beweisen behauptet, dass fast alle in israelischen Gefängnissen inhaftierten „ungesetzlichen Kämpfer“ Mitglieder der Hamas oder des Palästinensischen Islamischen Dschihads (PIJ) seien.

Doch Mitte Mai aus dieser Datenbank gewonnene Daten – Geheimdienstquellen zufolge die einzige zuverlässige Quelle zur Bestimmung, wen die Armee als aktiven Kombattanten in Gaza betrachtet – zeigten, dass Israel lediglich 1450 Personen vom militärischen Flügel von Hamas und PIJ festgenommen hatte. Das bedeutet, dass rund drei Viertel der 6000 Inhaftierten keinem der beiden Flügel angehörten. Die Datenbank, deren Existenz kürzlich von den drei genannten Medien enthüllt wurde, listet die Namen von 47 653 Palästinensern auf, die die Armee als Hamas- und PIJ-Kämpfer betrachtet (sie wird regelmäßig aktualisiert und umfasst auch Personen, die nach dem 7. Oktober rekrutiert wurden). Bis Mitte Mai hatte Israel den Daten zufolge rund 950 Hamas-Kämpfer und 500 PIJ-Kämpfer festgenommen.

Die Datenbank enthält keine Informationen über Mitglieder anderer bewaffneter Gruppen im Gazastreifen, die laut IPS-Berichten weniger als zwei Prozent der inhaftierten „ungesetzlichen Kombattanten“ ausmachen. Bis zu 300 Palästinenser werden zusätzlich in Israel festgehalten, weil sie an den Anschlägen vom 7. Oktober beteiligt gewesen sein sollen. Sie werden nicht als „ungesetzliche Kombattanten“, sondern als kriminelle Häftlinge definiert, da Israel behauptet, über ausreichende Beweise für eine strafrechtliche Verfolgung zu verfügen.

+972, *Local Call* und *The Guardian* erhielten die numerischen Daten aus der Datenbank ohne die Namen der aufgeführten Personen oder die Informationen, die sie angeblich belasten, deren Zuverlässigkeit jedoch durch fadenscheinige Anschuldigungen gegen Personen wie den im vergangenen Monat ermordeten *Al-Jazeera*-Journalisten Anas Al-Sharif in Frage gestellt wird.

Im Laufe des Krieges entließ Israel, teilweise aufgrund der starken Überbelegung der Gefängnisse, mehr als 2500 Gefangene, die es als „ungesetzliche Kombattanten“ eingestuft hatte, was bedeutet, dass es sie nie für wirklich aktive Kämpfer hielt. Weitere 1050 wurden im Rahmen eines zwischen Israel und der Hamas vereinbarten Gefangenenaustauschs freigelassen.

Sowohl Menschenrechtsorganisationen als auch israelische Soldaten nannten einen noch geringeren Anteil von Kämpfern unter den in Gaza Festgenommenen, als aus den durchgesickerten Daten hervorgeht. Im Dezember 2023, als Fotos von Dutzenden entkleideten und gefesselten Palästinensern internationale Empörung auslösten, gaben hochrangige Offiziere gegenüber *Haaretz* zu, dass „85 bis 90 Prozent“ keine Hamas-Mitglieder seien.

Das in Gaza ansässige Al Mezan Center for Human Rights hat Hunderte von Zivilist:innen in israelischen Gefängnissen vertreten. Seine Arbeit „deutet auf eine systematische Anwendung willkürlicher Inhaftierungen hin, die sich wahllos gegen Palästinenser richtet, unabhängig von angeblichen Straftaten“, sagte der stellvertretende Direktor Samir Zaout.

„Höchstens einer von sechs oder sieben [Häftlingen] könnte irgendeine Verbindung zur Hamas oder anderen militanten Formationen haben, und selbst dann nicht unbedingt zu deren militärischen Flügeln. In vielen Fällen reicht die politische Zugehörigkeit zu einer palästinensischen Gruppierung aus, damit Israel jemanden als Kombattanten einstuft.“

Palästinenser:innen, die im Laufe des Krieges aus israelischen Militärgefängnissen und IPS-Anstalten entlassen wurden, berichteten von extrem harten Bedingungen, darunter routinemäßiger Misshandlung und Folter. Infolge dieser Praktiken starben Dutzende Häftlinge in israelischen Gefängnissen.

Umgehung des ordentlichen Verfahrens

Das 2002 erlassene Gesetz zur „Inhaftierung ungesetzlicher Kombattanten“ sollte es Israel ermöglichen, Menschen während des Krieges festzuhalten, ohne sie gemäß den Genfer Konventionen als Kriegsgefangene anerkennen zu müssen. Das Gesetz erlaubt es Israel außerdem, Häftlingen bis zu 75 Tage lang den Zugang zu einem Anwalt zu verweigern.

Israelische Gerichte verlängern die Haft der Palästinenser praktisch automatisch und stützen sich dabei auf „geheime Beweise“ in nur wenige Minuten dauernden Anhörungen. Nach Angaben der israelischen Menschenrechtsorganisation HaMoked hält die IPS derzeit rund 2660 Bewohner Gazas fest, die nach dem 7. Oktober als „ungesetzliche Kämpfer“ verhaftet wurden – so viele wie nie zuvor während des Krieges. Rechtsorganisationen gehen davon aus, dass derzeit Hunderte weitere Personen in israelischen Militärhaftanstalten festgehalten werden, bevor sie in IPS-Gefängnisse überstellt werden (im Mai

beliebte sich die Gesamtzahl der inhaftierten „ungesetzlichen Kämpfer“ in Gefängnissen und Haftanstalten laut Angaben der Armee auf 2750).

„Wenn Israel alle [Häftlinge] vor Gericht stellen würde, müsste es Anklagen mit konkreten Vorwürfen formulieren und Beweise für diese Vorwürfe vorlegen“, erklärte Jessica Montell, Direktorin von HaMoked. „Ein ordentliches Gerichtsverfahren kann sehr aufwendig sein. Deshalb wurde das Gesetz über ungesetzliche Kämpfer geschaffen, um all das zu umgehen.“

Dieses Gesetz, fügte Montell hinzu, habe das „Verschwindenlassen von Hunderten oder sogar Tausenden von Menschen“ erleichtert, die praktisch ohne jegliche externe Kontrolle festgehalten werden.

Die Tatsache, dass drei Viertel der als „ungesetzliche Kämpfer“ Inhaftierten in den eigenen Aufzeichnungen der Armee nicht als Mitglieder der bewaffneten Flügel der Hamas oder der PIJ geführt werden, „untergräbt die gesamte Rechtfertigung für ihre Inhaftierung“, erklärte Tal Steiner, Direktor des Public Committee Against Torture in Israel, dessen rechtliche Klagen gegen Masseninhaftierungen den Staat dazu zwangen, die Daten zur Anzahl der Inhaftierten seit dem 7. Oktober vorzulegen.

„Sobald im Oktober 2023 die Welle der Massenverhaftungen in Gaza begann, gab es ernsthafte Bedenken, dass viele unbeteiligte Personen ohne Grund festgenommen wurden“, fuhr Steiner fort. „Diese Bedenken bestätigten sich, als wir erfuhren, dass die Hälfte der zu Beginn des Krieges Verhafteten schließlich freigelassen wurde – was zeigt, dass es von vornherein keine Grundlage für ihre Inhaftierung gegeben hatte.“

Ein israelischer Armeeoffizier, der Massenverhaftungen im Flüchtlingslager Khan Yunis leitete, erklärte gegenüber *+972*, *Local Call* und *The Guardian*, dass die Mission seiner Einheit darin bestand, das Lager zu „leeren“ und seine Bewohner:innen zur Flucht weiter nach Süden zu zwingen. Im Rahmen dieser Mission wurden die Bewohner:innen massenhaft verhaftet und in Militäreinrichtungen gebracht, wo sie als „ungesetzliche Kämpfer“ eingestuft wurden.

„Alle wurden in langen Konvois mit Säcken über den Köpfen zur Küste nach Al-Mawasi getrieben“, sagt er. „[Sie wurden zu] einer sogenannten Inspektionsanlage gebracht, [wo] die Menschen durchsucht wurden. Jede Nacht luden sie Dutzende, Hunderte von Männern mit verbundenen Augen und gefesselten Händen auf einen offenen Lastwagen, wo sie übereinander gestapelt wurden. Jede Nacht fuhr ein solcher Lastwagen nach Israel.“

Der Offizier erkannte, dass kein Unterschied gemacht wurde „zwischen einem Terroristen, der am 7. Oktober nach Israel eingedrungen war, und jemandem, der für die Wasserbehörde in Khan Younis arbeitete“, und dass Verhaftungen nahezu willkürlich durchgeführt wurden, auch von Minderjährigen. „Das ist unvorstellbar“, sagt er. „Man reißt einen Mann, einen Jungen, einen Jugendlichen aus seiner Familie und schickt ihn zur Vernehmung nach Israel. Wenn er jemals zurückkommt, wie soll er seine Familie dann jemals wiederfinden?“

Ahmad Muhammad, ein 30-jähriger Mann aus dem Flüchtlingslager Khan Yunis, berichtet, dass er am 7. Januar 2024 gezwungen wurde, mit seiner Frau und seinen drei Kindern in einem dieser Konvois mitzulaufen. Am Kontrollpunkt forderte die Armee über ein Megaphon die Männer auf, anzuhalten, und identifizierte sie anhand der Farbe ihrer Kleidung. „Blaues Hemd, komm zurück, komm zurück“, rief mir ein Soldat zu“, erinnert er sich.

Er wurde zusammen mit einer Gruppe anderer Männer von seiner Familie getrennt. „Wir waren eine zufällige Gruppe von Menschen – ich arbeite als Friseur im Lager und gehöre keiner politischen Gruppierung an“, so Muhammad. „Jedes Mal, wenn ein Soldat auf uns zukam, beschimpfte er uns, bis ein Lastwagen kam und wir hineingeworfen wurden, übereinander gestapelt, zutiefst gedemütigt.“

Muhammad wurde ins Negev-Gefängnis gebracht und zu den Anschlägen vom 7. Oktober befragt. Er sagte den Soldaten, dass er nichts wisse, aber sie hielten ihn ein ganzes Jahr lang in Haft. Bis heute weiß er nicht, warum. „Ich habe sehr schwere Tage im Gefängnis durchlebt – Krankheit, Kälte, Folter, Demütigung“, erklärt er.

Muhammad wurde im Januar dieses Jahres zusammen mit rund 2000 anderen palästinensischen Gefangenen im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens zwischen Israel und der Hamas freigelassen – die Hälfte von ihnen war seit dem 7. Oktober aufgrund des Gesetzes über ungesetzliche Kämpfer inhaftiert und hatte monatelang keinen Zugang zu einem Anwalt oder einem ordentlichen Gerichtsverfahren.

„Sie geben keine Geiseln zurück, warum sollten wir sie also gehen lassen?“

Mehrere Soldaten bestätigten gegenüber +972, *Local Call* und *The Guardian*, dass sie Zeugen der Masseninhaftierung palästinensischer Zivilisten in israelischen Militäreinrichtungen geworden sind. Ein Soldat, der im berüchtigten Gefangenenlager Sde Teiman diente, sagt, dass ein Teil

des Geländes den Spitznamen „Altersheim“ trug, weil dort alle Gefangenen entweder alt oder schwer verletzt waren, einige von ihnen wurden direkt aus Krankenhäusern in Gaza dorthin gebracht.

„Aus dem Indonesischen Krankenhaus [in Beit Lahiya] holten sie einfach massenhaft Menschen“, sagt der Soldat. „Sie brachten Männer in Rollstühlen, Menschen ohne Beine oder mit Beinen, die praktisch nicht mehr brauchbar waren. Ich erinnere mich an einen 75-jährigen Mann mit stark infizierten Stümpfen. Ich ging immer davon aus, dass die angebliche Begründung für die Verhaftung der Patienten darin bestand, dass sie vielleicht die Geiseln gesehen hatten oder so etwas.“ Alle von ihnen, fügt er hinzu, wurden im „Altersheim“ festgehalten.

Ein anderer Soldat, der zu Beginn des Krieges ein Team befehligte, berichtete, dass die Armee einen Patienten in den Siebzigern im Al-Shifa-Krankenhaus in Gaza-Stadt festgenommen habe. „Er kam an einer Trage festgebunden an. Er war Diabetiker, hatte eine Gewebnekrose im Bein und konnte nicht gehen. Er stellte für niemanden eine Gefahr dar.“ Dieser Mann wurde nach Sde Teiman gebracht.

Israel hat nicht nur verletzte Zivilisten in den Krankenhäusern von Gaza zusammengetrieben und in israelischen Haftanstalten inhaftiert, sondern auch Hunderte von Ärzten verhaftet, die ihre Patient:innen behandelt haben. Heute sind laut Physicians for Human Rights–Israel (PHRI) mehr als 100 medizinische Mitarbeiter aus Gaza als „ungesetzliche Kämpfer“ inhaftiert. PHRI veröffentlichte im Februar einen Bericht, in dem Aussagen von 20 Ärzten und militärischen Whistleblowern zusammengestellt sind, die Misshandlungen und Folter beschreiben.

Naji Abbas, Leiter der Abteilung für Gefangene der PHRI, sagte, ihre Aussagen hätten gezeigt, dass es gängige Praxis sei, Menschen nach einem einzigen kurzen Verhör für Monate zu inhaftieren. Für Abbas widerlegt dies die Behauptung Israels, dass solche Häftlinge festgehalten werden, weil sie über wertvolle Informationen über israelische Geiseln in der Gewalt der Hamas verfügen, und er sieht ihre Inhaftierung als Teil des Angriffs Israels auf das Gesundheitssystem im Gazastreifen.

In einem vom PHRI aufgenommenen Bericht beschrieb ein Chirurg aus dem Nasser-Krankenhaus in Khan Yunis, wie Soldaten „sich auf uns setzten, uns mit ihren Stiefeln traten und uns mit Gewehrkolben schlugen“. In einer anderen Aussage berichtete der Leiter der chirurgischen Abteilung des Indonesischen Krankenhauses: „Sie drückten unsere Köpfe vier Stunden lang immer wieder in

den Kies, schlugen uns brutal mit Knüppeln und versetzten uns Elektroschocks.“

Ein dritter Arzt berichtete, dass er so lange geschlagen wurde, bis ihm die Rippen gebrochen waren, während ein Chirurg aus dem Al-Shifa-Krankenhaus beschrieb, dass Häftlinge mit Elektroschocks gefoltert wurden. Er fügte hinzu, dass er von Gefangenen gehört habe, die daran gestorben seien. „Auf dem Weg zur Verhörstelle sagten sie mir, sie würden mir die Finger abschneiden, weil ich Zahnarzt bin“, sagte ein anderer Arzt gegenüber PHRI aus.

Die Ärzte, die gegenüber PHRI aussagten, wurden als „ungesetzliche Kämpfer“ eingestuft. Einer dieser Häftlinge, der bekannte Arzt Dr. Adnan Al-Bursh, Leiter der Orthopädie am Al-Shifa-Krankenhaus, starb letztes Jahr in Haft, nachdem er im Dezember 2023 verhaftet worden war. Nach Angaben seiner Familie wurde er zu Tode gefoltert. Ein weiterer, Iyad Al-Rantisi, Direktor eines Frauenkrankenhauses in Gaza, starb letztes Jahr in einer Verhöranstalt des Shin Bet.

Ein Mediziner, der im Militärgefängnis Anatot gedient hatte, berichtete, dass dort viele palästinensische Ärzte inhaftiert waren. Er erinnerte sich an einen Kinderarzt, der ihn – gefesselt und mit verbundenen Augen – auf Englisch anflehte: „Wir sind Ihre Kollegen, bitte helfen Sie mir!“

Im Juni 2024 schickte der damalige Chef des Shin Bet, Ronen Bar, einen Brief an Premierminister Benjamin Netanjahu, in dem er vor einer Krise aufgrund der Überbelegung der Gefängnisse warnte: Die Zahl der Insassen hatte 21 000 überschritten, während die Kapazität nur für 14 500 Personen ausgelegt war. Er schrieb, dass die Behandlung der Gefangenen „an Misshandlung grenzte“ und Staatsbedienstete möglicherweise strafrechtlichen Verfahren im Ausland aussetzte.

Die harte Behandlung der Häftlinge steht im Einklang mit den Äußerungen des Ministers für nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, der letztes Jahr erklärte, eine seiner obersten Prioritäten sei es, die Bedingungen für palästinensische Gefangene zu verschlechtern, unter anderem durch die Bereitstellung nur „minimaler“ Nahrungsmittel. Viele Zivilist:innen aus Gaza, die von israelischen Streitkräften festgenommen und inhaftiert wurden, haben ausgesagt, dass sie schweren Misshandlungen und Folter ausgesetzt waren.

Die Massenverhaftung von Ärzten und anderen Zivilist:innen scheint jedoch zumindest teilweise darauf abgezielt zu haben, Druckmittel für Verhandlungen über die Geiseln zu schaffen. Als der Direktor des Al-Shifa-

Krankenhauses, Mohammed Abu Salmiya, im vergangenen Jahr freigelassen wurde, beklagte sich der Vorsitzende des Verfassungs-, Rechts- und Justizausschusses der Knesset, Simcha Rothman, dass er „nicht im Austausch gegen Geiseln“ freigelassen worden sei. In derselben Ausschusssitzung sagte der Knesset-Abgeordnete Almog Cohen, Israel habe die Chance verpasst, „ein bedeutendes Symbol in Gaza“ für einen Deal zu nutzen.

„Wir haben immer wieder Menschen ‚ohne Gegenleistung‘ freigelassen, und das hat [die Soldaten] wütend gemacht“, erklärt ein Soldat, der in einer Haftanstalt stationiert war. „[Die Soldaten] sagten: ‚Sie geben die Geiseln nicht zurück, warum sollten wir sie dann freilassen?‘“

„Legalisierung von Entführungen“

Nur wenige Fälle verdeutlichen die willkürliche Grausamkeit der israelischen Masseninhaftierungspolitik so deutlich wie der Fall von Fahamiya Al-Khalidi, die am 9. Dezember 2023 von Soldaten in einer Schule im Stadtteil Zeitoun in Gaza-Stadt festgenommen wurde.

Die damals 82-Jährige litt an Alzheimer und hatte Schwierigkeiten, selbstständig zu gehen, aber die israelische Armee brachte sie dennoch in das Militärgefängnis Anatot, bevor sie am nächsten Tag in das Damon-Gefängnis im Norden Israels verlegt wurde, wo sie sechs Wochen lang inhaftiert war. Ein Dokument aus dem Gefängnis zeigt, dass sie aufgrund des Gesetzes über ungesetzliche Kämpfer festgehalten wurde, was die Anfang 2024 erstmals in *Haaretz* von Amira Hass veröffentlichten Details bestätigen.

Die israelische Armee erklärte zunächst auf unsere Anfrage hin, dass Al-Khalidi festgenommen worden sei, „um ihre Beteiligung an terroristischen Aktivitäten auszuschließen“. Später erklärte sie, dass sie „aufgrund konkreter Erkenntnisse über ihre Person“ inhaftiert worden sei, und fügte hinzu, dass „angesichts ihres derzeitigen Zustands die Inhaftierung nicht angemessen gewesen und auf einen lokalen, isolierten Fehler in der Beurteilung zurückzuführen sei“.

Ein Militärarzt, der im Militärgefängnis Anatot stationiert war, berichtet +972, *Local Call* und *The Guardian*, dass er gerufen worden sei, um Al-Khalidi zu behandeln, nachdem sie in der ersten Nacht nach ihrer Ankunft zusammengebrochen war. „Sie ist gestürzt und hat sich verletzt, wahrscheinlich am Stacheldraht“, berichtet er. „Wir haben ihre Hand mitten in der Nacht genäht.“ Fotos, die der Mediziner aufgenommen hat und die +972, *Local Call* und *The Guardian* gesehen haben, bestätigen seine

Anwesenheit in Anatot zu dem Zeitpunkt, als Al-Khalidi dort festgehalten wurde.

Laut dem Soldaten konnte sich Al-Khalidi nicht an ihr Alter erinnern und dachte, sie sei noch in Gaza – dennoch betrachtete die Armee sie weiterhin als aktive Kämpferin. „Sie sagen den Soldaten, dass die Person eine ‚ungesetzliche Kämpferin‘ ist, was einer Terroristin gleichkommt“, erklärt er. „Als Al-Khalidi ankam, erinnere ich mich, dass sie sich stark humpelnd zur Klinik bewegte. Und sie wird als illegale Kämpferin eingestuft. Die Art und Weise, wie dieses Urteil verwendet wird, ist Wahnsinn.“

Al-Khalidi war eine von etwa 40 Frauen, an die sich der Soldat erinnert, die er in den zwei Monaten, die er in der Einrichtung verbrachte, in Anatot gesehen hat. „Es gab eine Frau, die eine Fehlgeburt hatte; ihre Wachen sagten, sie habe stark geblutet. Eine andere Frau, eine stillende Mutter, die ohne ihr Baby gebracht worden war, wollte weiter stillen, um ihre Milch zu erhalten.“

Abeer Ghaban, 40, war bereits im Damon-Gefängnis inhaftiert, als Al-Khalidi dort ankam. Sie sagte, die ältere Frau habe verängstigt gewirkt, ihr Gesicht und ihre Hände seien geschwollen gewesen. Al-Khalidi sprach zunächst kaum mit den anderen Häftlingen, doch nach und nach erfuhren sie, dass sie geflohen war, als die israelische Armee drohte, ihr Gebäude zu bombardieren, und dass sie anschließend verhaftet worden war.

Ghaban sagte, sie habe sich wochenlang um Al-Khalidi gekümmert, während sie zusammen inhaftiert waren. „Wir haben sie mit unseren eigenen Händen gefüttert“, erinnert sie sich. „Wir haben ihre Kleidung gewechselt. Sie bewegte sich in einem Rollstuhl fort.“

In einem Fall, so Ghaban, verhöhnten Gefängniswärter Al-Khalidi, bis sie zu fliehen versuchte, gegen einen Zaun stieß und sich verletzte.

Ghaban hatte ihre drei Kinder im Alter von zehn, neun und sieben Jahren jahrelang alleine großgezogen, sodass sie auf sich allein gestellt waren, als israelische Soldaten sie im Dezember 2023 an einem Kontrollpunkt in Gaza festnahmen. Ghaban erkannte während des Verhörs, dass die Armee ihren Mann, einen Bauern, mit einem Hamas-Mitglied mit genau dem gleichen Namen verwechselt hatte. Ein Soldat gab diesen Fehler nach einem Vergleich der Fotos zu, aber sie wurde noch sechs Wochen lang im Gefängnis festgehalten und machte sich furchtbare Sorgen um ihre Kinder.

Die beiden Frauen wurden im Januar 2024 ohne Erklärung gemeinsam freigelassen. Ghaban half Al-Khalidi, Kontakt zu ihren im Ausland lebenden Kindern aufzu-

nehmen, und sie fand ihre eigenen Kinder auf der Straße bettelnd wieder. Sie waren kaum wiederzuerkennen. „Sie waren am Leben“, sagte sie, „aber als ich sah, in welchem Zustand sie sich nach 53 Tagen ohne mich befanden, war ich gebrochen.“

Ein Journalist dokumentierte, wie desorientiert und verwirrt Al-Khalidi nach ihrer Freilassung in Rafah war, ohne einen einzigen ihrer Familienangehörigen. Sie wusste nicht mehr, wie lange sie inhaftiert gewesen war. „Sie haben mich aus der Schule geholt“, sagte sie, noch immer in grauen Gefängnisanzügen gekleidet. „Ich habe viel durchgemacht.“

Das Völkerrecht erlaubt die Internierung von Zivilist:innen nur dann, wenn sie eine unmittelbare Sicherheitsbedrohung darstellen, und garantiert Grundrechte, gegen die Israel verstößt, sagte Michael Sfard, einer der führenden Menschenrechtsanwälte Israels.

„Die Haftbedingungen für Menschen aus Gaza in Israel entsprechen in keiner Weise den Bestimmungen der Vierten Genfer Konvention“, erklärt er und weist darauf hin, dass gewalttätige Misshandlungen, Nahrungsentzug und die Verweigerung von Besuchen des Roten Kreuzes und der Kommunikation mit Familienangehörigen an der Tagesordnung seien. Die Gesetzgebung, auf deren Grundlage sie festgehalten werden, sei ebenfalls „ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht“.

Hassan Jabareen, Direktor der in Haifa ansässigen palästinensischen Menschenrechtsorganisation Adalah, stimmt dem zu. „Das Gesetz über ungesetzliche Kämpfer soll die Masseninhaftierung von Zivilist:innen und das Verschwindenlassen von Personen erleichtern und damit die Entführung von Palästinenser:innen aus dem Gaza-Streifen letztlich legalisieren“, sagt er. „Es entzieht den Inhaftierten den Schutz, der ihnen nach internationalem Recht zusteht, einschließlich der speziell für Zivilist:innen vorgesehenen Schutzmaßnahmen, und rechtfertigt unter dem Deckmantel der Bezeichnung ‚ungesetzliche Kämpfer‘ die systematische Verweigerung ihrer Rechte.“

Die israelische Armee hat die in diesem Artikel genannten Zahlen zunächst nicht dementiert, aber in einer späteren Stellungnahme hieß es, die Zahlen seien „falsch“ und unsere Behauptungen würden „ein Missverständnis der Haftverfahren in Israel widerspiegeln“. Weiter hieß es: „Die israelischen Streitkräfte sind verpflichtet, Verdächtige vor Ort festzunehmen, entweder aufgrund vorhandener Geheimdienstinformationen oder aufgrund eines begründeten Verdachts, der sich aus den Umständen ihrer Festnahme ergibt, und zu prüfen, wer von ihnen an terro-

ristischen Aktivitäten beteiligt ist. Die israelische Armee weist Behauptungen über willkürliche Inhaftierungen kategorisch zurück.

Vor Erlass einer dauerhaften Internierungsanordnung wird im Rahmen des Standardverfahrens eine vorübergehende Inhaftierungsanordnung für den Inhaftierten gemäß dem Gesetz über ungesetzliche Kombattanten erlassen, die eine Inhaftierung für einen begrenzten Zeitraum ermöglicht, in dem Ermittlungen und Bewertungen stattfinden. Während dieser Zeit steht noch nicht fest, ob die Person als ungesetzlicher Kämpfer einzustufen ist. Nur wenn festgestellt wird, dass die Person die Kriterien erfüllt und eine Sicherheitsbedrohung darstellt, wird gemäß diesem Gesetz eine dauerhafte Internierungsanordnung erlassen. Jede Person, die aufgrund einer dauerhaften Internierungsanordnung inhaftiert ist, wird nach Erlass der Anordnung vor einem Bezirksrichter einer gerichtlichen Überprüfung unterzogen, die alle sechs Monate wiederholt wird, solange die Person in Haft bleibt.

Die meisten der nach dem ‚Gesetz über ungesetzliche Kämpfer‘ inhaftierten Personen sind Mitglieder terroristischer Organisationen, während andere an terroristischen Aktivitäten beteiligt waren, ohne einer bestimmten Gruppe anzugehören. Die Inhaftierten erhalten eine angemessene medizinische Versorgung, die eine Untersuchung durch einen Arzt bei der Aufnahme in die Haftanstalt und regelmäßige medizinische Untersuchungen zur Überwachung ihres Gesundheitszustands umfasst. Bei Bedarf werden die Inhaftierten zur Behandlung in Krankenhäuser verlegt. Häftlinge, die medizinische Überwachung benötigen, können zusammen untergebracht werden, um den Zugang und die Versorgung durch das medizinische Personal zu erleichtern.“

Yuval Abraham ist Journalist und Filmemacher (u. a. von „No other land“) und lebt in Jerusalem.

Emma Graham-Harrison von *The Guardian* hat zu diesem Bericht beigetragen.

Aus *+972 magazine* vom 4. September 2025

Übersetzung: MiWe

KRIEG GEGEN DIE ZIVIL- BEVÖLKERUNG

Israelische Geheimdienstinformationen vom Mai zeigen, dass Israel davon ausgeht, bis dahin bei seinen Angriffen auf Gaza etwa 8.900 Hamas-Kämpfer getötet zu haben. Dies deutet auf einen Anteil an zivilen Opfern hin, der in der modernen Kriegsführung kaum Parallelen aufweist, wie eine gemeinsame Untersuchung ergab. **Yuval Abraham**

Daten aus einer internen israelischen Geheimdienstdatenbank deuten darauf hin, dass mindestens 83 Prozent der Palästinenser:innen, die bei Israels Angriff auf Gaza getötet wurden, Zivilisten waren, wie eine Untersuchung von *+972 Magazine*, *Local Call* und *The Guardian* ergab.

Die Zahlen aus der geheimen Datenbank, in der die Todesfälle von Kämpfern der Hamas und des Palästinensischen Islamischen Dschihad (PIJ) erfasst sind, widersprechen in hohem Maße den öffentlichen Erklärungen der israelischen Armee und Regierungsvertreter während des gesamten Krieges, die im Allgemeinen ein Verhältnis von 1:1 oder 2:1 zwischen zivilen und militanten Opfern angegeben haben. Stattdessen stützen die geheimen Daten die Ergebnisse mehrerer Studien, die darauf hindeuten, dass Israels Bombardierung des Gazastreifens Zivilisten in einem Ausmaß getötet hat, das in der modernen Kriegsführung kaum Parallelen hat.

Die israelische Armee bestätigte die Existenz der Datenbank, die vom Militärgeheimdienst (bekannt unter dem hebräischen Akronym „Aman“) verwaltet wird. Mehrere mit der Datenbank vertraute Geheimdienstquellen sagten, die Armee betrachte sie als die einzige maßgebliche Referenz für die Zahl gefallener Kämpfer. Wie eine davon meinte: „Es gibt keine andere Möglichkeit, dies zu überprüfen.“

Die Datenbank enthält eine Liste mit 47.653 Namen von Palästinensern im Gazastreifen, die Aman als aktive

Mitglieder der militärischen Flügel der Hamas und der PIJ betrachtet. Den Quellen zufolge basiert die Liste auf internen Dokumenten der Gruppen, die von der Armee beschafft wurden (was +972, *Local Call* und *The Guardian* nicht überprüfen konnten). Die Datenbank stuft 34.973 der Namen als Mitglieder der Hamas und 12.702 als Mitglieder des Islamischen Dschihad ein (eine kleine Anzahl ist beiden Gruppen zugerechnet, wird jedoch in der Gesamtzahl nur einmal gezählt).

Den Daten zufolge, die im Mai dieses Jahres erhoben wurden, geht die israelische Armee davon aus, dass sie seit dem 7. Oktober rund 8.900 Kämpfer getötet hat – davon gelten 7.330 als sicher tot und 1.570 als „wahrscheinlich tot“. Die überwiegende Mehrheit von ihnen waren untergeordnete Kräfte, wobei die Armee vermutet, dass sie 100 bis 300 hochrangige Hamas-Mitglieder von insgesamt 750 in der Datenbank genannten getötet hat.

Eine mit der Datenbank vertraute Quelle erklärte, dass jedem Namen auf der Liste, von dem die Armee sicher ist, dass er getötet wurde, eine bestimmte Information beigelegt ist, die diese Einstufung rechtfertigt. +972, *Local Call* und *The Guardian* erhielten die numerischen Daten aus der Datenbank ohne Namen oder zusätzliche Geheimdienstberichte.

Die vom Gesundheitsministerium in Gaza täglich veröffentlichten Gesamtzahlen der Todesopfer (die laut *Local Call* aus dem letzten Jahr selbst vom israelischen Militär als zuverlässig angesehen werden) unterscheiden nicht zwischen Zivilisten und Kämpfern. Wenn man jedoch die Zahlen der getöteten Kämpfer aus der internen Datenbank der israelischen Armee vom Mai mit den Gesamtopferzahlen des Gesundheitsministeriums vergleicht, lässt sich eine ungefähre Quote der zivilen Opfer dieses Krieges bis vor drei Monaten [also bis Mitte Mai 2025] berechnen, als die Zahl der getöteten Menschen bei 53.000 lag.

Unter der Annahme, dass alle sicher und wahrscheinlich getöteten Kämpfer in den Gesamtopferzahlen berücksichtigt wurden, würde dies bedeuten, dass über 83 Prozent der Todesopfer in Gaza Zivilisten waren. Wenn man die wahrscheinlich Getöteten nicht, sondern nur die sicher Toten berücksichtigt, steigt der Anteil der zivilen Todesopfer sogar auf über 86 Prozent.

Die Geheimdienstquellen erklärten, dass die Gesamtzahl der getöteten Kämpfer wahrscheinlich höher ist als die in der internen Datenbank erfasste Zahl, da diese weder Hamas- oder PIJ-Aktivist*innen umfasst, die getötet wurden, aber nicht namentlich identifiziert werden konnten, noch Gaza-Bewohner, die an den Kämpfen teilnahmen, aber

keine offiziellen Mitglieder der Hamas oder PIJ waren, noch politische Persönlichkeiten der Hamas wie Bürgermeister und Minister, die Israel ebenfalls als legitime Ziele betrachtet (was gegen das Völkerrecht verstößt).

Das bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass der Anteil der zivilen Opfer geringer ist als oben berechnet; tatsächlich könnte er sogar noch höher sein. Jüngste Studien deuten nämlich darauf hin, dass die Zahl der Todesopfer des Gesundheitsministeriums – die derzeit bei etwa 62.000 liegt – wahrscheinlich ebenfalls deutlich unter der Gesamtzahl der Opfer der israelischen Angriffe liegt, möglicherweise um mehrere Zehntausend.

Manipulierte Zahlen

Seit Beginn des Krieges haben offizielle Vertreter Israels versucht, Vorwürfe der vorsätzlichen Tötung in Gaza zurückzuweisen, während die Zahl der palästinensischen Todesopfer rapide anstieg. Im Dezember 2023, als die Zahl der Todesopfer bereits bei 16.000 lag, erklärte der internationale Sprecher der israelischen Armee, Jonathan Conricus, gegenüber CNN, dass Israel für jeden getöteten Kämpfer zwei Zivilisten getötet habe – ein Verhältnis, das er als „enorm positiv“ bezeichnete. Im Mai 2024, als die Zahl der Todesopfer bei 35.000 lag, behauptete Premierminister Benjamin Netanjahu, dass die Relation tatsächlich näher bei 1:1 liege, eine Behauptung, an der er auch im September desselben Jahres festhielt.

Die genaue Zahl der Kämpfer, die Israel seit dem 7. Oktober getötet haben will, schwankt offenbar nach Belieben. Im November 2023 deutete ein hochrangiger Sicherheitsbeamter gegenüber der israelischen Nachrichtenseite *Ynet* an, dass Israel bereits über 10.000 Kämpfer getötet habe. Nach offiziellen militärischen Angaben, die der Regierung im folgenden Monat vorgelegt wurde, sank diese Zahl auf 7.860.

Diese mysteriösen Sprünge bei den Zahlen getöteter Kämpfer gab es auch 2024. Im Februar 2024 behauptete der Sprecher der israelischen Streitkräfte, Israel habe 13.000 Hamas-Kämpfer getötet, doch eine Woche später meldete die Armee eine niedrigere Zahl von 12.000. Im August 2024 erklärte die Armee, sie habe 17.000 Hamas- und PIJ-Kämpfer getötet – eine Zahl, die zwei Monate später erneut auf 14.000 Getötete „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ schrumpfte. Im November 2024 bezifferte Netanjahu die Zahl auf „fast 20.000“.

In seiner Abschiedsrede im Januar dieses Jahres behauptete der scheidende Stabschef Herzi Halevi, dass Israel seit dem 7. Oktober 20.000 Kämpfer in Gaza getötet habe.

Und im Juni zitierte das rechtsgerichtete Begin-Sadat-Zentrum für Strategische Studien an der Bar-Ilan-Universität militärische Quellen, wonach die Zahl der getöteten Kämpfer in Gaza bei 23.000 liege.

Geheimdienstquellen teilten +972, *Local Call* und *The Guardian* mit, dass einige dieser Behauptungen wahrscheinlich auf einer älteren, ungenauen Datenbank des Südkommandos der Armee beruhen, das Ende letzten Jahres – ohne eine Liste mit Namen – schätzte, dass etwa 17.000 Kämpfer getötet worden seien. „Diese Zahlen sind Lügengeschichten des Südkommandos“, sagte eine Geheimdienstquelle. Die übertriebenen Berichte des Südkommandos basierten wahrscheinlich auf Aussagen von Kommandeuren vor Ort, deren Untergebene regelmäßig zivile Opfer fälschlicherweise als aktive Kämpfer meldeten.

Beispielsweise berichteten +972 und *Local Call* kürzlich über einen Fall, in dem ein in Rafah stationiertes Bataillon etwa 100 Palästinenser:innen tötete und sie alle als „Terroristen“ registrierte, obwohl ein Offizier des Bataillons aussagte, dass bis auf zwei alle Opfer unbewaffnet gewesen seien. Eine Untersuchung von *Haaretz* im letzten Jahr ergab ebenfalls, dass nur 10 von 200 „Terroristen“, die laut Angaben des IDF-Sprechers von der 252. Division im Netzarim-Korridor getötet worden waren, als Hamas-Kämpfer identifiziert werden konnten.

Im April 2024 berichtete die rechte Tageszeitung *Israel Hayom*, dass mehrere Mitglieder des Außen- und Verteidigungsausschusses der Knesset die Zuverlässigkeit der ihnen von der Armee vorgelegten Zahlen über getötete Kämpfer in Frage gestellt hatten. Nach Prüfung der Daten der Armee stellten die Ausschussmitglieder fest, dass die tatsächliche Zahl viel niedriger war und dass die Armee die Zahl „aufgebläht“ hatte, „um ein Verhältnis von 2:1“ zwischen zivilen und militanten Todesopfern herzustellen.

„Wir melden viele getötete Hamas-Kämpfer, aber ich glaube, dass die meisten der von uns als tot gemeldeten Personen gar keine Hamas-Kämpfer sind“, erklärte eine Geheimdienstquelle, die die Streitkräfte vor Ort begleitete, gegenüber +972, *Local Call* und *The Guardian*. „Die Menschen werden nach ihrem Tod zum Terroristen befördert. Hätte ich auf die Brigade gehört, wäre ich zu dem Schluss gekommen, dass wir 200 Prozent der Hamas-Kämpfer in der Region getötet hätten.“

Eine offizielle Quelle aus dem Sicherheitsapparat bestätigte, dass vor der Nutzung der Geheimdienstdatenbank die Zahlen der Armee zu den getöteten Kämpfern – wie beispielsweise die Zahl 17.000 – lediglich „Schätzungen“

waren, die größtenteils auf Aussagen von Offizieren basierten. „Die Zählmethode hat sich geändert“, erklärte er. „Zu Beginn des Krieges [verließen wir uns] auf die Aussagen der Kommandeure, die sagten: ‚Ich habe fünf Terroristen getötet.‘“

Die Geheimdienstdatenbank hingegen basiert auf einer Analyse jeder einzelnen Person und ist die einzige Zahl, zu der sich die Armee mit hoher Sicherheit „verbindlich bekennen“ kann, erklärte er – auch wenn davon auszugehen ist, dass es sich um eine zu niedrige Schätzung handelt. Die Quelle fügte hinzu, dass die Zahlen, die politische Führer öffentlich nennen, nicht mit den verfügbaren Geheimdienstdaten abgestimmt sind.

Der palästinensische Beobachter Muhammad Shehada erklärte gegenüber +972, *Local Call* und *The Guardian*, dass die Zahlen in der Geheimdienstdatenbank weitgehend mit den Zahlen übereinstimmen, die ihm von Vertretern der Hamas und der PIJ genannt wurden: Im Dezember 2024 schätzten sie, dass Israel etwa 6.500 ihrer Mitglieder getötet hatte, darunter auch Mitglieder des politischen Flügels.

„Sie lügen unentwegt“

Kurz nach dem 7. Oktober begann Yossi Sarel, der damalige Kommandeur der Eliteeinheit 8200 für Fernmeldeaufklärung, seinen Untergebenen täglich aktuelle Zahlen über die Anzahl der in Gaza getöteten Hamas- und PIJ-Kämpfer zu übermitteln. Die Grafik, die drei mit ihr vertrauten Quellen zufolge als „Kriegs-Dashboard“ bezeichnet wurde, wurde von Sarel als Maßstab für den Erfolg der Armee präsentiert.

„Er legte großen Wert auf ‚Daten, Daten, Daten‘“, erklärte einer von Sarels Untergebenen. „Alles musste quantitativ bestimmt werden, um Effizienz zu demonstrieren und zu versuchen, alles intelligenter und technologischer aussehen zu lassen.“ Eine andere Quelle sagte, es sei wie „ein Fußballspiel, bei dem die Offiziere herumsitzen und zusehen, wie die Zahlen auf dem Dashboard steigen“. (Yossi Sarel lehnte unsere Bitte um Stellungnahme ab und verwies uns an den Sprecher der IDF.)

Generalmajor (a. D.) Itzhak Brik, der viele Jahre als Kommandeur in der israelischen Armee und später als Ombudsmann für Beschwerden von Soldaten tätig war, erklärte, wie diese Sichtweise eine Kultur des Lügens förderte. „Sie schufen einen Maßstab, nach dem man umso erfolgreicher war, je mehr man tötete, und infolgedessen logen sie über die Zahl der Getöteten“, sagte er und bezeichnete die vom Sprecher der IDF vorgelegten Zahlen

als „eine der schwerwiegendsten Täuschungen“ in der Geschichte Israels.

„Sie lügen unentwegt – sowohl die militärische als auch die politische Führung“, fügte Brik hinzu. „Bei jedem Angriff verkündete der Sprecher der israelischen Streitkräfte: ‚Hunderte von Terroristen wurden getötet‘“, fuhr er fort. „Es stimmt zwar, dass Hunderte getötet wurden, aber es waren keine Terroristen. Es gibt absolut keinen Zusammenhang zwischen den Zahlen, die sie verkünden, und dem, was tatsächlich geschieht.“ Als er mit Soldaten sprach, deren Aufgabe es war, die Leichen der Menschen zu untersuchen und zu identifizieren, die die Armee in Gaza getötet hatte, sagten sie ihm: „Diejenigen, von denen die Armee behauptet, sie getötet zu haben, sind zum größten Teil [Zivilisten]. Punkt.“

Sowohl die Hamas als auch die PIJ wurden durch die israelische Offensive in den letzten zwei Jahren, bei der die meisten hochrangigen Kommandeure der Gruppen getötet und ihre militärische Infrastruktur erheblich beschädigt wurden, stark geschwächt. Dennoch zeigen die aus der Geheimdienstdatenbank gewonnenen Daten, dass Israel nur ein Fünftel derjenigen getötet hat, die es als Kämpfer betrachtet. Schätzungen des amerikanischen Geheimdienstes zufolge hat die Hamas während des Krieges 15.000 Kämpfer rekrutiert – fast doppelt so viele, wie Israel getötet hat.

Die seit Kriegsbeginn weit verbreitete genozidale Rhetorik der israelischen Führung und des obersten Militärkommandos lässt jedoch auf die Absicht schließen, alle Palästinenser:innen in Gaza aufs Korn zu nehmen, nicht nur die Kämpfer. Am Morgen des 7. Oktober sagte der damalige Stabschef Herzi Halevi zu seiner Frau: „Gaza wird zerstört werden“, wie sie kürzlich in einem Podcast verriet. Und in einer durchgesickerten Aufnahme aus den letzten Monaten, die letzte Woche auf dem israelischen Sender *Channel 12* ausgestrahlt wurde, sagte der damalige Direktor von Aman, Aharon Haliva, dass für jeden am 7. Oktober getöteten Israeli „50 Palästinenser sterben müssen“ und fügte hinzu: „Es spielt jetzt keine Rolle, ob es sich um Kinder handelt.“

Das Völkerrecht legt nicht fest, was eine „akzeptable“ Zahl ziviler Opfer ist, sondern prüft jeden Angriff nach dem Grundsatz der „Verhältnismäßigkeit“. In diesem Zusammenhang enthüllten +972 und *Local Call* bereits im November 2023, dass die israelische Armee nach dem 7. Oktober die Beschränkungen zur Vermeidung ziviler Opfer erheblich gelockert hatte und die Tötung von mehr als 100 palästinensischen Zivilist:innen sowie von bis zu 20

untergeordneten Kämpfern, wenn es darum ging, einen hochrangigen Hamas-Kommandeur zu ermorden.

Das Ergebnis dieser Feuerfreigabe und der Umsetzung des bloßen Rachedankens nach dem 7. Oktober ist laut Experten eine für moderne Kriegsführung extrem hohe Zahl ziviler Opfer in Gaza, selbst im Vergleich zu Konflikten, die für wahllose Tötungen bekannt sind, wie beispielsweise die Bürgerkriege in Syrien und im Sudan.

„Der Anteil der Zivilisten unter den Getöteten ist ungewöhnlich hoch, insbesondere da dies schon so lange andauert“, sagte Therese Pettersson vom Uppsala Conflict Data Programme (UCDP), das Daten zu zivilen Opfern weltweit sammelt. Sie fügte hinzu, dass man ähnliche Anteile ziviler Opfer finden könne, wenn man eine bestimmte Stadt oder Schlacht innerhalb eines größeren Konflikts herausgreife, aber „sehr selten“, wenn man einen Krieg als Ganzes betrachte. In den seit 1989 vom UCDP erfassten globalen Konflikten machten Zivilisten nur bei den Völkermorden in Srebrenica (1992–95) und Ruanda (1994) sowie während der dreimonatigen Belagerung Mariupols durch Russland (2022) einen größeren Anteil der Todesopfer aus, so Pettersson.

Erst wenn ein Waffenstillstand erreicht ist, wird es möglich sein, die genaue Zahl der getöteten Zivilisten und der Kämpfer in Gaza zu berechnen. Die Datenbank der Geheimdienste deutet jedoch darauf hin, dass die Zahl der zivilen Opfer weitaus höher ist als die Zahlen, die Israel seit fast zwei Jahren der Welt präsentiert.

+972 und *Local Call* wandten sich Ende Juli zunächst an den Sprecher der IDF, um eine Stellungnahme zu erhalten, und erhielten eine Erklärung, die unsere Ergebnisse nicht widerlegte: „Während des gesamten Krieges wurden umfassende Geheimdienstbewertungen zur Zahl der im Gazastreifen getöteten Terroristen durchgeführt. Die Zählung ist ein komplexer Geheimdienstprozess, der auf der Lage der Streitkräfte vor Ort und Geheimdienstinformationen basiert und gleichzeitig eine Vielzahl von Geheimdienstquellen miteinander vergleicht.“

Drei Wochen später, nachdem der *Guardian* um eine Stellungnahme zu denselben Daten gebeten hatte, erklärte die Armee, sie wolle ihre Antwort „umformulieren“ und wies unsere Ergebnisse ohne weitere Erklärung zurück: „Die in dem Artikel dargestellten Zahlen sind falsch und spiegeln nicht die in den Systemen der IDF verfügbaren Daten wider. Während des gesamten Krieges werden kontinuierlich Geheimdienstbewertungen hinsichtlich der Anzahl der im Gazastreifen eliminierten Terroristen durchgeführt, basierend auf BDA-Methoden (Bomb

Damage Assessment, Schadensbewertung) und Gegenprüfungen aus verschiedenen Quellen ... [einschließlich] Dokumenten, die von Terrororganisationen im Gazastreifen stammen.“

Ein Sprecher beantwortete nicht direkt die Frage, warum das Militär unterschiedliche Antworten auf Fragen zu einem einzigen Datensatz gegeben hatte.

21. August 2025 mit der Unterstützung von Emma Graham-Harrison von *The Guardian*

Yuval Abraham ist Journalist und Filmregisseur aus Jerusalem. Er ist einer der Regisseure des preisgekrönten Films „No other Land“.

aus: +972 magazine

Übersetzung: MiWe

STREIKS FÜR PALÄSTINA

Bei der internationalen Vernetzung der Hafenarbeiter:innen spielen die Kolleg:innen in Genua eine große Rolle. **Marina Forti**

Am Montag kam es in ganz Italien zu einem Generalstreik und rund eine halbe Million Menschen gingen auf die Straße – mithin die umfassendste Mobilisierung in Europa gegen den Krieg im Gazastreifen. Unter dem Motto „Blocchiamo tutto“ („Lasst uns alles blockieren“) fanden in mindestens 75 Orten Aktionen statt, bei denen Schulen geschlossen, Züge gestoppt und Straßen und Häfen blockiert wurden. Am stärksten wurden die Proteste in den Großstädten befolgt – laut Angaben der Organisatoren allein in Rom 100 000 Menschen, wo die Demonstrant:innen den Hauptbahnhof besetzten, bevor sie durch die Straßen marschierten. Der Streik wurde von mehreren Basisgewerkschaften ausgerufen, die von der Regierung die Beendigung der wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit mit Israel forderten. Im Parlament bezeichnete Riccardo Ricciardi von der Fünf-Sterne-Bewegung die Demonstrationen als Versuch, „die

Ehre Italiens wiederherzustellen“. Minister der regierenden Partei Fratelli d'Italia bekundeten unterdessen ihre Unterstützung für die Sicherheitskräfte, die Pfefferspray, Tränengas und Wasserwerfer gegen die Menschenmengen eingesetzt hatten. Premierministerin Giorgia Meloni, die sich zur UN-Generalversammlung in New York aufhielt, verurteilte die Ausschreitungen am Hauptbahnhof in Mailand. Ihre Regierung gehört zu den entschiedensten europäischen Unterstützern Israels, auch wenn es Anzeichen dafür gibt, dass der Druck der Bevölkerung zumindest auf symbolischer Ebene Wirkung zeigt.

Dem landesweiten Streik waren Aktionen der Hafenarbeiter in Genua – einem der wichtigsten Häfen Europas – vorangegangen, aus Solidarität mit der Global Sumud Flotilla, einem zivilen Schiffskonvoi, der letzten Monat von mehreren Mittelmeerhäfen aus in See gestochen war, um die israelische Blockade des Gazastreifens zu durchbrechen. Die ligurischen Hafenarbeiter haben gedroht, das Auslaufen von Containerschiffen nach Israel zu verhindern, um die Flottille zu unterstützen, die durch mehrere Drohnenangriffe bedroht worden war. Meloni entsandte diese Woche als Reaktion darauf Kriegsschiffe – an Bord befinden sich auch italienische Zivilpersonen, darunter Politiker:innen –, bezeichnete deren Mission jedoch als „unbegründet, gefährlich und unverantwortlich“ und forderte die Aktivist:innen auf, ihre Fracht in Zypern zu übergeben.

„Wenn der Kontakt zu den Booten abbricht, selbst wenn es nur zwanzig Minuten sind, legen wir ganz Europa lahm“, erklärte Riccardo Rudino, ein Vertreter des Autonomen Hafenarbeiterkollektivs von Genua (CALP), vor 40 000 Menschen an einem Samstagabend Ende August vor den Toren des Hafens. Ende Juli übernahm die in Genua ansässige humanitäre Vereinigung Music for Peace die Organisation einer lokalen Schiffsflotte, die Teil der Flottille sein sollte; die CALP gehörte zu den ersten Organisationen, die sich ihnen anschlossen, gefolgt von Gewerkschaften und lokalen Basisinitiativen. Die daraus entstehende Bewegung – inmitten der Sommerferien – übertraf alle Erwartungen. Die Organisatoren wandten sich an die Stadt und baten um 40 Tonnen Lebensmittel, die an die vier Schiffe gespendet werden sollten, die aus Genua auslaufen sollten. Tatsächlich kamen 300 Tonnen an, weit mehr als transportiert werden konnte, und etwa 40 000 Menschen – in einer Stadt mit 560 000 Einwohnern – beteiligten sich an einer Demonstration – der größten seit dem G8-Gipfel hier im Jahr 2001. Auf der Piazza De Ferrari sprach Bürgermeisterin Silvia Salis über die

Geschichte des antifaschistischen Widerstands in Genua; ein Vertreter des Vatikans sagte, die Stadt habe gezeigt, dass in ihren Augen „eine andere Welt möglich ist“.

„Als wir ankündigten, alles zu blockieren, waren dies keine leeren Worte, sondern unser Ernst“, sagt Rudino, einige Tage nach der Demonstration. „Jedes Jahr verlassen dreizehn- oder vierzehntausend Container mit verschiedenen Gütern den Hafen von Genua in Richtung Israel. Aber wenn sie die Flottille stoppen, wird nicht einmal ein Nagel von hier wegkommen.“ Die Hafenarbeiter von Genua engagieren sich seit Beginn des Krieges im Oktober 2023 gegen den Krieg in Gaza, als Reaktion auf einen Aufruf palästinensischer Gewerkschaften, Waffenlieferungen nach Israel zu blockieren. Die jüngste Konfrontation ereignete sich im Juli dieses Jahres, als es den Arbeitern gelang, das Anlegen der Cosco Shipping Pisces zu verhindern, die Container mit Material aus Singapur nach Israel transportierte. Das Frachtschiff war bereits von Arbeitern in Piräus abgewiesen worden; es war die griechische Hafenarbeitergewerkschaft, die ihre italienischen Kollegen alarmierte.

„Für uns ist das Blockieren von Häfen nichts Neues“, erklärte Rudino – ebenso wenig wie koordinierte Aktionen der europäischen Hafenarbeiter. Im Jahr 2019 weigerten sich Beschäftigte des Hafens von Le Havre in Nordfrankreich, in Frankreich hergestellte Kanonen auf die Bahri Yanbu zu laden, die nach Saudi-Arabien unterwegs war. Aus Angst, dass die Waffen auf dem Landweg nach Genua umgeleitet werden könnten, wo das saudische Frachtschiff angeblich ankommen sollte, schlugen französische Aktivist:innen Alarm beim italienischen Netzwerk für Abrüstung, woraufhin das Autonome Hafenarbeiterkollektiv von Genua reagierte. Die Caesar-Haubitzen kamen nicht an, aber das saudische Schiff sollte mit Stromgeneratoren der italienischen Firma Teknel beladen werden. Diese waren für den zivilen Gebrauch deklariert worden, aber Kontrollen ergaben, dass das Schiff zur Ausfuhr von Waffen berechtigt war und seine Ladung möglicherweise für die saudische Nationalgarde bestimmt war, die damals in einen Krieg im Jemen verwickelt war. Unter Berufung auf ein italienisches Gesetz aus dem Jahr 1990, das die Lieferung von Waffen an Krieg führende Nationen verbietet, weigerten sich die Hafenarbeiter von Genua, die Generatoren zu verladen; schließlich gab Teknel die Lieferung auf, und die Bahri Yanbu verließ den Hafen ohne sie (die Generatoren gelangten schließlich über Venedig nach Saudi-Arabien). Dieser Fall veranlasste die Arbeiter im ligurischen Hafen, ihre Beziehungen zu Hafenarbeitern in ganz Europa zu intensivieren und ein Anti-Kriegs-

Netzwerk zu gründen, um den globalen Waffenhandel zu verfolgen und zu stören.

Die Hafenarbeiter von Genua – so genannte Camalli – blicken auf eine lange Tradition der Selbstorganisation und politischen Aktivität zurück. Die erste moderne Genossenschaft der Hafenarbeiter der Stadt wurde 1889 gegründet, zur Zeit der Entstehung der Arbeiterhilfsvereine. Anfang des 20. Jahrhunderts gelang es durch eine Reihe von Streiks, das ungerechte Tagelohnsystem abzuschaffen. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Compagnia unica lavoratori merci varie (CULMV) gegründet, die für die Ausbildung und den Schutz der Hafenarbeiter zuständig war. Entscheidend war, dass die Compagnia die ausschließliche Kontrolle über die Einstellungen und Arbeitsverträge erhielt: Reedereien konnten ihre eigenen Arbeiter nicht direkt beschäftigen – zu Bedingungen, die wahrscheinlich prekärer und schlecht bezahlt waren –, sondern mussten auf Mitglieder der CULMV zurückgreifen.

Obwohl es sich eher um einen Verband, der die Einstellungen vermittelt, als um eine eigentliche Gewerkschaft handelt, ist die Compagnia seit langem eine wichtige Institution für die politische Organisation und Bewusstseinsbildung im weiteren Sinne. In der Nachkriegszeit gehörten ihre Führer und Mitglieder überwiegend der CGIL an, der mehrheitlich kommunistischen Gewerkschaft, und wählten nahezu geschlossen die Kommunistische Partei Italiens. Die Camalli haben nicht nur ihre eigenen Arbeitsbedingungen verbessert, sondern auch eine führende Rolle in den nationalen Widerstandsbewegungen gespielt. Im Juni 1960 beteiligten sie sich an der Besetzung der öffentlichen Plätze, um die neofaschistische MSI (Vorgängerin von Melonis Partei, die im Laufe der Zeit verschiedene Wandlungen durchlief) daran zu hindern, ihren Kongress in Genua abzuhalten. Der Aufstand, bei dem es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam, führte zum Sturz der rechten Koalitionsregierung unter Tambroni. Die Hafenarbeiter von Genua blicken auch auf eine lange Tradition internationaler Solidarität zurück. Im Jahr 1973 entsandten sie ein mit Lebensmitteln und Gütern beladenes Schiff zur Unterstützung der Demokratischen Republik Vietnam – eine Aktion, die noch immer in der Stadt legendär ist. Außerdem blockierten sie Frachtschiffe, die amerikanische Truppen in Indochina und Pinochets Diktatur in Chile versorgten, und boykottierten das Apartheid-Regime in Südafrika.

Wie in vielen anderen Branchen haben technologische und soziale Veränderungen in den letzten Jahrzehnten auch die Arbeit in den Häfen verändert und das Kräftever-

hältnis verschoben. Der Aufstieg der Containerschifffahrt revolutionierte die Logistik des internationalen Handels, und die Mechanisierung der Hafenanlagen reduzierte das Arbeitsaufkommen – in den 1970er Jahren gab es in Genua 8000 Hafenarbeiter, zwanzig Jahre später waren es nur noch 1000. In den 1990er Jahren ging eine Privatisierungswelle durch Italien, und die ligurischen Häfen wurden für private Unternehmen geöffnet, an die die Hafenbehörden – nun als eine Art öffentlicher Vermieter – Terminals vermieteten. Die neuen Vorschriften ermöglichten es diesen Unternehmen – in der Fachsprache „Terminalbetreiber“ genannt – eigene Mitarbeiter einzustellen, was den Status der Compagnia gefährdete, obwohl diese auf ihrer Position als Arbeitskräftevermittler beharrte: Wenn die Konjunktur brummt, können private Unternehmen nur auf CULMV-Mitglieder zurückgreifen.

Heute arbeiten im Hafen von Genua etwa 3400 Menschen, darunter 2300 Hafenarbeiter, die mit dem Be- und Entladen von Fracht befasst sind (etwa die Hälfte davon ist Mitglied der Gewerkschaft CULMV). Die Beschäftigung ist stabil und relativ sicher; die CULMV garantiert privaten Unternehmen Flexibilität und verhindert so die Ausbreitung von befristeten und schlecht bezahlten Jobs, die in anderen Branchen weit verbreitet sind. „Wir haben Handheld-Geräte und Computer, aber letztendlich besteht die Arbeit immer noch darin, Schiffe zu be- und entladen“, erklärt Riccardo Rudino: „In einem Hafen dieser Größe zählt nach wie vor die menschliche Arbeitskraft.“ „In der Stadt genießen Hafenarbeiter nach wie vor großes Ansehen“, erzählte mir Riccardo Degl’Innocenti, ein unabhängiger Forscher, der sich mit der Geschichte der Häfen beschäftigt.

Das Autonome Hafenarbeiterkollektiv ist sich seiner organisatorischen und strategischen Macht sehr bewusst, gerade angesichts der globalen Bedeutung seiner Arbeit (das Forschungszentrum Weapon Watch mit Sitz in Genua beschreibt Häfen als „das Herzstück des globalen militärisch-industriellen Systems“). Die Mitglieder sind stolz auf ihre Geschichte des kollektiven Kampfes. „Wie unsere Väter und Großväter wollen wir uns nicht am Waffenhandel (arms trafficking) mitschuldig machen“, sagt Rudino. Er verwendet bewusst das Wort „trafficking“, weil dies gegen italienische und internationale Vorschriften verstößt, ganz zu schweigen von den Prinzipien der Menschlichkeit und Solidarität.

Am Wochenende versammeln sich Hafenarbeiter aus ganz Europa und darüber hinaus – aus Marseille, Athen, Tanger – in Genua zum ersten internationalen Treffen der

neu gegründeten Coordinamento Internazionale dei Portuali (Internationale Hafenarbeiterallianz). Die zweitägige Versammlung, die von der italienischen Basisgewerkschaft USB einberufen wurde und an der Delegierte verschiedener europäischer, nordafrikanischer und nahöstlicher Hafenarbeitergewerkschaften teilnehmen, hat zum Ziel, die Aktionen zur Verhinderung von Waffenexporten nach Israel zu koordinieren und eine strategische Reaktion auf die Drohnenangriffe auf die Flottille zu entfalten. Zu den Freiwilligen an Bord gehören auch Hafenarbeiter. Anfang dieses Monats wurde auf einer von CALP und USB organisierten öffentlichen Versammlung im Club der Hafenarbeiter von Genua, bei der der Generalstreik dieser Woche geplant wurde, per Videokonferenz Kontakt zu einem der Schiffe aufgenommen, die sich auf dem Weg nach Gaza befanden. „Hallo zusammen“: Ein lächelnder, müde aussehender junger Mann wurde auf eine große Leinwand projiziert. „Hallo Jose“, antworteten Dutzende Stimmen unter Applaus. Jose Nivoi ist Hafenarbeiter und Mitglied der CALP. „Die Stimmung ist gut. Zu wissen, dass ihr uns unterstützt, hilft uns“, sagte er zu den Anwesenden. Ein Arbeiter im Hafen von Livorno erklärte ins Mikrofon: „Wir mobilisieren nicht nur aus Solidarität mit dem leidenden palästinensischen Volk, sondern auch, weil wir wütend sind.“ Ein anderer Arbeiter fügte hinzu: Möge dies „der Beginn eines heißen Herbstes“ sein

26.9.25

Mit freundlicher Genehmigung von Sidecar, dem Blog von *New Left review*
(<https://newleftreview.org/sidecar/posts/in-genoa>)

Marina Forti hat über 30 Jahre für die italienische Tageszeitung *il manifesto* gearbeitet und leitet die Journalismusschule der Fondazione Lisli e Lelio Basso-ISSOCCO in Rom.

Übersetzung: MiWe



DIE GEPLANTE KATASTROPHE: GILBERT ACHCAR ZUR DIALEKTIK VON GAZA

Simon Pearson rezensiert das jüngste Buch von Gilbert Achcar, wobei er auch auf frühere Publikationen des Autors Bezug nimmt. Die französische Ausgabe *Gaza, génocide annoncé – un tournant dans l'histoire mondiale*¹ (Gaza, ein angekündigter Völkermord – ein Wendepunkt in der Weltgeschichte) ist am 16. Juni 2025 erschienen, die englische unter dem Titel *The Gaza Catastrophe: The Genocide in World-Historical Perspective*² (Die Katastrophe von Gaza: der Völkermord aus weltgeschichtlicher Perspektive) unmittelbar danach am 26. Juni 2025. **Simon Pearson**

Das neueste Buch von Gilbert Achcar ist mehr als ein Aufruf zum Mitgefühl. Es ist eine politische Waffe. Geschrieben, während der Völkermord im vollen Gange war, entlarvt es den heuchlerischen Diskurs und das diplomatische Theater und lüftet den moralischen Nebel. Der Krieg gegen Gaza, so seine These, ist ein koloniales Siedlerprojekt. Er wird mit äußerster Brutalität auf die Spitze getrieben, genießt jedoch die volle Unterstützung der westlichen Mächte, die gleichzeitig behaupten, die Menschenrechte zu verteidigen. Achcar nennt die Urheber des Konflikts beim Namen, er zeichnet die historische Entwicklung nach und klagt nicht nur Israel an, sondern auch die Weltordnung, die Israel gewähren lässt. Das Buch gibt sich nicht der Resignation hin. Es ist ein Aufruf zum Handeln.

Gaza, génocide annoncé ist mehr als ein weiteres Buch über Gaza. Es ist eine Anklageschrift. Und zwar nicht nur

gegen Israel, auch wenn der Name dieses Staates auf fast jeder Seite vorkommt. Es ist eine Anklageschrift gegen das globale System, das den Völkermord möglich, salonfähig, rechtlich einwandfrei und letztendlich – auch aus administrativen Erwägungen – unvermeidlich gemacht hat. Es ist kein Buch über eine Tragödie. Es ist ein Buch über ein Verbrechen. Und dieses Verbrechen, betont Achcar von Anfang an, liegt nicht allein im Akt der Zerstörung selbst, sondern ist bereits in der Logik angelegt, die diese Zerstörung als Denkmöglichkeit in Erwägung zieht.

Der Titel³ ist bewusst gewählt. Es handelt sich nicht um eine Katastrophe. Es ist *die* Katastrophe. Und das ist kein Zufall. Die Katastrophe war geplant.

Achcars Methode: das System beim Namen nennen

Das Werk von Gilbert Achcar hat sich stets vom Genre der liberalen Wehklagen abgehoben. Als Marxist der antiimperialistischen Schule beschränkt sich Achcar nicht darauf, die Tragödie bloß zu diagnostizieren. Vielmehr möchte er die dahinterliegenden Strukturen aufdecken. Aufgewachsen im Libanon und lange Zeit an der SOAS (School of Oriental and African Studies, University of London) tätig, untersucht er jede Krise nicht nur mit einem tiefen historischen Verständnis, sondern auch mit analytisch scharfem Blick. In *The Clash of Barbarisms. The Making of the New World Disorder* (Der Schock der Barbarei: Der 11. September und die neue „Weltordnung“)⁴ analysierte er die globale Ordnung nach dem 11. September, lange bevor sich der liberale Mainstream damit befasst hatte. In *The Arabs and the Holocaust*⁵ geht er sowohl auf die zionistische Instrumentalisierung der Shoah als auch auf das fehlende historische Bewusstsein der Araber ein. Er bedient sich in beiden Fällen derselben Methode: Es geht ihm darum, den ideologischen Überbau zu dekonstruieren, die geopolitische Architektur offenzulegen und die Linke mit klaren Konzepten auszurüsten.

Diese Klarheit kommt auch in *Israel's War on Gaza*⁶ zum Ausdruck, einer kurzen und eindringlichen Polemik, die im Dezember 2023 bei Resistance Books erschienen ist und geschrieben wurde, während die Bomben fielen – begleitet von beschwichtigenden Worten. Achcar sprach aus, wovor viele zurückscheuten: dass die Bombardierung von Gaza durch Israel nicht bloß eine Vergeltungsmaßnahme war, sondern die vorsätzliche totale Vernichtung, „nichts weniger als ein Völkermord“. Er gab schon früh zu bedenken, dass eine zweite Nakba nicht nur ein potenzielles Risiko, sondern strategisches Ziel war. Und er prangerte die Komplizenschaft der

westlichen Regierungen an, insbesondere der USA und der EU – nicht wegen diplomatischer Zurückhaltung, sondern wegen aktiver Kollaboration. „Die Weigerung der westlichen Regierungen, einen Waffenstillstand zu fordern“, schrieb er, „macht sie zu Komplizen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Israel's War on Gaza ist nicht nur eine Chronik der Ereignisse, sondern auch ein politisches Statement. Der Autor skizziert in Umrissen seine Kernaussage: Was derzeit geschieht, ist kein skandalöser Einzelfall, sondern Ausdruck eines welthistorischen Widerspruchs. Dabei bezieht er sich auf die Unfähigkeit des kolonialen Siedlerstaates, das nationale Bewusstsein des palästinensischen Volkes auszulöschen. *Gaza, génocide annoncé* knüpft an diesen kurzen Text an, ist jedoch ausführlicher, strukturierter und präziser in der Argumentation. In vier Teilen zeichnet Achcar den langen Bogen nach, der von der Nakba zum Völkermord, von der liberalen Komplizenschaft zum Glaubwürdigkeitsverlust des atlantischen Bündnisses und von den falschen Versprechungen in Oslo zur Politik der verbrannten Erde des Kriegskabinetts von Netanjahu führt. War *Israel's War on Gaza* ein Alarmsignal, so ist das aktuelle Werk eine politische Abrechnung.

Achcar ist in seiner Analyse unerbittlich, verfällt aber nie in Verzweiflung. Seine Methode ist nicht moralisch, sondern dialektisch. Er appelliert nicht an Gefühle, sondern stellt die Frage, was zu tun ist. Damit schwimmt er gegen den Strom der lautstark geäußerten Empörung und führt uns auf das Terrain der politischen Strategie. Die Katastrophe von Gaza, so der englische Titel des Buches, ist die Realität, die sich vor unseren Augen abspielt. Und das verpflichtet uns nicht nur zum Hinschauen, sondern auch zum Handeln.

1 Völkermord als Strategie

Das Buch beginnt mit *Réflexions sur le génocide de Gaza et sa portée historique mondiale* (Reflexionen über den Völkermord in Gaza und seine weltgeschichtliche Bedeutung). Achcar lässt keine Missverständnisse aufkommen. Es handelt sich um einen Völkermord, nicht im übertragenen, sondern im wörtlichen Sinn. Er beruft sich bei der Beurteilung des Vorgehens Israels (Bombardierung ziviler Gebiete, Entzug von Nahrungsmitteln, Zerstörung der Infrastruktur) auf die UN-Definition von Völkermord. Er zitiert die entmenslichende Sprache von Yoav Gallant⁷, die Einsatzdoktrin der israelischen Armee und die Erklärungen israelischer Minister. Die Absicht zu zerstören wird nicht verheimlicht. Sie wird ganz offen ausgesprochen.

Eine der relevantesten Erkenntnisse von Achcar kommt in seiner Kritik an der Militärstrategie der Hamas zum Ausdruck: „Diese Strategie ist irrational, da es widersinnig ist, seine Feinde genau dort anzugreifen, wo sie eine unüberwindbare Überlegenheit besitzen.“ Er verurteilt die Entscheidung der Hamas, zum bewaffneten Kampf zu greifen, den er als mystisch und kontraproduktiv bezeichnet, und schlussfolgert, dass deren „katastrophale Fehleinschätzung der Geschichte des antikolonialen Kampfes durch nichts zu rechtfertigen ist.“

Die Kernaussage ist jedoch, dass Gaza nicht nur den Charakter der israelischen Politik offenbart, sondern auch den Niedergang der liberalen Weltordnung. Der von Achcar verwendete Ausdruck (atlantischer Liberalismus) bringt den nach 1945 vorherrschenden Konsens gut auf den Punkt: das Eintreten für Demokratie seitens der USA, die humanitäre Phrasendrescherei und den auf Regeln beruhenden Multilateralismus. Gaza reißt, wie zuvor schon der Irak, diese liberale Maske herunter. Bidens bedingungslose Unterstützung für Netanjahus militärische Operation, die Untätigkeit der UNO und das Schweigen der EU sind Achcar zufolge nicht Ausdruck eines diplomatischen Versagens, sondern strukturell bedingt. Am 18. Oktober 2023 erklärte Biden: „Wenn es Israel nicht gäbe, müssten wir es erfinden [...]. Man muss kein Jude sein, um Zionist zu sein.“ Achcar schlägt hier eine Brücke zu dem, was er als „narzisstisches Mitgefühl“ bezeichnet: die Tendenz des Westens, Empathie nur mit diejenigen zu empfinden, die als kulturell nahe stehend wahrgenommen werden. Seiner Meinung nach wurde „Bidens Selbstverständnis als Zionist“ durch die traumatischen Bilder vom 7. Oktober, insbesondere vom Nova-Musikfestival, „erheblich geschärft“. Der darauffolgende Völkermord, so Achcar, spielte sich unter dem politischen Deckmantel dieser Empörung ab.

Im Zusammenbruch der westlichen Ordnung sieht Achcar aber noch etwas anderes: den Aufstieg einer neuen ideologischen Konstellation. Das Zeitalter des Neofaschismus steht nicht bevor. Es ist bereits da.

2 Von Oslo zur Vernichtung

Im zweiten Teil *Vers la catastrophe* (Auf dem Weg zur Katastrophe) kehrt Achcar zu dem Gebiet zurück, das er am besten kennt: die historische Aufarbeitung. Dabei folgt er nicht dem liberalen Diskurs, sondern liefert eine strukturelle Diagnose. Er beginnt mit einer Kritik an der Manipulation der Erinnerung an den Holocaust durch Europa. Weit davon entfernt, vor zukünftigen Gräueltaten

zu warnen, wird der Holocaust politisch instrumentalisiert, um den Staat Israel heilig zu sprechen und Kritiker zum Schweigen zu bringen. Achcar zufolge ist der Zionismus zu einem „Weißwaschprojekt“ geworden, um Israels koloniale Siedlungspolitik mit der westlichen Zivilisation in Einklang zu bringen.

Anschließend wendet er sich dem Scheitern des Friedensprozesses zu. Oslo, so Achcar, war nie ein Friedensprojekt. Es handelte sich vielmehr um eine Befriedung unter israelischer Verwaltung. Der Prozess ist geplatzt, sobald die Palästinenser begriffen haben, dass der Landtausch in Wirklichkeit auf eine Annexion hinauslief und eine Staatsgründung unter diesen Bedingungen eine dauerhafte Versklavung bedeutet hätte. Achcar beschreibt detailliert, wie die Hamas nach dem Scheitern von Oslo entstanden ist – nicht bloß als Widerstandsbewegung, sondern als Umwandlung der politischen Niederlage in ein religiöses Projekt.

Mit der Hamas geht er scharf, aber politisch motiviert ins Gericht. Er bezeichnet ihre Strategie als „mystisch“, ihren bewaffneten Kampf als kontraproduktiv und ihre Ideologie als rückschrittlich. „Wer will ernsthaft mit vier Steinschleudern gegen eine Atommacht kämpfen?“, zitiert er Yahya Sinwar, den Mann, der den Angriff vom 7. Oktober angeordnet hat.

Achcar vermeidet jedoch jegliche falsche Ausgewogenheit. Die Zerstörung von Gaza ist ihm zufolge keine Reaktion auf die Hamas. Vielmehr handelt es sich um ein von langer Hand geplantes Projekt. „Der Völkermord in Gaza wurde durch eine Kombination von Faktoren ausgelöst“, schreibt er, darunter „die bewusste Absicht, [...] unter der Schirmherrschaft einer Koalition aus Neofaschisten und Neonazis [...] maximalen Schaden anzurichten“ oder „die mörderische Wut der israelischen Armee, verbunden mit der Entmenschlichung der Palästinenser“.

3 Eine Bilanz in Echtzeit

Der dritte Teil *Gaza, Nakba, Génocide* (Gaza, Nakba, Völkermord) ist eine Auswahl von politischen Beiträgen, die Achcar im Verlauf der Katastrophe verfasst hat. Es handelt sich dabei nicht um akademische Abhandlungen, sondern um eindringliche Streitschriften, die in Echtzeit entstanden sind und strategische Ziele verfolgen. Es geht dem Autor darum, den Völkermord beim Namen zu nennen, beschönigende Umschreibungen zu entlarven und dem Imperium seine liberale Maske vom Gesicht zu reißen.

Achcar macht auch sprachlich keine Zugeständnisse. Am schärfsten ist seine Kritik, wenn sie sich gegen die von

westlichen Medien und Politikern verbreitete „moralische Gleichwertigkeit“ richtet: gegen die Vorstellung, dass es sich beim Angriff der Hamas vom 7. Oktober und bei der israelischen Militäroperation um vergleichbare Gewaltverbrechen handelt. „Das Massaker vom 7. Oktober mit dem Völkermord in Gaza gleichzusetzen“, schreibt er, „läuft darauf hinaus, das von Grund auf ungleiche Kräfteverhältnis zwischen Kolonialmacht und Kolonisierten zu leugnen.“

Er geißelt die liberalen Kommentatoren und jene NGOs, die den Begriff „Völkermord“ tunlichst vermeiden, und betont, dass deren humanitäres Geschwätz nicht zur Klärung, sondern zur Verschleierung eingesetzt wird. In einer seiner schärfsten Äußerungen schreibt er: „Die ultimative Obszönität ist die moralische Gleichsetzung des Völkermords in Gaza mit dem Massaker vom 7. Oktober.“

Dieser Abschnitt ist auch wegen seiner Medienanalyse bemerkenswert. Achcar seziert schonungslos, wie gewisse Ausdrücke („menschliche Schutzschilde“, „Terrortunnels“, „chirurgische Präzisionsschläge“) eingesetzt werden, um das Unentschuld bare zu rechtfertigen. Seiner Meinung nach dienen diese verharmlosenden Begriffe nicht nur zur Beschönigung der Gewalt, die von Israel ausgeht, sondern auch zu ihrer Rechtfertigung. Die Komplizenschaft des Westens wird auch in diesem Vokabular sichtbar.

Achcar möchte die Debatte wieder politisieren – nicht, um an Gefühle zu appellieren, sondern um zum Nachdenken und zum Handeln aufzufordern.

4 Das Zusammenspiel imperialer Kräfte

Der Epilog mit dem Titel *Entrée en scène de Trump* (Trump betritt die Bühne) versteht sich nicht als Nachwort, sondern als Zusammenfassung von Achcars zentralen Thesen. Der Völkermord in Gaza ist kein Versehen des Liberalismus, sondern ein Symptom seines Niedergangs. Auch die Rückkehr Trumps, so Achcar, markiert nicht den Beginn von etwas Neuem, sondern die Vertiefung einer neofaschistischen Allianz, die seit langem im Entstehen begriffen ist.

Achcar prangert eingangs die „allgemeine Epidemie der Illusionen“ in der Zeit vor Trumps Wiederwahl im Jahr 2024 an. Er spricht von der irrationalen Hoffnung, dass eine zweite Amtszeit Trumps Netanjahu in die Schranken weisen könnte – einer Hoffnung, die sogar von liberalen oder linken Beobachtern geteilt wurde. Daher erinnert er daran, dass Trump bereits in seiner ersten Amtszeit

- die US-Botschaft nach Jerusalem verlegt,
- die israelische Souveränität über die syrischen Golanhöhen anerkannt,

- die Hilfe für die UNRWA und die Palästinensische Autonomiebehörde gekürzt
- und zum Abschluss der Abraham-Abkommen⁸ beigetragen hat.

Keine dieser Maßnahmen war ein Versehen. Sie waren vielmehr das eigentliche Ziel. Achcar zufolge hätte jeder Mensch „mit einem durchschnittlichen Verstand“ davon ausgehen müssen, dass der Konflikt andauern würde oder sogar eskalieren könnte.

Aber Achcar geht noch weiter. Er enthüllt den Einfluss, den Trump hinter den Kulissen auf die Kriegspolitik Netanjahus ausgeübt hat. Während des Wahlkampfs 2024 schien Netanjahu den von den USA ausgehandelten Waffenstillstand nicht nur aus internen strategischen Gründen hinauszuzögern, sondern auch, um sich bei Trump anzubieten. Ein aufschlussreiches Zitat Netanjahus vom Juli 2024 („Wir arbeiten daran.“) folgte unmittelbar auf sein Treffen mit Trump in Mar-a-Lago. Das war kein Zufall. Es war eine Hommage.

Achcar beschreibt detailliert, wie Netanjahu mit Trumps Gesandtem Steve Witkoff (einem Golfpartner Trumps und ebenfalls Immobilieninvestor, der enge Beziehungen zum Kapital aus den Golfstaaten unterhält), daran gearbeitet hat, den Waffenstillstand zeitlich so zu legen, dass er mit der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl zusammenfällt. Somit ist der Völkermord in Gaza nicht nur ein strategisches Manöver, sondern auch ein Wahlgeschenk, das die Interessen zweier autoritärer Führer mittels einer effektvollen Inszenierung unter einen Hut bringt.

Und das ist die Quintessenz aus Achcars Thesen: Gaza ist die Probestühne für ein neues Modell imperialer Herrschaft, die sich nicht mehr über Regeln oder Normen definiert, sondern über die „begeisterte“ Zusammenarbeit zwischen zwei fanatischen Führern. Der Völkermord wird bewusst als Mittel der Diplomatie eingesetzt. Es geht nicht um Frieden, sondern um die Annäherung zweier Neofaschisten.

Achcar setzt Satireelemente ein („ein alter Freund des Präsidenten; sein Golfpartner; sein ehemaliger Anwalt, ebenfalls Immobilienspekulant mit guten Verbindungen zu den reichen arabischen Ölstaaten“), um seine Kernaussage zu unterstreichen. Ihm zufolge handelt es sich in Gaza nicht um ein Versehen des Systems, sondern um eine systemimmanente Logik. Gaza ist nicht nur Schauplatz einer Tragödie, sondern auch die Bühne, auf der eine neue internationale Ordnung allmählich Gestalt annimmt.

In dieser Lesart ist auch Trump kein „amerikanischer Betriebsunfall“, sondern die ultimative Verkörperung US-amerikanischer Politik. Er steht für die Übereinstimmung imperialer Interessen, die Achcar in seinem gesamten Werk beschreibt: Washington, Tel Aviv und die Golfmonarchien haben sich von einer humanitären Rhetorik verabschiedet und treten inzwischen offen als Block eines rassistischen Kapitalismus in Erscheinung, um ihre Sicherheitsinteressen zu koordinieren. Die liberale Weltordnung ist nicht an ihren Widersprüchen zugrunde gegangen. Sie hat sich in stillschweigendes Einvernehmen verwandelt.

Anhang: Antisemitismus, Zionismus und der Streit um die Definitionsmacht

In den Anhang wurde eine wichtige Erklärung aufgenommen, die Gilbert Achcar gemeinsam mit Raef Zreik verfasst hatte und die erstmals 2020 im britischen *Guardian*⁹ veröffentlicht wurde. Dabei handelt es sich nicht um eine nachträgliche Reflexion, sondern um einen politischen Beitrag, der die Ideologie hinter dem westlichen Diskurs über den israelisch-palästinensischen Konflikt aufdecken möchte.

Der Grund dafür liegt auf der Hand: Insbesondere in Europa und Nordamerika gibt es zunehmend Tendenzen, den Antisemitismusbegriff der IHRA¹⁰ zu übernehmen, der Antisemitismus mit Antizionismus gleichsetzt. Solche Manöver, so Achcar und Zreik, dienen nicht dazu, Juden vor Hass zu schützen, sondern die palästinensische Sache zu diskreditieren und alle, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen, zum Schweigen zu bringen.

„Angesichts des wachsenden Drucks der Unterstützer Israels, eine Definition von Antisemitismus zu verabschieden, die jede Kritik am Zionismus und am zionistischen Staat als Variante des Antisemitismus begreift, hielten es arabische Intellektuelle für unumgänglich, sich zu dieser Debatte zu äußern.“

Die Erklärung betont einleitend die dringende Notwendigkeit, den echten Antisemitismus zu bekämpfen: den Hass auf Juden als Juden, der in Stereotypen, Verschwörungstheorien, Holocaustleugnung und rassistischem Hass verwurzelt ist. Dieser Kampf muss jedoch klaren Prinzipien folgen und darf nicht „zweckentfremdet“ werden, um den Zielen eines Staates zu dienen: „Antisemitismus muss geächtet und bekämpft werden. Der Hass auf Juden als Juden darf nirgendwo toleriert werden, egal unter welchem Vorwand.“

Die Verurteilung des Antisemitismus, so die Autoren weiter, wird jedoch von der israelischen Regierung und

ihren Verbündeten zur Durchsetzung ihrer eigenen Interessen verwendet. „Der Kampf gegen Antisemitismus wurde in den letzten Jahren zunehmend instrumentalisiert, [...] mit der Absicht, die palästinensische Sache zu diskreditieren und ihre Unterstützer zum Schweigen zu bringen.“

Der zentrale Kritikpunkt bezieht sich auf die Gleichsetzung von Judentum und Zionismus, vom Staat Israel und der „Selbstbestimmung aller Juden“. Die Antisemitismusdefinition der IHRA gibt zwar vor, neutral zu sein, unterstellt jedoch jeder Kritik an Israel, zwangsläufig antisemitisch zu sein. Laut Achcar und Zreik ist das intellektuell unredlich und politisch gefährlich. [...]

Achcar und Zreik gehen aber noch weiter, indem sie die Argumente der IHRA ins Gegenteil verkehren: Das Eintreten für die Rechte der Palästinenser hat absolut nichts mit Antisemitismus zu tun. Wer das behauptet, schadet bloß dem Engagement gegen den tatsächlichen Antisemitismus: „Der Kampf gegen Antisemitismus darf nicht dazu benutzt werden, dem Kampf gegen die Unterdrückung der Palästinenser, gegen die Verweigerung ihrer Rechte und gegen die anhaltende Besetzung ihres Landes die Rechtmäßigkeit abzusprechen.“

Die Erklärung von Achcar und Zreik weist alle Versuche, „die Opfer zu Tätern zu machen“ zurück. Sie schließt mit der Feststellung, dass die Palästinenser das Recht haben, sich gegen ihre Unterdrückung zu wehren und (politisch, moralisch und historisch) auf ihre Lage hinzuweisen, ohne durch die Instrumentalisierung des jüdischen Traumas mundtot gemacht zu werden.

Der Anhang unterstreicht Achcars zentrale These: Der ideologische Rahmen, der den Völkermord ermöglicht, beschränkt sich nicht auf die Militärdoktrin oder die Logik der Siedler. Er ist fixer Bestandteil der Sprache des Hasses. Durch seine Weigerung, Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichzusetzen, stellt Achcar ein zentrales Element des liberalen Zionismus in Frage. Er verteidigt das Recht (um nicht zu sagen, die Notwendigkeit), den Völkermord als solchen zu bezeichnen.

Neofaschismus: die Banalität des Völkermords

Achcars Analyse ist besonders eindringlich, wenn er von der Ideologie der israelischen Regierung spricht. Hier handelt es sich schon längst nicht mehr um die extreme Rechte allein, sondern um einen Neofaschismus, der sich lückenlos in eine weltweite Strömung einfügt. Achcar hat keine Bedenken, den Begriff Neofaschismus zu verwenden. Er beschreibt die Regierungskoalition in Israel als „Bündnis der extremsten Kräfte der Rechten, aus religi-

ösen Zionisten und Ultraorthodoxen“. In seinen Augen ist der Völkermord in Gaza nicht bloß das Ergebnis von Militarismus oder Kolonialismus, sondern Ausdruck eines neofaschistischen politischen Projekts, das sich hinter einer demokratischen Fassade vollzieht.

In *The Age of Neofascism and Its Distinctive Features*¹¹ (Das Zeitalter des Neofaschismus und seine Besonderheiten) schreibt er: „Anders als seine Vorgänger, die eine lupenreine Diktatur errichtet haben, beruft sich der Neofaschismus auf die Einhaltung demokratischer Grundregeln, wobei er gleichzeitig die Demokratie ihres Inhalts entleert, indem er bestehende politische Freiheiten aushöhlt.“

Anders ausgedrückt: Wahlen dürfen weiterhin stattfinden, auch wenn das System längst zu einer leeren Hülle geworden ist – ohne jegliche Vertretung für die Palästinenser oder für oppositionelle Israelis. In *Gaza, génocide annoncé* verknüpft Achcar diese Argumentationslinie mit seiner Analyse der welthistorischen Bedeutung des Völkermords, indem er betont, dass die ideologischen Voraussetzungen für den Krieg gegen Gaza nicht rhetorischer, sondern struktureller Natur waren. Beispiele dafür sind die Normalisierung eines fanatischen Zionismus, die juristischen Angriffe auf israelische Demokraten und die Berufung offen völkermörderischer Akteure in die Regierung.

Die israelische Regierung reiht sich Achcar zufolge nahtlos in diese neofaschistische Logik ein. Politische Parteien, die früher als terroristisch galten, sind heute an der Regierung; Ideologen der ethnischen Säuberung wurden in Ministerämter erhoben. Die staatlich kontrollierte Apartheid mit ihrer Besatzungspolitik wird durch Wahlen verschleiert und der koloniale Apparat wird nicht nur aufrechterhalten, sondern unter den Bedingungen des Neofaschismus weiter ausgebaut.

Achcar richtet seinen Blick nicht nur auf Jerusalem. In *Peace Between Neofascists and War on Oppressed Peoples*¹² (Frieden zwischen Neofaschisten und Krieg gegen unterdrückte Völker) stellt er fest: „Wir erleben heute eine Annäherung zwischen Neofaschisten auf Kosten der unterdrückten Völker.“

Diese Annäherung ist strukturell bedingt. In *Gaza, génocide annoncé* wie in seinen früheren Aufsätzen zeigt Achcar, wie Washington, Moskau und Tel Aviv nicht mehr dem Liberalismus zum Trotz, sondern kraft des Aufstiegs des Neofaschismus agieren. Er fügt hinzu: „Die USA sind vollumfänglich mitschuldig am völkermörderischen Krieg gegen das palästinensische Volk in Gaza.“

Somit ist die völkermörderische Logik in Gaza für Achcar kein Zufall, sondern das Produkt einer imperialen

Allianz, die auf Waffenlieferungen, diplomatische Rückendeckung und eine rassistische Darstellung des palästinensischen Widerstands in den Medien setzt.

In seinem Artikel *Neofascism and Climate Change*¹³ (Neofaschismus und Klimawandel) erklärt Achcar ausführlicher, warum diese Art zu regieren biopolitisch ist, wie sie die ökologische Realität leugnet, Migranten ins Visier nimmt und die ökologische Krise als Deckmantel für rassistische Ausgrenzung benutzt: „Der Neofaschismus treibt die Welt mit einer offensichtlichen Abneigung [...] gegen unverzichtbare ökologische Maßnahmen in den Abgrund, und dieser Kurs wird durch eine „Politik der Ausgrenzung“ ergänzt.

Achcars Analyse zeigt somit, dass koloniale Regimes nicht nur einer rassistischen Logik folgen, sondern auch die ökologische Krise leugnen. Für die Zukunft des belagerten Gazastreifens, wo vor dem Hintergrund eines exklusiven Herrschaftsanspruchs Krieg, Vertreibung und Klimakollaps zusammenfallen, ist das eine gefährliche Mischung.

In *Gaza, génocide annoncé* verdeutlicht Achcars Theorie des Neofaschismus den Zusammenhang zwischen der israelischen extremen Rechten und der extremen Rechten weltweit, zwischen Smotrich¹⁴ und Trump, Ben-Gvir¹⁵ und Putin. Das ist nicht metaphorisch gemeint, sondern Folge einer logischen Entwicklung. Er schreibt: „Wir sind in das Zeitalter des Neofaschismus eingetreten, [...] was umso schlimmer ist, als die wichtigste imperialistische Macht an der Spitze dieser neofaschistischen Koalition steht.“

Achcar wählt bei seiner politischen Analyse zwei unterschiedliche Zugänge: Auf internationaler Ebene argumentiert er analytisch, auf lokaler Ebene konkret und praktisch. Einzigartig ist nicht der Horror des israelischen Völkermords, sondern dessen demokratische Fassade. Die Maschinerie, die zur Zerstörung der Hamas in Bewegung gesetzt wird, passt perfekt ins Zeitalter des Neofaschismus: gezielter Einsatz von KI, „Null-Opfer-Doktrin“, rassistische Rhetorik und weltweite Unterstützung in Sachen Rüstung.

Diese Diagnose ist weder eine rhetorische Übertreibung noch historische Panikmache, sondern Ausdruck struktureller Klarsicht. Neofaschismus ist laut Achcar nicht mehr das Merkmal extremistischer Strömungen. Er hat sich in eine staatliche Methode verwandelt, in ein ideologisches Ökosystem, in dem Völkermord als politische Waffe eingesetzt wird.

Fazit: Gegen Schönfärberei, gegen das Imperium

Gaza, génocide annoncé weckt keine falschen Hoffnungen. Der Autor hat das Vertrauen auf das Völkerrecht verloren

und schließt auch nicht mit einem optimistischen Ausblick. Seine Stärke liegt in seiner Klarheit. Achcar nennt die Dinge beim Namen. In einer Zeit, in der bereits klare Worte subversiv sind, ist das nicht wenig.

Die Katastrophe war keine politische Fehlleistung. Sie ist das Ergebnis einer bewussten strategischen Entscheidung. Die Trümmer von Gaza sind keine Warnung aus der Geschichte. Sie führen uns die Gegenwart in aller Deutlichkeit vor Augen.

Was in Gaza passiert, hat System. Dagegen muss man protestieren. Aber Empörung allein reicht nicht. Eine politische Herangehensweise ist gefragt, die den Pessimismus der Intelligenz mit dem Optimismus des Willens und der Hoffnung verbindet.

Veröffentlicht am 7. August 2025 von *Anticapitalist Resistance*

Simon Pearson arbeitet in der Redaktion von Anti*Capitalist Resistance (England und Wales) mit, lebt in den Midlands und betreibt den Blog „Anticapitalist Musings“.

Übersetzung: E. F.

1 <https://europe-solidaire.org/spip.php?article75837>

2 <https://anticapitalistmusings.com/2025/08/the-catastrophe-was-the-point-gilbert-achcars-dialectic-of-gaza/>

3 Der Rezensent bezieht sich auf den englischen Titel des Buches.

4 <https://saqibooks.com/saqi/the-clash-of-barbarisms>. Neuer ISP VLG, 2002

5 <https://saqibooks.com/books/saqi/the-arabs-and-the-holocaust/>

6 <https://resistancebooks.org/product/israels-war-on-gaza/>

7 Israelischer Militär und Politiker.

8 Diplomatische Annäherung zwischen Israel, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain unter der Schirmherrschaft der USA.

9 <https://www.theguardian.com/news/2020/nov/29/palestinian-rights-and-the-ihra-definition-of-antisemitism>

10 International Holocaust Remembrance Alliance (Internationale Allianz zum Holocaustgedenken)

11 <https://gilbert-achcar.net/age-of-neofascism>

12 <https://internationalviewpoint.org/spip.php?article8869>

13 <https://anticapitalistresistance.org/neofascism-and-climate-change/>

14 Israelischer Finanzminister.

15 Israelischer Minister für öffentliche Sicherheit.

WIDERSTAND IN PALÄSTINA

Anlässlich der Verbotsdrohung gegen die Solidaritätsorganisation Urgence Palestine in Frankreich befragte **Antoine Larrache** am 8. Juli 2025, also noch vor dem Einmarsch in Gaza Stadt, den französisch-palästinensischen Aktivisten **Salah Hamouri** zum Aufbau des palästinensischen Widerstands vor Ort und weltweit.

Warum will [der frz. Innenminister] Retailleau Urgence Palestine und Jeune Garde (Junge Garde) auflösen?

Ich denke, dass Urgence Palestine und Jeune Garde, jeweils in ihrem Aktionsfeld, ein sehr aktives Umfeld aufgebaut haben. Diese Organisationen haben eine andere Dimension, eine andere Denkweise, eine neue Art von politischer Analyse und Engagement eröffnet. Sie haben neue Leute rekrutiert, eine neue Generation von Aktivist:innen, und konnten so einen Teil der französischen Gesellschaft erreichen. Urgence Palestine hat es geschafft, die politische Debatte in Frankreich in Bezug auf Palästina zu beeinflussen.¹

Ich denke, Retailleau steht dabei nicht allein; hinter dieser Offensive steckt auch israelischer Druck. Konkret: Retailleau folgte einer Aufforderung rechter Abgeordneter mit Verbindungen zu Israel, Urgence Palestine aufzulösen. Dasselbe gilt für Palestine Action in Großbritannien, deren Berufung am 5. Juli abgelehnt wurde.²

Es gibt einen gesellschaftlichen Druck, weiterhin humanitäre Unterstützung zu leisten, ohne sich politisch für Widerstand und internationalistische Belange zu engagieren.

Was unterscheidet Urgence Palestine von der traditionellen pro-palästinensischen Bewegung?

Ich denke, der Hauptunterschied liegt in der Position und dem Stellenwert, die einige Palästinenser:innen dort eingenommen haben. In Frankreich, wie auch anderswo, waren sie lange quasi unsichtbar. Wir glauben, dass die palästinensische Diaspora in Zukunft eine sehr wichtige politische Rolle im Kampf und im Widerstand spielen wird.

Wir müssen uns politisch wieder stärker organisieren, um wieder die Position einzunehmen, die uns die Osloer Abkommen in den letzten 30 Jahren nach 1994 nehmen wollten. Inzwischen ist überall – in Frankreich, aber auch in den USA, London und Barcelona – eine palästinensische Generation erwacht, die als treibende Kraft hinter allen Ereignissen nach dem 7. Oktober bis heute fungiert.

In London spielen gleich mehrere palästinensische Bewegungen eine Schlüsselrolle. Es gibt eine aktive palästinensische Generation in Frankreich, im „Beitna“³ in Belgien und unter den Palästinenser:innen in Barcelona, die schon vor dem 7. Oktober sehr aktiv waren. Unsere Diaspora ist aufgewacht und schickt sich an, die politische Kontrolle zurückzugewinnen.

Innerhalb der Bewegung ändert sich derzeit die Einschätzung der Oslo-Abkommen.

Viele Palästinenser:innen sehen die Oslo-Abkommen als eine Katastrophe, die „dritte Nakba“, bloß diesmal mit Billigung von palästinensischer Seite. Damals wollten es die Menschen nicht wahrhaben; vor allem diejenigen, die gesehen hatten, wie Arafat und Rabin einander die Hand gaben. Überall hieß es, dies sei das Ende des Konflikts, Israelis und Palästinenser würden in Frieden leben, ohne die grundlegenden Fragen – Kolonisierung, Besatzung – anzusprechen und ohne die unterzeichneten Abkommen näher zu analysieren. Das zweite Abkommen, das Pariser Abkommen von 1996 über die wirtschaftlichen Fragen, ist das schlimmste.

Insofern war es ein Abkommen, das den Anspruch erhob, ein Friedensabkommen zu sein, ohne dem besetzten Volk irgendwelche Rechte zurückzugeben. Durch Oslo erhielten die Palästinenser:innen keine grundlegenden Rechte zurück.

Ganz zu schweigen von der Palästinensischen Autonomiebehörde ...

Ja. Wenn man die Situation akzeptiert, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder man ist politisch naiv, oder man möchte sich einer potentiell aufwendigen politischen Verpflichtung entziehen.

Aber heute kann niemand naiv sein und die Realität nicht erkennen. Diejenigen, die an der Zweistaatenfrage und den Oslo-Abkommen festhalten, wollen sich der politischen Verantwortung entziehen und schweigen – sowohl über die Palästinensische Autonomiebehörde als auch über die Realität des anhaltenden Völkermords.

Hast Du Informationen darüber, wie die Bevölkerung, insbesondere im Westjordanland, vorgeht und Widerstand leistet?

Es gibt mehrere miteinander zusammenhängende Probleme. In den letzten Monaten haben wir ein neues Phänomen beobachtet: die Entstehung neuer bewaffneter Gruppen mit Verbindungen zu den Israelis. Sie verfolgen die gleiche Strategie wie seinerzeit die Südlibanesischen Armee⁴ und haben im südlichen Gazastreifen zwei Milizen gegründet: die von Abu Shabab in Rafah und eine weitere in Khan Younis. In einem Interview mit der israelischen Zeitung *Yedioth Ahronoth* erklärte Yasser Abu Shabab unmissverständlich, dass seine kollaborierenden Milizen von der Palästinensischen Autonomiebehörde, der israelischen Armee und den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützt werden. Sie koordinieren den Aufbau bewaffneter Milizen mit Verbindungen zu den Besatzern im Gazastreifen. Es handelt sich um dieselben Gruppen, die humanitäre Hilfsgüter gestohlen und die Bevölkerung angegriffen haben.

Auch im Westjordanland gibt es eine neue Entwicklung: Obwohl die Palästinensische Autonomiebehörde schwach ist, will sie die Lage wieder politisch bestimmen. Prominente Persönlichkeiten und Familien mit Beziehungen zu den Besatzern versuchen, Hebron zu einem unabhängigen Staat mit direkten Verbindungen zu den israelischen Besatzern zu erklären. Das ist nichts Neues. 1978 gab es ein israelisches Projekt namens *Rawābit al-Qurā* („Dörferbund“), dessen Ziel es war, bestimmte Bürgermeister zu umgehen und mit anderen, insbesondere in den großen Städten, zusammenzuarbeiten. Sie waren Kollaborateure; das Ziel war, die PLO⁵ durch diese Bürgermeister zu ersetzen. Einige von ihnen wurden jedoch von im Westjordanland vertretenen Organisationen getötet.

Heute erleben wir das politische Ende der Palästinensischen Autonomiebehörde. Sie hat keine soziale Basis mehr. Die Israelis suchen daher nach einer Alternative zur Kontrolle der palästinensischen Gebiete. Sie wissen genau, dass das Vakuum gefüllt werden muss. Entweder gelingt es ihnen, neue Kollaborateure zu installieren – also halten sie Ausschau in alle Richtungen, zu den Clans oder in Wirtschaftskreise. Oder es entwickelt sich ein Widerstand, selbst wenn die politischen Parteien schwach sind. Sie wissen genau, dass im Westjordanland jederzeit eine Volksbewegung ausbrechen kann, daher versuchen die Israelis, dies zu verhindern. Sie wissen genau, dass das Westjordanland ein strategisch wichtiges Gebiet ist, das nicht verloren gehen darf, weil eine Bewegung dort ihnen tausendmal mehr

Schaden zufügen kann als im Gazastreifen. Das haben wir während der ersten und der zweiten Intifada gesehen.

Wir haben dort in den letzten Jahren auch Mobilisierungen unter der Jugend und neue Aktivistengruppen erlebt.

2021 wurde versucht, Sheikh Jarrah, einen Stadtteil von Jerusalem, zu zerstören. Eine Offensive wurde daraufhin gestartet, und das alarmierte die Israelis. Die Bewegung brach in ganz Palästina aus: in den Gebieten von 1948⁶, in Jerusalem, im Westjordanland, im Gazastreifen und in der Diaspora. Es war das erste Mal seit 1948, dass in allen fünf Gebieten gleichzeitig gehandelt wurde. Ich denke, 2021 hat den Begriff „palästinensisches Volk“ wieder mit Leben gefüllt. Rund um den Widerstand entstand eine politische Einheit. Das alarmierte die Israelis, die erkannten, welche Gefahr das Erwachen von Millionen Palästinensern in Israel, Jerusalem und im Westjordanland für die gesamte israelische Kolonialisierung darstellt.

Was ist von dieser Bewegung noch übrig?

Die Israelis haben diese Bewegung unterdrückt: Tausende Verhaftungen, jahrelange Inhaftierungen und die anschließenden Zerstörungen im Westjordanland. Ich glaube, dass im Westjordanland und in Jerusalem bald wieder etwas passieren wird, dass es explodieren wird.

Wie wird es passieren? Was wird der Auslöser sein? Wir wissen es nicht. Aber die enorme Repression, der Vormarsch der Siedlungen, die Zerstörung werden unerträglich. Wir sehen die Flucht in das nördliche Westjordanland, die Flüchtlingslager im Norden, das, was die Armee Plan X⁷ genannt hat.

Ich glaube, die Menschen sehen den Moment kommen, in dem es keine Zukunft mehr gibt, keine Perspektive mehr, keine Lösungen mehr, weder menschlich noch politisch. Der Moment, in dem nichts mehr übrig ist. Und ich denke, wir sind nicht weit vom Ausbruch einer großen Revolte entfernt.

Hast Du Informationen darüber, wie der Widerstand in Gaza vonstatten geht?

Wir befinden uns in einem Guerillakrieg, das ist klar. Aber es gibt kein organisiertes, zentrales Kommando. Überall gibt es erfahrene Widerstandskämpfer, die sich in den Städten und auf jeweils heimischem Boden bewegen.

Gestern fand beispielsweise eine Operation in Beit Hanoun im hohen Norden, nahe der Grenze, statt – einer Stadt, die zu Beginn des Krieges vor 20 Monaten dem

Erdboden gleichgemacht wurde. Dennoch gab es auf Seiten der israelischen Armee fünf Tote und 15 Verletzte. Die Israelis wissen, dass sie umso mehr Verluste erleiden werden, je länger sie in Gaza bleiben.

Gaza ist praktisch unbewohnbar; zwei Drittel des Gebiets sind besetzt, nur das Zentrum ist noch unbesetzt. Die Israelis begründen ihre Nichtbesetzung damit, dass sich ihre Gefangenen in diesem Gebiet befinden und sie nicht riskieren sollten, getötet zu werden. In Wirklichkeit wissen sie, dass sie umso mehr Verluste erleiden werden, je länger sie vor Ort bleiben.

Heute gibt es Erklärungen von Yair Lapid – einem Kandidaten für das Amt des Premierministers – und ehemaligen Generälen, die besagen, dass die Präsenz in Gaza zu zahlreichen Verlusten in der israelischen Armee führen wird und dass sie sich aus Gaza zurückziehen, einen Gefangenenaustausch – mit palästinensischen politischen Gefangenen – anstreben und versuchen müssen, eine Lösung zu finden.

Ich denke, der Widerstand dort kann noch Jahre andauern; die Bewohner:innen sind gut organisiert, sie leisten Widerstand, und dieser Widerstand wird von der Bevölkerung getragen.

Allerdings mit enormen menschlichen Verlusten. Einige Studien sprechen von Hunderttausenden Todesopfern. Hast Du Informationen, wie das in Jordanien aufgenommen wird?

Während der imperialistischen Invasion Israels und der USA im Iran half Jordanien Israel. Es beherbergt amerikanische, französische und britische Stützpunkte. Dreitausend US-amerikanische Soldaten sind dort stationiert.

Sie wissen, dass Jordanien auch für die Palästinenser strategisches Gebiet ist. Der Sturz des dortigen Regimes würde eine gewaltige politische Explosion in der Region und weltweit auslösen. Es hat die längste Grenze zu Palästina. Das Regime ist schwach, wird aber durch die Repression der Sicherheitskräfte an der Macht gehalten. Seit dem 7. Oktober kam es zu Tausenden von Verhaftungen in der Bevölkerung und auch in den palästinensischen Flüchtlingslagern.

Als das Rote Meer durch die Angriffe der Huthi blockiert war, diente Jordanien als Ausweichroute und öffnete die „Landbrücke“ zwischen Israel und Saudi-Arabien. Jordanien spielte somit eine wichtige Rolle bei der Lösung der israelischen Wirtschaftskrise. Dies ist seine Rolle seit 20 Monaten.

Wie wird es mit der Mobilisierung weitergehen?

Es ist schwer vorherzusagen, was passieren wird. Es könnte sehr schnell zu einem 60-tägigen Waffenstillstand kommen. Trump sagt, er sei entschlossen, den Krieg zu beenden, also werden wir sehen, was passiert.

In meinen Augen besteht die Herausforderung darin, die PLO auf der Grundlage revolutionärer Prinzipien zu erneuern und allen politischen Parteien den Beitritt zu ermöglichen. Wir brauchen ein langfristiges Kampfprogramm, denn es gibt heute keine politische Lösung. Wir müssen zunächst ein Kräftegleichgewicht schaffen, und da sind die Palästinenser:innen gefordert. Wir brauchen wieder ein Engagement, das auf Widerstand basiert, um dadurch essentielle Veränderungen herbeizuführen.

Und wie muss sich die Solidaritätsbewegung entwickeln?

Auch sie muss die politische Sprache ändern und sich dem Widerstand zuwenden. Und dann wird sich auch alles rund um die Palästinenser:innen ändern.

Was Urgence Palestine und die Palästinenser:innen im Allgemeinen angeht, besteht unsere politische Aufgabe darin, das aktive Engagement zu stärken und die politische Analyse über die Bedeutung des Widerstands und einer grundlegend politischen Solidarität zu vertiefen. Dies darf sich nicht auf humanitäre Unterstützung beschränken; wir müssen uns politisch und auf aktivistischer Ebene engagieren. Das ist unsere Rolle für die kommenden Monate und Jahre.

Salah Hamouri ist ein frz.-palästinensischer Rechtsanwalt und Wissenschaftler, der über 10 Jahre als politischer Gefangener in israelischen Gefängnissen saß.

Aus: *inprecor* Juli/August 2025

Übersetzung: MiWe

1 Auch der Abgeordnete des Rassemblement National, Julien Odoul, hat am 22. Oktober die Auflösung von Urgence Palestine gefordert. Am 29. April kündigte der Innenminister seine Absicht an, UP und das antifaschistische Kollektiv La Jeune Garde aufzulösen. Am 12. Juni wurde Letzteres aufgelöst. Eine Solidaritätsmobilisierung mit UP fand die Unterstützung von 250 000 Unterzeichnern und mehr als 800 Organisationen. Die Auflösung von UP wurde noch nicht bekannt gegeben.

2 Palestine Action wurde nach einer Aktion auf einem Stützpunkt der Royal Air Force verboten, bei der Farbe auf Militärflugzeuge gesprüht wurde. Palestine Action legte Berufung beim High Court in London ein, der die Klage am 5. Juli 2025 abwies.

3 Ein jugendgeführtes palästinensisch-belgisches Kulturzentrum („beitna“ = „unser Haus“) [Anm. d. Red.]

4 Die Südlibanesische Armee ist eine libanesische Miliz, die während der israelischen Invasion im Südlibanon 1978 und 1982 mit Unterstützung der israelischen Armee operierte. Sie wurde 1976–1977 gegründet und nach dem Abzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon im Jahr 2000 aufgelöst.

5 Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), gegründet am 28. Mai 1964 in Jerusalem, war die wichtigste palästinensische Widerstandsorganisation. Sie besteht aus mehreren palästinensischen Organisationen. Die wichtigste ist die Fatah, aber es gibt auch die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) und die Demokratische Front zur Befreiung Palästinas (DFLP). Sie wurde von 1969 bis zu seinem Tod 2004 von Jassir Arafat geführt. Derzeit wird sie von Mahmud Abbas (Abu Mazen) geführt, der auch Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde und des Staates Palästina ist.

6 Die „Palästinenser:innen von 1948“ sind jene, die sich nach dem Krieg von 1948, der zur Gründung Israels führte, innerhalb des israelischen Staates wiederfanden. Ihre Zahl beträgt etwa 1,7 bis 2 Millionen oder 20 Prozent der israelischen Bevölkerung. Im Westjordanland leben 3,2 Millionen und vor Beginn des Völkermords 2,2 Millionen im Gazastreifen. In den umliegenden arabischen Ländern leben 6,4 Millionen Palästinenser:innen, im Rest der Welt 760 000. Insgesamt sind das etwa 14 bis 15 Millionen.

7 Der Plan X des rechtsextremen Ministers Bezalel Smotrich zielt darauf ab, palästinensisches Land im besetzten Westjordanland zu beschlagnahmen. Im Jahr 2024 wurden 800 Hektar beschlagnahmt: „Laut der israelischen Anti-Siedlungsorganisation Peace Now ist dies der größte Landraub auf palästinensischem Gebiet seit den Osloer Abkommen.“ „Im Westjordanland stehen Straßen im Mittelpunkt eines neuen Siedlungsplans“, *France 24* vom 29. März 2024.

EINE NEUE ISRAELISCHE LANDKARTE

Der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich veröffentlichte eine Karte, die die Annexion von über 80 % des Westjordanlands vorsieht. Damit unterscheidet er sich nicht wesentlich vom Rest des politischen Establishments Israels – nicht einmal von der „pragmatischen“ Opposition. **Qassam Muaddi**

Mehr als 80 Prozent des besetzten Westjordanlands würden Teil Israels werden, laut einem neuen Annexionsvorschlag, den der israelische Finanzminister Bezalel Smotrich am Montag [1. September] vorgelegt hat. Der Hardliner präsentierte eine Karte, auf der das gesamte Westjordanland als Teil Israels dargestellt ist, einschließlich Bethlehem, dem Jordantal und dem gesamten palästinensischen Landgebiet, während nur sechs palästinensische Städte – Dschenin, Tulkarem, Nablus, Jericho, Ramallah und Hebron – als isolierte Ghettos markiert waren. Smotrich sagte, wenn die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) sich seinem Plan widersetzen sollte, würde Israel sie „ausrotten, wie es mit der Hamas geschehen ist“. Smotrich forderte Netanjahu außerdem auf, seinen Vorschlag umzusetzen, wenn er „als großer Führer in die Geschichte eingehen“ wolle.

Am selben Tag, an dem Smotrich seine Präsentation hielt, verhafteten israelische Streitkräfte den Bürgermeister von Hebron, Tayseer Abu Sneineh. Hebron ist die größte palästinensische Stadt im Westjordanland und Heimat von 800 000 Palästinenser:innen. Seit den 1980er Jahren haben sich etwa 500 ultraorthodoxe israelische Siedler in der dortigen Altstadt niedergelassen, und Abu Sneineh ist bekannt für seine Zugehörigkeit zu einer Fatah-Zelle, die 1980 die Ermordung von sechs Israelis und jüdischen Siedlern in der Altstadt der Stadt plante und durchführte, was landläufig als „Operation Dabuya“ bekannt wurde. Nach seiner ersten Verhaftung wurde Abu Sneineh 1983 zusammen mit anderen Mitgliedern der Zelle im Rahmen eines Gefangenenaustauschs freigelassen.

Die Verhaftung von Abu Sneineh erfolgte wenige Tage, nachdem israelische Medien berichtet hatten, dass Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die Gründung eines lokalen „Emirats“ [aus Clanfamilien] in Hebron in Erwägung ziehe, das von der Palästinensischen Autonomiebehörde getrennt sein sollte. Diese Information war erstmals im Juli letzten Jahres im *Wall Street Journal* erschienen.

Lokale palästinensische Medien mutmaßen gar, dass die Verhaftung von Abu Sneineh möglicherweise ein Auftakt zur Ausschaltung potentieller Oppositionskräfte gegen die Annexion sein könnte, insbesondere angesichts des Hintergrunds von Abu Sneineh und seiner Position als einflussreicher nationalistischer Lokalpolitiker in Hebron.

Diese Ereignisse sowie eine Reihe weiterer Entwicklungen im Vorfeld des Smotrich-Vorschlags haben das Thema einer möglichen Annexion des Westjordanlands durch Israel ganz oben auf die Agenda der israelischen Regierung katapultiert und Millionen von Palästinenser:innen im Westjordanland in Sorge über ihre Zukunft gestürzt.

Hintergründe

Das israelische Kabinett traf sich am vergangenen Sonntag zum zweiten Mal innerhalb von zwei Wochen, um Optionen für die Annexion von Teilen des Westjordanlands zu diskutieren. Darauf folgte letzte Woche ein Treffen zwischen dem israelischen Außenminister Gideon Saar und dem US-Außenminister Marco Rubio, bei dem Saar Rubio laut der israelischen Nachrichtenseite *Walla* über die Absicht Israels informierte, „die israelische Souveränität“ über das palästinensische Gebiet zu erzwingen.

Unterdessen hat Israel eine Machtdemonstration gegen die PA gestartet, indem es mehrere Razzien in großen Städten des Westjordanlands durchführte, die gemäß den Osloer Verträgen zum Gebiet A gehören, das etwa 18 % des Westjordanlands ausmacht und unter der Gerichtsbarkeit der PA stehen soll. Die israelische Armee startete letzte Woche die größte Militärrazzia seit Jahren in Ramallah und besetzte das Stadtzentrum der De-facto-Hauptstadt der PA mit Hunderten von Soldaten, begleitet von der israelischen Presse, für mehr als drei Stunden. Am nächsten Tag führte die israelische Armee einen ähnlichen Überfall in Nablus durch, der zweitwichtigsten Hochburg der PA.

Obwohl Israel behauptet, dass seine jüngsten Schritte zur Annexion des Westjordanlands eine Reaktion auf die Ankündigung mehrerer europäischer Staaten sind, Palästina als Staat anzuerkennen, wird die Annexion des West-

jordanlands durch Israel seit Jahren vorbereitet. Im Jahr 2019 versprach der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu während seines Wahlkampfs, das Jordantal zu annektieren. Die erste Trump-Regierung soll Israel zweimal, im Januar und Juni 2020, daran gehindert haben, die Annexion offiziell anzukündigen.

Dieselbe Trump-Regierung kündigte jedoch 2020 ihren „Jahrhundert-Deal“ an, der die Annexion des größten Teils des Westjordanlands, einschließlich des gesamten Jordantals, vorsah. Trump erkannte auch die Souveränität Israels über die illegalen Siedlungen im Westjordanland, über die besetzten syrischen Golanhöhen und über ganz Jerusalem als Hauptstadt Israels an. Die Palästinenser lehnten dies mit überwältigender Mehrheit ab.

Der aktuelle Annexionsplan Israels basiert auf Smotrichs „entscheidendem Plan“ aus dem Jahr 2015, der darauf abzielt, die Gründung eines palästinensischen Staates zu verhindern und die Palästinenser:innen auf dem Weg der „freiwilligen Migration“ zu vertreiben. Smotrich äußerte, dass die Palästinenser:innen im Westjordanland sich entweder der israelischen Souveränität unterwerfen, das Land verlassen oder von den israelischen Streitkräften „behandelt“ werden müssten. Nach dem 7. Oktober erklärte Smotrich, die Annexion des Westjordanlands solle Israels Antwort auf den Angriff der Hamas sein. Später sagte er, die Vertreibung der Hälfte der Bevölkerung Gazas durch Israel würde einen „Präzedenzfall“ für ein ähnliches Vorgehen im Westjordanland schaffen.

Die PA im Visier

In den letzten beiden Jahren hat Smotrich eine Kampagne zur finanziellen Strangulierung der PA angezettelt, indem er palästinensische Zolleinnahmen, die Israel gemäß den Osloer Abkommen im Namen der PA einzieht, unterschlägt. Außerdem hat er regelmäßig damit gedroht, israelischen Banken den Handel mit palästinensischen Banken zu verbieten, und hat israelische Banken dazu gezwungen, die Geldbeträge zu begrenzen, die palästinensische Banken an israelische Banken überweisen dürfen.

Beide Maßnahmen haben die PA in eine anhaltende Finanzkrise gestürzt, sodass sie seit Monaten nicht in der Lage ist, Beamten, medizinischem Personal, Lehrer:innen und Sicherheitspersonal ihre vollen Monatsgehälter zu zahlen. Und wenn Smotrich tatsächlich alle finanziellen Transaktionen zwischen israelischen und palästinensischen Banken verbietet, würde dies einen totalen finanziellen Zusammenbruch im Westjordanland bedeuten und die Existenz der PA gefährden.

Indem die PA auf dieses Niveau gedrückt wird, soll sie ihren Nutzen für die Palästinenser:innen verlieren und der Weg für eine Annexion geebnet werden. Und Smotrich ist nur das bekannteste Gesicht dieser jüngsten Bestrebungen, die PA zu isolieren und unter Druck zu setzen. Daneben gibt es viele weitere israelische Minister, die für den Fortbestand der Regierung Netanjahu von entscheidender Bedeutung sind, darunter Itamar Ben-Gvir, Amichai Elyahu und Orit Strock, die alle die religiöse Rechte vertreten und die Mehrheit in der israelischen Knesset kontrollieren.

Die Knesset schafft seit Jahren auch die rechtlichen Grundlagen für die Annexion des Westjordanlands. Im Jahr 2018 verabschiedete sie das israelische Nationalstaatsgesetz, das besagt, dass das Recht auf Selbstbestimmung zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer einzig dem jüdischen Volk zusteht. Im Juli letzten Jahres verabschiedete sie einen Gesetzentwurf, der die Gründung eines palästinensischen Staates zwischen dem Jordan und dem Meer ablehnt, und ein Jahr später – im Juli letzten Jahres – einen Gesetzentwurf, der die Annexion des Westjordanlandes ermöglicht.

Die Rolle der USA

Der Auftakt zur offiziellen Annexion des palästinensischen Gebiets beschränkt sich nicht nur auf die israelischen Maßnahmen, sondern wird flankiert durch – bislang symbolische – Schritte der USA, Israels Absichten zu unterstützen. Während europäische Staaten wie Frankreich, Großbritannien und Belgien Pläne ankündigen, einen palästinensischen Staat während der UN-Generalversammlung Ende dieses Monats anzuerkennen, haben die USA ihrerseits die Visa für palästinensische Politiker, darunter den palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas, die an der Generalversammlung teilnehmen wollten, widerrufen. Auf diesen Schritt folgte die Entscheidung Washingtons, keine Visa mehr an Inhaber palästinensischer Pässe auszustellen.

Im Wesentlichen bedeutet dies, dass die USA implizit Israels Pläne unterstützen, einen potentiellen palästinensischen Staat zu verhindern und Israels Kontrolle über alle palästinensischen Gebiete auszuweiten.

Obwohl Smotrichs jüngster Plan als „maximalistisch“ bezeichnet wurde, wird eine Annexion auch seitens des israelischen Parlaments, einschließlich der „pragmatischen“ Opposition, vertreten durch Yair Lapid und Benny Gantz, nicht nachdrücklich abgelehnt. Die Hauptunterschiede zwischen den Israelis bestehen nicht in der Annexion an sich, sondern in ihrem Umfang.

Die weniger „maximalistischen“ israelischen Par-

lamentarier fordern entweder die Annexion aller israelischen Siedlungen, die Annexion des Gebiets C (das über 60 % des Westjordanlands ausmacht) oder die Annexion des Jordantals. All diese Optionen würden den Palästinenser:innen jedoch jegliche geographische Kontinuität ihrer Gebiete und die Kontrolle über natürliche Ressourcen und Grenzen sowie Perspektiven für ein künftiges Bevölkerungswachstum nehmen. Im Wesentlichen ist die gesamte israelische Politik entschlossen, die Gründung eines palästinensischen Staates unmöglich zu machen, und aus dem Spektrum dieser politischen Strömungen können die USA sich aussuchen, welche Option sie unterstützen.

Letztendlich werden die USA entscheiden, ob die offizielle Annexion insgesamt vorangetrieben wird. Axios zitierte zwei namentlich nicht genannte US-Vertreter, wonach es „unwahrscheinlich“ sei, dass Trump einen solchen Schritt unterstützen würde. Aber selbst wenn Washington die De-jure-Annexion des Westjordanlands stoppt, wird es höchstwahrscheinlich eine „Alternative“ anbieten, die die De facto-Annexion zementieren würde.

Aus: *Mondoweiss* vom 4. September 2025

Qassam Muaddi ist „Palestine Staff Writer“ der US-amerikanischen Online-Publikation „Mondoweiss“.

Übersetzung: MiWe



ZWANZIG JAHRE BDS

In der derzeitigen, besonders abscheulichen Phase des Völkermords der USA und Israels an 2,3 Millionen Palästinenser:innen in Gaza, den wir live erleben und der laut Jewish Voice for Peace Israels „Endlösung“ darstellt, feiern wir den 20. Jahrestag der BDS-Bewegung. Mehr denn je glauben wir an unsere kollektive Macht, das seit 77 Jahren andauernde israelische Apartheid- und Siedlungsregime gegenüber der einheimischen palästinensischen Bevölkerung isolieren zu können. **Omar Barghouti**

Vor 20 Jahren galt es noch als ausgeschlossen, dass eine Bewegung entstehen könne, die sich für die Rechte der Palästinenser:innen einsetzt und dafür zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen das israelische Unterdrückungsregime aufruft. Am 9. Juli 2005 sollte die Erklärung des Nationalen BDS-Komitees (BNC) – der größten palästinensischen Koalition an der Spitze der weltweiten BDS-Bewegung – „in die Geschichte eingehen als Beginn eines strategischen, kreativen und prinzipienbasierten Prozesses, der das israelische Siedler-, Apartheid und militärische Besatzungsregime sowohl auf lokaler als auch auf institutioneller Ebene isoliert hat.“

Die Unterdrücker und ihre Propagandamaschinerie schärfen uns ständig ein, dass es unmöglich ist, nach Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit zu streben. Doch durch die Macht des Volkes und unseres kollektiven, kreativen, strategischen und prinzipientreuen Vorgehens machen wir das Unmögliche möglich.

Verzweiflung zu provozieren ist eine Strategie, die so alt ist wie der zionistische Kolonialismus in Palästina. Bereits 1923 schrieb der zionistische Führer Ze'ev Jabotinsky klarsichtig:

„Jede einheimische Bevölkerung in der Welt widersteht sich den Kolonisten, solange sie auch nur die geringste Hoffnung hat, sich von der Gefahr der Kolonisierung befreien zu können. [...] Die zionistische Kolonisierung muss entweder aufhören oder ohne Rücksicht auf die einhei-

mische Bevölkerung vorangehen. Dies bedeutet, dass sie nur unter dem Schutz einer Macht voranschreiten und sich entwickeln kann, die unabhängig von der angestammten Bevölkerung ist – hinter einer eisernen Mauer, die die einheimische Bevölkerung nicht durchbrechen kann.“

Neben den konkreten und technisch hochgerüsteten Mauern, die die palästinensischen Ghettos – insbesondere in Gaza – umgeben, hat Israel unablässig versucht, eine „eisernen Mauer“ in unseren Köpfen zu errichten, indem es uns zu „menschlichen Tieren“ degradieren und von unserer angestammten arabischen Nachbarschaft und der übrigen Welt isolieren wollte. Es hat verzweifelt versucht, uns durch andauernde und unbeschreibliche koloniale Gewalt das Gebot einzuhämmern, uns seiner unbezähmbaren Macht wie einem unabwendbaren Schicksal zu unterwerfen. Die 2005 ins Leben gerufene BDS-Bewegung, inspiriert von den Kämpfen, die der politischen Apartheid in Südafrika und der Rassentrennung à la Jim Crow in den USA ein Ende setzten, hat sich zu einem wirkungs- und hoffnungsvollen Gegenmittel gegen diese auferlegte Hoffnungslosigkeit entwickelt. Sie ist zu einem Symbol für Widerstandsfähigkeit, praktizierten Widerstand und Erneuerung geworden.

Ein kürzlich in *The Nation* veröffentlichter Untersuchungsbericht enthüllte, dass Israel und seine Lobbyisten in den USA in nur wenigen Jahren rund 900 Millionen Dollar für den Kampf gegen die BDS-Bewegung bereitgestellt haben. Tatsächlich hat Israel, eine von den USA, Deutschland und anderen Kolonialmächten bis an die Zähne bewaffnete Atommacht, die gewaltfreie BDS-Bewegung seit 2014 als „strategische Bedrohung“ und später gar als „existenzielle Bedrohung“ für sein Unterdrückungsregime bezeichnet. Obwohl Israel enorme finanzielle, intellektuelle, juristische, propagandistische und diplomatische Ressourcen in seinem Krieg gegen BDS mobilisiert hat, ist es ihm dank der Widerstandsfähigkeit, Kreativität und strategischen Radikalität von Millionen von BDS-Verfechtern, -Unterstützern und -Organisator:innen auf der ganzen Welt kläglich misslungen, unsere Bewegung zu bremsen.

Die BDS-Bewegung hat das Prinzip, „keinen Schaden anzurichten“, zu einem grundlegenden ethischen Prinzip der globalen Solidarität erhoben. Der Komplizenschaft bei niederträchtigen Handlungen ein Ende zu bereiten, ist kein Akt der Nächstenliebe sondern die Grundlage der Solidarität und die Erfüllung einer tiefen ethischen Verpflichtung, keinen Schaden anzurichten.

Ermutigt und bestärkt durch die grenzenlose Kompliz-

zenschaft faschistischer und autoritärer Kräfte in den USA und anderen Teilen des kolonialen Westens versucht Israel, unser Bewusstsein durch seine unerbittliche Grausamkeit zu betäuben, um die Überlebenden seiner permanenten Nakba nicht schrittweise, wie es dies seit Jahrzehnten tut, sondern auf einen Schlag auszurotten. Schließlich ist die Ausrottung der Eingeborenen ein charakteristisches Merkmal und kein Zufall in der Geschichte des Kolonialismus, wie die indianischen Ureinwohner:innen von Amerika nur zu gut wissen.

In diesen düstersten Zeiten hilft BDS dabei, unsere Gedanken frei zu machen von der Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit, mit denen Israel und die anderen Kolonialherren unermüdlich versucht haben, sie zu vereinnahmen.

Trotz der gut geölten Propagandamaschinerie Israels und der zionistischen Bewegung, ihrer Einschüchterungen, Schikanen und ihres tiefgreifenden Einflusses auf die korrupten Politiker, die am Völkermord beteiligten Unternehmen und Medien hat BDS eine unbestreitbare Wirkung.

Beispielsweise haben Universitäten auf der ganzen Welt, insbesondere in Europa, Nordamerika, Lateinamerika und Afrika, ihre akademischen und/oder finanziellen Beziehungen zu Israel und seinen an der Apartheid mitschuldigen Institutionen abgebrochen. Der norwegische Staatsfonds – der größte der Welt – sowie die Vereinigte Methodistische Kirche und die Presbyterianische Kirche der USA haben israelische Anleihen und andere in die Apartheid involvierte Investitionen veräußert. Zehntausende Kulturschaffende und zuletzt mehr als 7.000 Schriftsteller:innen und Verleger:innen haben sich dem Kulturboykott Israels angeschlossen.

Regierungen des Globalen Südens, beispielsweise in Kolumbien, haben Handelssanktionen und Energie- und/oder Waffenembargos verhängt. BDS spielte auch eine Schlüsselrolle bei der Entscheidung von Intel, eine Investition in Höhe von 25 Milliarden Dollar in Israel zu streichen und damit den Niedergang des Landes zu beschleunigen, den wir als #ShutDownNation (wirtschaftliche Selbstzerstörung) bezeichnen. Tatsächlich gab der Präsident des israelischen Exportinstituts zu, dass BDS „die globale Handelslandschaft Israels verändert“ habe.

Dank eines massiven globalen Netzwerks, das von Gewerkschaften, Bauernverbänden sowie Bewegungen für Rassengleichheit, soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Klimagerechtigkeit unterstützt wird und insgesamt Millionen von Menschen vertritt, hat sich die BDS-Bewegung zu einer der wirksamsten und einfluss-

reichsten sozialen Bewegungen der Welt entwickelt. Sie stützt sich auf das Völkerrecht, betrachtet dieses jedoch kritisch und bemüht sich, seine Auslegung über die ursprünglich von ihren kolonialen Autor:innen festgelegten Grenzen hinaus zu erweitern.

BDS lehnt alle Formen von Rassismus ab, einschließlich anti-palästinensischen, anti-arabischen, anti-muslimischen, anti-schwarzen, anti-indigenen und anti-semitischen Rassismus. Heute ist es wichtiger denn je, zu betonen, dass die militärische Besatzung, der Kolonialismus, die Apartheid, die gleich der von den Nazis Millionen Menschen auferlegte Hungersnot, die Inhaftierung Hunderttausender in „Konzentrationslagern“ oder der von Israel begangene Völkermord nichts „Jüdisches“ an sich haben. Daher ist es keineswegs „antisemitisch“, BDS gegen das koloniale Unterdrückerregime Israels und gegen Unternehmen und Institutionen, die sich an dessen Aufrechterhaltung mitschuldig machen, zu vertreten.

Angela Davis sagte kürzlich: „Palästina ist heute wirklich das Zentrum der Welt.“ Wenn Aktivist:innen auf der ganzen Welt millionenfach „Palästina befreit uns alle“ skandieren, ist das ein Bekenntnis zum Widerstand, der Kraft gibt, indem er Politik und Unternehmen die Wahrheit sagt. Was wir als „strategischen Radikalismus“ bezeichnen, ist die Solidaritätsbewegung mit Palästina, deren Kernstück BDS ist und die verschiedene soziale Bewegungen auf der ganzen Welt inspiriert hat, so wie es die südafrikanische Anti-Apartheid-Bewegung in den 1980er Jahren getan hat.

Heute erlebt eine ganze Generation junger Menschen weltweit Gaza als Schauplatz der Ermordung von Zehntausenden von Palästinenser:innen und der Zerstörung einer 4000 Jahre alten Zivilisation, die unter einer beispiel- und straflosen Brutalität seitens der völkermörderischen Achse USA-Israel leidet. Aber auch als Symbol für eine dystopische Ära, in der das Recht des Stärkeren vorherrscht und eine ebenso tödliche Bedrohung für die gesamte Menschheit darstellt wie die Klimakatastrophe.

Die Palästinenser:innen brauchen und verlangen keine Lösungen von außen. Die absolute Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung im historischen Palästina und im Exil, vertreten durch das BNC hat zwei einfache Forderungen an Menschen mit moralischem Gewissen weltweit und an die globale Solidaritätsbewegung gestellt:

1 Die Achtung aller Rechte des palästinensischen Volkes gemäß dem Völkerrecht, insbesondere das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr in ihr Land und auf Entschädigung; und

2 die Beendigung jeglicher Form der Komplizenschaft bei den von Israel begangenen grausamen Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen.

Abschließend werden einige von Euch vielleicht sagen: „Wir sind verzweifelt wegen des Völkermords und verlieren die Hoffnung.“

Vergesst nicht, dass die Palästinenser:innen nicht den Luxus haben, die Hoffnung auf ein Ende des Völkermords aufzugeben!

Wie der britische Schriftsteller pakistanischer Herkunft Nadeem Aslam sagt: „Verzweiflung muss man sich verdienen. Ich persönlich habe nicht alles getan, was ich konnte, um etwas zu verändern. Ich habe mir das Recht auf Verzweiflung noch nicht verdient.“

Seit einem Jahrhundert widersteht das palästinensische Volk der kolonialen Unterdrückung und hat nie aufgegeben. Wir bestehen auf unserem „vollen Menü der Rechte“, wie Erzbischof Desmond Tutu einmal sagte. Wir streben danach, in unserer Heimat in Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Würde zu leben. Verfällt nicht in Selbstzufriedenheit, solange Ihr die Komplizenschaft der USA bei den Verbrechen Israels nicht beendet habt. Verliert nicht die Hoffnung. Ihr habt es noch nicht verdient.

Rede auf der BDS-Versammlung in den USA am 8. August 2025

Omar Barghouti ist Mit(be)gründer der BDS-Bewegung

Übersetzung: MiWe

BRICS – ANTI-IMPERIALISTISCHE RHETORIK UND REALE KOMPLIZENSCHAFT

Auszüge aus einem langen, zweiteiligen Artikel, in dem der Autor die Widersprüchlichkeit zwischen der rein rhetorischen Gegnerschaft der BRICS zum westlichen Imperialismus und deren praktischen Komplizenschaft aufzeigt. **Eric Toussaint**

Während die westlichen Mächte Israels Völkermord in Gaza uneingeschränkt unterstützen, sehen viele Progressive den Block der BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika und fünf neue Mitglieder) als potenzielle alternative Stimme für globale Gerechtigkeit. Sie irren sich. Obwohl diese Länder die Hälfte der Weltbevölkerung repräsentieren und über beträchtliche wirtschaftliche Macht verfügen, weigern sich die BRICS, den Völkermord zu verurteilen oder Israel mit wirksamen Sanktionen zu belegen.

Im Gegenteil, die meisten BRICS-Mitglieder haben ihre Handelsbeziehungen zu Israel während des gesamten Völkermords aufrechterhalten oder sogar ausgebaut, insbesondere in strategischen Bereichen wie Energie, Überwachungstechnologie und Rüstung. Ob es sich nun um chinesische Exporte nach Israel im Wert von 19 Milliarden Dollar (17,1 Milliarden Euro), russische Öllieferungen oder die brasilianische Zusammenarbeit im Rüstungsbereich handelt – die Handlungen der BRICS-Staaten stehen im Widerspruch zu ihrer Rhetorik bezüglich Völkerrecht und Gerechtigkeit.

Die BRICS-Staaten ergreifen keine konkreten Maßnahmen gegen die israelische Regierung, keinen Boykott, kein Embargo. Zwar hat Südafrika die Initiative ergriffen und vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag Klage gegen Israel eingereicht, doch steht seine Praxis im Widerspruch zu dieser rechtlichen Maßnahme. Denn

Südafrika unterhält Handelsbeziehungen zu Israel, indem es insbesondere südafrikanischen Unternehmen erlaubt, regelmäßig Kohle per Schiff nach Israel zu exportieren.

Mit Ausnahme von Iran unterhalten die BRICS-Staaten Handelsbeziehungen zu Israel. Neben Südafrika verkaufen auch Russland, Brasilien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und China weiterhin Brennstoffe (Erdöl, Erdgas, Kohle usw.) an Israel. Dies ist eine wichtige Hilfe für die israelische Regierung, die ihre Energieversorgungsquellen diversifizieren muss, um ihre Kriegsanstrengungen und ihren normalen Betrieb fortzusetzen und zu verhindern, dass die Unzufriedenheit der israelischen Bevölkerung in unkontrollierbarem Ausmaß zunimmt.

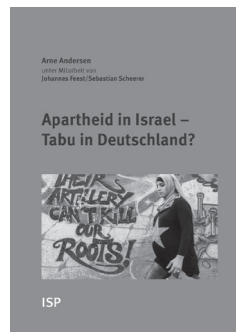
Die doppeldeutige diplomatische Sprache unterstreicht eine grundlegende Wahrheit: Trotz ihrer Rhetorik über eine „gerechtere Weltordnung“ setzen die BRICS-Staaten sich in erster Linie für ihre eigenen geopolitischen, wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Interessen ein, oft zum Nachteil der Prinzipien der internationalen Gerechtigkeit. Diese Realität macht die Hoffnungen zunichte, die bestimmte progressive Kreise in die Möglichkeit eines „alternativen“ Pols gesetzt hatten, der durch diesen Block verkörpert wird.

Denjenigen auf der Linken, die sich Illusionen über die Bereitschaft der BRICS-Staaten machen, klare Initiativen zugunsten der Völker zu ergreifen, sollte (...) deren Haltung als Block gegenüber dem Völkermord in Gaza und ihre Beziehungen zu Israel die Augen öffnen.

Eric Toussaint aus Lüttich ist Sprecher des internationalen Netzwerks „Comité pour l'abolition des dettes illégitimes“ (CADTM), war in der Weltsozialforumsbewegung aktiv und ist Mitglied der Leitung der Vierten Internationale.

Übersetzung aus dem Französischen: Friedrich Dorn

NEU bei ISP



Arne Andersen
unter Mitarbeit von Johannes Feest/
Sebastian Scheerer

Apartheid in Israel – Tabu in Deutschland?

Hardcover, farbig, 503 Seiten
3., aktualisierte Auflage
September 2025, 29,80 €
ISBN 978-3-89 900-160-0

Die Autoren legen Grundlagen, um die Auseinandersetzungen in Deutschland um Positionen zum jüdischen Leben, um Israel und Palästina nachvollziehbar zu machen.

Der Palästinakonflikt wird von seinen Anfängen bis zum aktuellen Gazakrieg facettenreich dargestellt. Zahlreiche Fotos, Schaubilder und Tabellen erleichtern den Zugang zum Thema.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

DIE GEBRECHLICHE ISLAMISCHE REPUBLIK IRAN

Die militärische Intervention Israels und der USA gegen die Islamische Republik Iran führte zu hohen Opfern unter der Zivilbevölkerung.

■ Babak Kia

In diesem Krieg (er endete am 24. Juni nach zwölf Tagen intensiver Bombardierungen) starben nicht nur viele Menschen, er hat auch die soziale Lage im Iran erheblich verschärft. Dieser von Benjamin Netanjahu und Trump gewollte Krieg endete zwar mit einem Waffenstillstand, doch die weitere Entwicklung ist mehr als ungewiss. Die US-Regierung und der kolonialistische und kriminelle Staat Israel sind sich nämlich in dem Vorhaben einig, die politischen Realitäten und Machtverhältnisse im Nahen Osten grundlegend zu verändern. Das Vorhaben zur Umgestaltung der Region ist nicht neu. Es begann 1991 mit dem ersten Krieg gegen den Irak. Aber mit dem seit Oktober 2023 von Benjamin Netanjahu und seiner suprematistischen Regierung eingeleiteten Völkermordkrieg gegen die Palästinenser:innen im Gazastreifen hat sich diese Politik deutlich verschärft. Mit diesem Prozess sollen die Bewohner:innen Gazas vertrieben und die kolonialistische Besiedlung des Westjordanlands schnell ausgeweitet werden. Netanjahus Plan ist es, das palästinensische Volk als Subjekt und politischer Akteur zu eliminieren.

Das regionale Gleichgewicht neugestalten

Von den Westmächten unterstützt fühlte sich Netanjahu stark genug, die libanesische Hisbollah erheblich zu schwächen. Hinzu kommt, dass der Zusammenbruch des diktatorischen Assad-Regimes in Syrien den Iran ohne bedeutenden Verbündeten in der Region lässt. Völlig ungestraft hat Israel einen Teil Syriens besetzt und bombardiert regelmäßig dieses Land sowie den Libanon.

In Absprache mit Trump nutzte Netanjahu die sich ihm bietende Gelegenheit, um gegen das Atom- und Raketenprogramm der Islamischen Republik vorzugehen und hochrangige Führer der Revolutionsgarden sowie Persönlichkeiten, die mit dem Atomprogramm Teherans in Verbindung stehen, zu ermorden. Netanjahu hat die Fortschritte des iranischen Atomprogramms bei der Urananreicherung und die unsinnigen Drohungen, die seit 46 Jahren von der Führung der Islamischen Republik gegen den Staat Israel hinausposaunt werden, als Grund genannt, um seinen „Präventivkrieg“ zu „rechtfertigen“. Die verbalen Drohungen der iranischen Führer sind jedoch lediglich Propaganda und mehr Ausdruck des Wunschs, sich in der öffentlichen Meinung der Region als Führer darzustellen, als alles andere. Die Islamische Republik hatte nie die Mittel oder den Willen, den Staat Israel zu „auszulöschen“. Was schließlich das iranische Atomprogramm angeht, so sagen sowohl die IAEA als auch die US-Geheimdienste, keine Beweise für die Existenz eines militärischen Programms zu haben. Die Islamische Republik möchte viel eher ein sogenanntes „Schwellenland“ sein als eine Atommacht. Hingegen ist sicher, dass Israel das Monopol auf Atomwaffen in der Region behalten will.

Eine Intervention, die keineswegs demokratisch ist

In dem 12-tägigen Krieg wurden gezielt zivile, industrielle und strategische Infrastrukturen angegriffen. Die israelische Luftwaffe hat sogar das berüchtigte Evin-Gefängnis

bombardiert, wobei offiziell 79 Menschen ums Leben kamen, darunter zahlreiche Häftlinge. Die Bombardierung eines Gefängnisses, in dem eine große Anzahl von Regimegegnern inhaftiert ist, zeigt, wie wenig der von Netanjahu ausgelöste Krieg darauf abzielte, „die Iraner von ihrem Tyrannen zu befreien“. Vielmehr hat diese militärische Aggression die sozialen Proteste, die in den letzten Monaten mit Nachdruck zum Ausdruck kamen, für eine gewisse Zeit zum Erliegen gebracht.

Angesichts des von Netanjahu und Trump losgetretenen Kriegs konnte die Islamische Republik nur mit ihrem Arsenal an Drohnen und ballistischen Raketen zurückschlagen. In dieser Phase zeigte sich, wie isoliert das Regime in Teheran ist. Seine regionalen Verbündeten waren nicht mehr in der Lage zu handeln, und sowohl China als auch Russland, die beide bedeutende wirtschaftliche und politische Beziehungen mit Israel haben, glänzten durch ihr Schweigen. Mit diesem Krieg bot sich Putin aber die Möglichkeit von dem Krieg abzulenken, den er gegen das ukrainische Volk führt. Er nutzte diese Zeit, um seine militärischen Operationen zu intensivieren.

Das Bestreben, eine Kapitulation zu erreichen

Die militärische Aggression Israels passte auch zu dem von Washington vorgegebenen Rahmen, denn zu diesem Zeitpunkt waren die Verhandlungen über das Atomprogramm noch im Gange.

Mit der Bombardierung der Nuklearstandorte Fordo, Natanz und Isfahan durch die US-Luftwaffe versucht die Trump-Regierung, die Islamische Republik zur Kapitulation zu zwingen und ihr ein Maximum an Zugeständnissen abzunötigen. Gleichzeitig ging es für den US-Imperialismus darum, seine Macht zu demonstrieren und seinen Konkurrenten China und Russland eine Botschaft zu übermitteln. Die Trump-Regierung will die Staaten im Nahen Osten domestizieren und die Region nach ihren Bedingungen verwalten. Deshalb ist ihr die vollständige Kontrolle über das Atom- und Militärprogramm der Islamischen Republik so wichtig. Und nur so übrigens sind Trumps Verlautbarungen seit Kriegsende zu verstehen.

Am Ende dieser Phase sieht die Islamische Republik geschwächt da. Die Spitzen des Regimes wissen, wie sehr sie von der Bevölkerung des Landes abgelehnt werden und haben mit einer verschärften Unterdrückung der Opposition reagiert. Die Regierung hat die Kommunikation und das Internet eingeschränkt, Einschüchterungen und Verhaftungen durchgeführt und noch mehr hohe Haftstrafen und Hinrichtungen durchführen lassen.

Heute sind politische Gefangene und Gewissensgefangene stark gefährdet. *Fars News*, eines der Medienorgane, die den Sicherheitskreisen und den Revolutionsgarden nahestehen, ruft sogar zur Massenhinrichtung politischer Gefangener auf, wie es sie im Sommer 1988 gab. Das Massaker an Oppositionellen am Ende des Krieges gegen den Irak ermöglichte es Khomeini und dem Mullah-Regime, mehr als 12 000 Aktivist:innen der Volksmudschaheddin und verschiedener Organisationen der revolutionären Linken zu eliminieren.

Das Eindringen des Mossad

Es muss festgehalten werden: Der jüngste Krieg hat deutlich gemacht, wie sehr die Sicherheitsbehörden versagen und wie verwundbar die Islamische Republik ist. Durch die gezielte Tötung hochrangiger Revolutionswächter und Wissenschaftler, die mit dem Atomprogramm in Verbindung standen, hat Israel gezeigt, wie stark die Spitzen des iranischen Staates infiltriert sind. Und das ist nicht neu, wie die folgende Anekdote zeigt. Am 30. September 2024 erklärte der ehemalige Präsident Ahmadinedschad gegenüber *CNN Turk*, dass der Chef einer iranischen Geheimdienstabteilung, die für die Spionageabwehr gegen den Mossad zuständig war, selbst ein Agent im Dienste Israels war. Dieser Agent und die etwa zwanzig Mitglieder seines Teams, die 2021 enttarnt worden waren, konnten aus dem Iran fliehen.

Das Regime im Iran nutzte die israelisch-amerikanische Aggression für eine „Jagd auf Mossad-Agenten“, was zu zahlreichen willkürlichen Verhaftungen, Schnellverfahren und Hinrichtungen führte. Die Islamische Republik, die ständig ihre „Erfolge“ zur Schau stellt, versucht vor allem, ihre Misserfolge zu verschleiern und ein Klima der Angst zu schüren, um jegliche Regung von Widerstand im Keim zu ersticken.

Rassismus gegen Afghanen

Diese repressiven Maßnahmen werden begleitet von einer rassistischen Politik und besonders der massiven Ausweisung afghanischer Flüchtlinge. Sie werden pauschal beschuldigt, für „ausländische Mächte“ zu arbeiten, für die Arbeitslosigkeit junger Menschen verantwortlich zu sein. Überdies seien sie für Kriminalität und alle Missstände in der iranischen Gesellschaft verantwortlich.

Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) wurden zwischen dem 1. Juni und dem 5. Juli 2025 fast 450 000 Afghan:innen aus dem Land ver-

trieben. Seit Anfang 2025 waren es laut der UN-Agentur 906 326 Personen. Zahlreiche Berichte und Videos dokumentieren die große Gewalt, mit der afghanische Migrant:innen abgeschoben werden.

Diese Politik wird auf höchster staatlicher Ebene in Gang gesetzt und organisiert. Das Regime führt eine hasserfüllte mediale Kampagne gegen sie. Offiziellen Ankündigungen zufolge werden Busse, die Migrant:innen ohne Papiere befördern, beschlagnahmt. Personen, die es wagen, einen Afghanen/eine Afghanin ohne Papiere zu befördern, müssen mit dem Entzug der Fahrerlaubnis und fünf Jahren Gefängnis rechnen. Die Vermietung von Wohnraum an Migrant:innen ohne Papiere wird künftig mit einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verfolgt.

Unternehmer, die Afghan:innen ohne Papiere einstellen, müssen mit dem Entzug ihrer Gewerbeurlaubnis und der Schließung ihrer Betriebsstätte rechnen. Nicht zu vergessen: Die Mehrheit der afghanischen Flüchtlinge im Iran hat keine Papiere. Die Sicherheitskräfte des Regimes betreiben eine regelrechte Jagd auf Menschen aufgrund ihres Aussehens.

In einigen Städten werden ihre Bankkonten gesperrt, ihr Eigentum beschlagnahmt, manchmal werden sie geschlagen und gezwungen, in Lastwagen zu steigen, um an die Grenze gebracht zu werden. Mädchen, die im Iran zur Schule gehen, und Frauen werden ohne Skrupel nach Afghanistan zurückgeschickt, wo sie noch größere Unterdrückung zu erwarten haben. Der staatliche Rassismus, dem Afghan:innen ausgesetzt sind, ist zwar nicht neu, hat aber in den letzten Wochen zugenommen.

Die afghanischen Flüchtlinge – so manche unter ihnen leben seit Anfang der 1980er Jahre im Iran – sind vor der sowjetischen Invasion, den imperialistischen Kriegen der USA, dem Obskurantismus und der Geschlechterapartheid der Taliban geflohen. Sie sind ein fester Bestandteil der Arbeiterklasse im Iran und leisten die schwersten und am schlechtesten bezahlten Tätigkeiten. Sie werden extrem ausgebeutet, viele von ihnen haben überhaupt keine Rechte.

Vor diesem Hintergrund haben die Freie Gewerkschaft der iranischen Arbeiter und die Gewerkschaft Vahed (Beschäftigte des öffentlichen Nahverkehrs in Teheran und Umgebung) zwei Erklärungen gegen die rassistische Politik der Islamischen Republik herausgegeben. Außerdem gibt es einen offenen Brief, der von mehr als 1 300 Aktivist:innen, Künstler:innen und Journalist:innen unterzeichnet wurde und die Misshandlung afghanischer

Flüchtlinge verurteilt. Diese Stellungnahmen sind besonders begrüßenswert.

Ein gebrechliches Regime

Trotz dieser repressiven und rassistischen Politik gelingt es dem Regime nicht, seine Misserfolge zu verbergen. Selbst innerhalb der Machtstrukturen und unter den Eliten treten Meinungsverschiedenheiten zutage und nehmen zu. So erschien beispielsweise in einer aktuellen Ausgabe von *Donya-ye-Eqhtesad*, einer großen iranischen Fachzeitschrift für Wirtschaftsfragen, ein Offener Brief, unterzeichnet von mehr als 300 Universitätspräsident:innen, Wissenschaftler:innen, Forscher:innen, Ökonom:innen und führenden Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft. Die Unterzeichner:innen weisen kaum verkläuselt auf die Ineffizienz der Wirtschaftspolitik hin und benennen ausdrücklich die Korruption, vor allem das Abschöpfen von Einnahmen aus Ölverkäufen durch die Revolutionsgarden und deren tiefgreifende Verstrickung in die Wirtschaft. Sie kritisieren die Wirtschaftspolitik und die Unterdrückung. Die Unterzeichner:innen bekennen sich zwar zur Islamischen Republik, weisen jedoch darauf hin, dass das Land in dieser Form nicht mehr regierbar ist. Sie befürchten einen Zusammenbruch, wenn die zunehmende Armut, die Abwanderung der Eliten und der Rückgang produktiver Investitionen nicht gestoppt werden. Sie fordern die Freilassung politischer Gefangener, den Schutz der akademischen Freiheiten und eine offene Debatte, auch in den Medien. Dies spiegelt die Spannungen und Unruhe innerhalb der Führungskreise wider.

Eine ausgeblutete Wirtschaft

Laut Präsident Massoud Peseschkian werden jedes Jahr 20 bis 30 Milliarden Dollar illegal aus dem Land geschafft, obwohl die soziale Lage katastrophal ist. Damit wird das Ausmaß der Korruption in den höchsten Kreisen deutlich, die sich die Macht und den Reichtum des Landes aufteilen.

Mehr als 60 % der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Als Folge der von den Vereinigten Staaten verhängten Sanktionen zum einen und der Wirtschaftspolitik der Regierung zum anderen leidet das Land seit Jahren unter einer verheerenden Hyperinflation. Die Revolutionsgarden kontrollieren vollständig den Schwarzmarkt und haben sich damit gewaltig bereichert. So treffen die Sanktionen die Lohnabhängigen und die große Mehrheit der Bevölkerung.

2024 waren laut Statistikamt der Islamischen Republik die Preise für importierte Waren um 53,8 % gestiegen. Die

Preise für Medikamente und sonstige medizinische Versorgung sind in den letzten fünf Jahren um 400 % gestiegen. Mit dem Krieg Israels und der USA gegen den Iran hat sich diese Entwicklung deutlich verschärft, und zwar bei allen Waren. Der Preis für Fleisch liegt mittlerweile bei 213 Euro pro Kilo, der Preis für Brot ist um mehr als 50 % gestiegen. In den letzten Monaten war Reis, das Grundnahrungsmittel der iranischen Küche, so viel teurer geworden, dass viele Familien ihn durch Brot ersetzen mussten... Angesichts des explosionsartigen Anstiegs der Brotpreise werden viele sich noch mehr einschränken müssen. Die Löhne hingegen bleiben extrem niedrig. Der monatliche Mindestlohn liegt seit März 2025 bei 10 399 000 Toman. Und dieser Betrag gilt noch nicht mal für Tagelöhner, die noch weniger verdienen ... Auf jeden Fall muss man ihn in Relation zu den Lebenshaltungskosten setzen, die bei über 35 Millionen Toman im Monat liegen.

Hinzu kommt der häufige Ausfall in der Strom- und Wasserversorgung sowie der Mangel an vielen anderen Gütern, was den Alltag der Bevölkerung sehr erschwert.

Die Menschen im Iran wissen das besser als jeder andere. Die Islamische Republik ist ein kapitalistischer, theokratischer, reaktionärer, frauenfeindlicher und rassistischer Staat. Er hat mit Antiimperialismus nichts zu tun. Seine Politik in der Region wird von den Interessen der Würdenträger des Regimes und der Revolutionsgarden bestimmt, die sich auf Kosten der Arbeiter:innen bereichern haben, indem sie sich die Ressourcen des Landes angeeignet haben.

Die hohlen Parolen des Regimes wie „Tod dem großen Satan“ oder „Tod dem kleinen Satan“ sind lächerlich. Sie täuschen nur diejenigen, die die Vorstellung haben, dass Antiimperialismus und Kampf gegen den Kolonialstaat Israel mit der Unterstützung von Diktaturen vereinbar sind, die ihr eigenes Volk unterdrücken.

In den kommenden Wochen müssen wir lautstark den Stopp der Hinrichtungen und die Freilassung aller politischen Gefangenen und Gewissensgefangenen fordern, die in den Gefängnissen der Islamischen Republik schmachten.

Die linken und demokratischen Kräfte müssen sich darauf vorbereiten, die kommenden Volksaufstände zu unterstützen, die im Iran mit Sicherheit wieder aufflammen werden. Wie die früheren Mobilisierungen und insbesondere die Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ werden sie das Ziel haben, die Islamische Republik zu stürzen. Es ist die Pflicht konsequenter Antiimperialist:innen, Antikapitalist:innen und Revolutionär:innen, konkrete

Solidarität mit denen aufzubauen, die für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, für soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit kämpfen. Die Solidarität mit Frauen, Jugendlichen, Arbeiter:innen, nationalen Minderheiten und afghanischen Flüchtlingen ist eine moralische und politische Verpflichtung für alle Kräfte, die den imperialistischen Kriegen, der Unterdrückung und der Ausbeutung ein Ende setzen wollen. Das ist der Sinn der Solidaritätserklärung mit den Arbeiter:innen im Iran¹, die kürzlich von den Genossinnen und Genossen von *Solidarité Socialiste avec les Travailleurs en Iran*² initiiert wurde und von zahlreichen Persönlichkeiten, Gewerkschaften, Verbänden und politischen Organisationen, darunter die NPA-L'Anticapitaliste, unterzeichnet wurde.

3. August 2025

Babak Kia stammt ursprünglich aus dem Iran und ist Mitglied der Leitung der NPA-L'Anticapitaliste sowie des Komitees „Solidarité socialiste avec les travailleurEs en Iran“.

Übersetzung: J. S.

¹ <https://blogs.mediapart.fr/les-invites-de-mediapart/blog/110725/solidarite-avec-les-peuples-en-lutte-contre-la-guerre-le-colonialisme-et-la-dictature>

² <http://www.iran-echo.com/index.html>



DIE POMPÖSE BEERDIGUNG DER SANDINISTISCHEN REVOLUTION

Am 46. Jahrestag der sandinistischen Revolution wurden auch ihre letzten noch verbliebenen Überreste in einer ebenso bizarren wie pompösen Zeremonie mit Füßen zertreten und beerdigt.¹

■ **Matthias Schindler**

Am 19. Juli 1979 triumphierte das Volk Nicaraguas über die Diktatur des Somoza-Clans und eröffnete damit die fast 11 Jahre andauernde Sandinistische Revolution.

Am 19. Juli 2025, zum 46. Jahrestag, ließ das Diktatorenpaar Daniel Ortega und Rosario Murillo – hermetisch abgeriegelt von der normalen Bevölkerung – über 36 000 Schülerinnen und Schüler und 4000 Uniformierte der Polizei und der Armee auf der Plaza de la Fé (Platz des Glaubens) in streng geordneten Blöcken von jeweils 150 Personen aufmarschieren, um sich als die absoluten Herrscher Nicaraguas feiern zu lassen.

Der gesamte Ablauf dieser vierstündigen Kundgebung² war darauf ausgerichtet, dass Rosario Murillo neben Daniel Ortega als gleichberechtigte Co-Präsidentin erscheint. Dennoch machten Daniel-Daniel-Daniel-Gesänge deutlich, wer der eigentliche Herrscher im Lande ist. So begann Ortega seine Rede auch mit den Worten: „Hier sind wir alle Daniel!“ Der *Comandante*, der niemals am bewaffneten Befreiungskampf teilgenommen hat und der 1979 in Nicaragua eine völlig unbekannte Person war, setzt sich hier gleich mit der FSLN, mit der Sandinistischen Revolution und mit dem gesamten Volk Nicaraguas. Dies ist jedoch nur ein erneuter Ausdruck seines Größenwahns

und seiner Überzeugung, in Nicaragua eine göttliche Mission zu erfüllen.

Säuberungen und Repression

Seine wichtigste Botschaft bestand in der offenen Bedrohung jeglicher kritischer oder gar oppositioneller Regungen: „Damit wir in Frieden leben können, müssen wir Stärke und Kampfgeist beweisen ... wir müssen allzeit bereit sein, Krieg gegen die Verschwörer zu führen.“ Er forderte die ihm treu ergebenen paramilitärischen Stadtteilstrukturen zur „revolutionären Wachsamkeit“ gegenüber allen „Terroristen und Vaterlandsverrätern“ auf, denn „sie sollen wissen, dass man sie fassen und verurteilen wird.“

Dass dies keine leeren Worte sind, zeigt die Entwicklung der staatlichen Repression der letzten Monate und Jahre. Das Jahr 2025 war dadurch gekennzeichnet, dass die politischen Verfolgungsmaßnahmen sich zunehmend auch gegen mittlere und höhere Funktionäre des Regimes richteten. Vor dem Hintergrund immer wiederkehrender Gerüchte über den angeblich schlechten Gesundheitszustand Ortegas ist aktuell eine wahre Säuberungswelle zu beobachten, die schon vor über einem Jahr begonnen hat und die inzwischen sogar engste Vertrauenspersonen des Präsidentenpaares trifft.

So wurde beispielsweise Bayardo Arce – einer der neun *Comandantes de la Revolución*, die die Sandinistische Revolution angeführt haben, und der letzte noch verbliebene Verbündete Ortegas aus diesem Gremium – unter dem Vorwurf der Korruption am 26. Juli 2025 unter Hausarrest gestellt. Er war sicherlich einer der größten Profiteure der privaten Aneignung öffentlichen Eigentums durch hohe Kader der FSLN und kam so in den Besitz diverser Unternehmen, vor allem bei der Vermarktung von Reis, einem der Grundnahrungsmittel in Nicaragua. Aber die dort herrschende Vetternwirtschaft machte aus ihm noch keinen erfolgreichen Kapitalisten, sondern endete in hohen Steuerschulden und führte letztlich zur Enteignung seiner Betriebe.

Am 14. August widerfuhr sogar Néstor Moncada Lau das gleiche Schicksal. Er war in diverse terroristische Anschläge verwickelt, hat die militärische Unterdrückung friedlicher Proteste maßgeblich mitorganisiert, diente auf dem Papier als Vater mindestens eines der außerehelichen Kinder von Daniel Ortega, war über viele Jahre hinweg der Sicherheitschef des Sekretariats der FSLN und gilt – als einer der engsten Vertrauten Ortegas – auch als einer der besten Kenner aller Skandale innerhalb des Präsidentenhauses.

Bereits am 19. Juni 2025 wurde der prominente Kritiker des Ortega Regimes Roberto Samcam von Auftragskillern in seinem costa-ricanischen Exil ermordet. Samcam war Major im Ruhestand und einer der besten Kenner der internen Vorgänge in der nicaraguanischen Armee. Er analysierte und kritisierte in vielen Artikeln und auch Büchern sehr detailliert die innere Dynamik des orteguistischen Unterdrückungsapparates und insbesondere auch die Beteiligung des Militärs an den Repressionsmaßnahmen des Regimes.

Rosario Murillo als Nachfolgerin Daniel Ortegas?

Dies sind nur drei Beispiele einer Verfolgungswelle, vor der niemand mehr sicher ist und der inzwischen bereits mehrere tausend Menschen – von einfachen Privatpersonen bis hin zu höchsten Amtsträgern – zum Opfer gefallen sind.

Dem Regime geht es offensichtlich darum, Rosario Murillo möglichst reibungslos als Nachfolgerin Ortegas durchzusetzen. Daher werden seit Monaten nahezu täglich Figuren aus Schlüsselpositionen des Regimes, deren bedingungsloser Gefolgschaft Murillo möglicherweise nicht komplett sicher ist, ihrer Posten enthoben und durch andere Marionetten ersetzt. Viele Opfer dieser Säuberungswelle werden sogar vor Gericht gestellt und wegen Landesverrates oder Korruption zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Da viele dieser Leute hohe Funktionsträger des Regimes waren, ist es sehr wahrscheinlich, dass sie sich tatsächlich

in großem Stil bereichert haben. Der eigentliche Grund für ihre Verfolgung liegt jedoch nicht in ihren Korruptionsgeschäften, die in allen Institutionen Nicaraguas tief verankert sind, sondern darin, dass Ortega-Murillo Zweifel an deren blindem Gehorsam haben.

An den Todesumständen von Humberto Ortega – dem Bruder von Daniel – wird deutlich, welche überragende Bedeutung die Nachfolgeregelung Ortegas für das Regime gegenwärtig hat. Humberto war ebenfalls einer der neun *Comandantes* der Nationalen Leitung der FSLN. Er war darüber hinaus auch der Stratege des Befreiungskampfes und der Revolution, Chef der Sandinistischen Armee und bis zur Aktualität ein starker Mann im Hintergrund der nicaraguanischen Politik. Am 19. Mai 2024 veröffentlichte die argentinische Internetplattform *infobae3* ein Interview mit ihm, in dem er die Führungsqualitäten von Rosario Murillo in Frage stellte und von der Notwendigkeit sprach, einen Kompromiss mit den oppositionellen Kräften zu finden. Als Antwort darauf wurde innerhalb weniger Stunden sein Haus von der Polizei umstellt, ihm wurden alle Kommunikationsmittel abgenommen, er wurde in völliger Isolation gehalten, und insbesondere wurde ihm die medizinische Versorgung, die er wegen verschiedener Erkrankungen brauchte, verweigert. Eine Woche später verurteilte Daniel Ortega seinen Bruder öffentlich als „Verräter“. Am 9. Juni schickte Humberto von einem geheimen Handy aus noch einen letzten Hilferuf an die Redaktion der Internetplattform *Confidencial*. Am 11. Juni wurde er ins Militärkrankenhaus eingeliefert, aber unter diesen Bedingungen verschlechterte sich sein Gesundheitszustand zusehends, sodass er – persönlich isoliert und medizinisch vernachlässigt – am 30. September 2024 verstarb.

Die Proteste vom April 2018

Die aktuellen Wellen der Repression gegen die Bevölkerung und der Säuberungen in den staatlichen Institutionen gehen auf den hunderttausendfachen Protest zurück, den die Menschen im April 2018 gegen die politische Unterdrückung und die maßlose Bereicherung der Familie Ortega-Murillo friedlich auf die Straße getragen haben. Als jedoch die Polizei und Ortega treu ergebene Paramilitärs immer brutaler gegen die Demonstrationen vorgingen und Oppositionelle in ihren Stadtvierteln verfolgten und ermordeten, wurden viele Barrikaden errichtet, um die Unterdrückungskräfte nicht mehr in die Wohnquartiere hineinzulassen.

Auf diese Situation reagierte das Regime mit äußerster Gewalt. Über 2000 Personen wurden in den Folgemonaten ins Gefängnis geworfen, über 300 durch Schüsse – teilwei-

se aus Scharfschützengewehren der Armee – getötet. Der autoritäre Staat, der bis dahin noch gewisse Freiräume der Information, der Lehre, der Religionsausübung und der politischen Debatte zugelassen hatte, wandelte sich zu einer offenen Diktatur, die jegliche nicht staatlich kontrollierte Aktivität der Bevölkerung immer gnadenloser unterdrückte.

Von diesem Moment an wurden unzählige Maßnahmen ergriffen, um das Volk endgültig zum Schweigen zu bringen. Es wurden reihenweise Gesetze erlassen, um den Repressionsmaßnahmen der Regierung einen legalen Schein zu verleihen. Demonstrationen wurden unterdrückt, selbst wenn sie nur darin bestanden, die blau-weiße Nationalflagge Nicaraguas öffentlich zu schwenken. Nach und nach wurden alle Parteien illegalisiert, die sich der Diktatur nicht unterwerfen wollten. Die Wahlen von 2021, die von etwa 80 Prozent der Bevölkerung boykottiert wurden, waren eine totale Farce. Das neue Parlament fasste seither alle Beschlüsse einstimmig und ohne Gegenstimmen.

Die beiden bekanntesten Vertreter der ethnischen Minderheit der Miskitos, Steadman Fagoth Müller und Brooklyn Rivera, wurden verhaftet und sind seit 2 Jahren „verschwunden“. Über 4.000 Nichtregierungsorganisationen – darunter Universitäten, Kirchen, Berufsverbände, das Rote Kreuz, Frauenvereinigungen, Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte usw. – wurden verboten, deren Eigentum und Vermögen beschlagnahmt. 2023 wurden 222 politische Gefangene aus Nicaragua in die USA deportiert. Insgesamt über 300 Personen wurde ihre Staatsbürgerschaft aberkannt, ihr Eigentum wurde konfisziert, ihre Rente wurde ihnen gestrichen, und aus dem Sozialregister wurden sie entfernt.

Die gesamte politische und kulturelle Elite Nicaraguas befindet sich inzwischen im Exil. Die 86-jährige Vilma Núñez, die Präsidentin des Zentrums zur Verteidigung der Menschenrechte CENIDH, ist die einzige Person aus dieser Gruppe, die sich bis heute standhaft weigert, das Land zu verlassen. Wegen ihres hohen Alters und ihrer internationalen Bekanntheit wagt es das Regime jedoch offensichtlich nicht, sie anzutasten. Und so muss sie ihr Leben aktuell ohne irgendeinen rechtlichen Status in weitgehender Isolation verbringen.

Die Krise des Systems

Am 18. Februar 2025 wurde auf verfassungswidrige Weise eine neue Verfassung in Kraft gesetzt. Sie ändert den gesamten Aufbau des Staates, hebt die Trennung der Staatsgewalten auf und unterstellt diese Instanzen – nun nicht mehr „Gewalten“, sondern „Organe“ – der Präsidentschaft. Sie ersetzt aber auch die Funktionen des Präsidenten und

Vizepräsidenten durch die Figur zweier gleichberechtigter „Co-Präsidenten“, eines Mannes und einer Frau. Auf diese Weise ist die absolute Macht im Lande an Daniel Ortega und Rosario Murillo übertragen worden. Damit wurde jedoch auch die von der Sandinistischen Revolution geschaffene Verfassung – mit rechtsstaatlichen Garantien, Gewaltenteilung, weitgehenden Freiheiten und politischem Pluralismus – bis in ihre Grundmauern zerstört.

Während der Revolution war Ortega der Koordinator der Revolutionsjunta und der Präsident Nicaraguas, aber er wirkte unter der demokratischen Kontrolle des Parlamentes und der Führung der FSLN. Aktuell ist er – zusammen mit seiner Frau Rosario – der alleinige diktatorische Herrscher im Lande und hat ohne die geringste demokratische Legitimation nun auch die immer noch bestehenden Reste der republikanischen Verfassung abgeschafft.

Nicaragua liegt am Boden. Die kapitalistische Vetterwirtschaft hat die Ökonomie zerstört. Die Haupteinnahmequellen sind inzwischen nur noch der Export von umweltzerstörerisch abgebautem Gold und die Rücküberweisungen von emigrierten Familienangehörigen, hauptsächlich aus den USA. Das allgegenwärtige Misstrauen und die Angst prägen aktuell die Grundstimmung im Lande. Die Gesellschaft ist zerfressen durch immer neue Unterdrückungs- und Säuberungswellen. Die organisierte Opposition – sie befindet sich vollständig außerhalb Nicaraguas – ist schwach und zersplittert. Sie wird die Diktatur nicht stürzen. Aber die inneren Widersprüche des Regimes führen zu immer absurderen Maßnahmen, die irgendwann zwangsläufig auch zu internen Zerwürfnissen und Spaltungen führen müssen. Viele sehen in der Implosion des Systems augenblicklich die wahrscheinlichste Variante seines Untergangs. Viele Menschen hoffen darauf, dass dies möglichst bald geschehen möge. Aber bei vielen steigt auch die Erwartung, dass dies tatsächlich innerhalb kürzerer Zeit passieren kann.

Lissabon, 7. Oktober 2025

1 Dieser Artikel wurde motiviert durch den Artikel *Nicaragua feiert 46 Jahre Revolution* in der *jungen welt* vom 22.07.2025, der nichts weiter als eine Wiedergabe der aktuellen Staatspropaganda darstellt und mit der tatsächlichen gesellschaftlichen Realität Nicaraguas kaum noch etwas zu tun hat.

2 <https://www.youtube.com/watch?v=s1ilvVjNUF8>

3 <https://www.infobae.com/america/america-latina/2024/05/19/humberto-hermano-de-daniel-ortega-su-poder-dictatorial-no-tiene-sucesores-tras-su-muerte-debera-haber-elecciones/>

NORMALISIERUNG HEISST UNTERWERFUNG

Der Autor erläutert, warum die von al-Scharaa angestrebten „normalen“ Beziehungen zu Israel und eine Annäherung an die USA und ihre Verbündeten Syrien keine dauerhafte Stabilität bringen werden.

■ **Joseph Daher**

Seit dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember hat die neue syrische Regierung unter der Führung von Hajat Tahrir al-Scham (HTC) Syrien auf die von den USA angeführte Achse ausgerichtet, um ihre Macht zu festigen. Dazu gehört auch eine gewisse Normalisierung der Beziehungen zu Israel, sei es direkt oder indirekt. Als jedoch mit Damaskus verbündete bewaffnete Gruppen kürzlich eine Militäroffensive in der südlichen Provinz Suwaida starteten, kam es zu Spannungen zwischen Damaskus und Tel Aviv.

Die israelischen Luftangriffe auf Syrien Mitte Juli wurden offiziell als Ergebnis eines Missverständnisses nach Gesprächen zwischen syrischen und israelischen Vertretern dargestellt. Die syrische Führung soll demnach Israel um Zustimmung zur Wiedereingliederung von Suwaida gebeten haben. Während Israel sich jedoch für eine begrenzte Wiedereingliederung, d. h. die Wiederaufnahme der öffentlichen Dienste und den Einsatz begrenzter lokaler Sicherheitskräfte, offen zeigte, interpretierte Damaskus dies als Genehmigung für eine groß angelegte Militäroperation.

Unabhängig von den Details zeigt sich einmal mehr, dass die syrische Regierung dazu neigt, auf Bestätigung und Unterstützung von außen zu setzen, um bestimmte politische Maßnahmen zu rechtfertigen, darunter auch Zwangsmaßnahmen gegen die einheimische Bevölkerung.

Einige Tage nach den Luftangriffen auf Damaskus musste Israel auf Druck aus Washington seine Operationen

einstellen und einen Waffenstillstand schließen. Hochrangige Vertreter der USA, Israels und Syriens (darunter der syrische Außenminister Asaad al-Shibani) trafen sich am 24. Juli, um die Sicherheitslage im Süden Syriens zu erörtern und weitere Krisen zu verhindern. Obwohl das Treffen zu keinem endgültigen Abkommen führte, sollten die Gespräche fortgesetzt werden.

Nach den Ereignissen in Suwaida forderte jedoch ein Großteil der Bevölkerung der südlichen Provinz eine israelische Intervention. Der syrische Präsident Ahmed al-Scharaa erklärte daraufhin zwar zu Recht, dass das Vorgehen Israels die Integrität Syriens untergraben und den Staat schwächen, doch er selbst hat diese Situation herbeigeführt. Letztlich hat die autoritäre und diskriminierende Politik seiner Regierung den Weg frei gemacht für die Gewalttaten gegen die drusische Bevölkerung, weswegen diese auf eine Intervention von außen zu ihrem „Schutz“ drängte. Und zwar umso mehr, als es keine plausible demokratische Alternative auf nationaler Ebene gibt.

David gegen Goliath

Die „entschiedenen Worte“ von al-Scharaa gegenüber Israel wurden zu Schall und Rauch, als das Treffen zwischen dem syrischen Außenminister und einer israelischen Delegation (darunter der Minister für strategische Angelegenheiten Ron Dermer) über Deeskalation und Sicherheit in der Region vor einigen Tagen in Paris angekündigt

wurde. Dass diese Ankündigung zum ersten Mal seit Jahrzehnten auch noch offiziell von der syrischen arabischen Nachrichtenagentur (SANA) ausging, zeigt obendrein, dass es darum geht, Tel Aviv zu beschwichtigen.

Dies überrascht nicht, da der Präsident seit Jahresbeginn wiederholt bekräftigt hat, dass sein Regime keine Bedrohung für Israel darstellt, und offenbar gegenüber Präsident Trump erklärt hat, dass er bereit sei, sich unter den „entsprechenden Bedingungen“ den Abraham-Abkommen anzuschließen. Außerdem hat er zugegeben, dass es indirekte Verhandlungen mit Israel gäbe, zumal beide Länder „gemeinsame Feinde“ hätten, nämlich den Iran und die Hisbollah. Insofern könne Syrien durchaus „einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit in der Region leisten“.

Dazu passt auch, dass aus Damaskus kein Protest gegen die massiven israelischen Luftangriffe gegen den Iran erfolgte, da Syrien jede Schwächung der Islamischen Republik (und der Hisbollah im Libanon) zupass kommt. Diese Haltung rührt nicht nur aus der seinerzeitigen Unterstützung des Irans für Assad gegen die aufständischen Kräfte, sondern entspricht auch der politischen Ausrichtung der neuen Machthaber, die sich an der US-Politik orientieren. Syrien hat sogar die Grenzkontrollen zum Libanon verschärft und konfisziert regelmäßig für die Hisbollah bestimmte Waffen.

Letztlich deutet alles auf eine Normalisierung der Beziehungen zu Israel hin.

Auch wenn die US-Sanktionen gegen Syrien bisher noch nicht offiziell aufgehoben worden sind, ist klar, dass dies nur passieren kann, wenn zuvor Verhandlungen und Zugeständnisse hinsichtlich der Kontrolle palästinensischer politischer und bewaffneter Akteure und der Normalisierung der Beziehungen zu Israel erfolgt sind. Tatsächlich wurden bereits mehrere palästinensische Führer in Syrien festgenommen, darunter Mitglieder des Palästinensischen Islamischen Dschihads (PIJ) und der Führer der Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando, der ein Verbündeter des ehemaligen Assad-Regimes war. Einige Führer palästinensischer bewaffneter Fraktionen, die größtenteils mit dem ehemaligen syrischen Regime verbunden waren, wurden ebenfalls gezwungen, das Land zu verlassen.

Die Verantwortlichen beider Länder führten direkte Gespräche, angeblich unter Vermittlung der Vereinigten Arabischen Emirate, die einen geheimen Kommunikationskanal eingerichtet hätten. Kürzlich erklärte der israelische Außenminister öffentlich seine Bereitschaft zu

diplomatischen Beziehungen mit Syrien und dem Libanon, vermied jedoch eindeutig jede Diskussion über die seit 1967 von Israel besetzten Golanhöhen.

Erschwerend kommt hinzu, dass der ehemalige Direktor des Krankenhauses von Aleppo und langjährige Befürworter einer Normalisierung, Shadi Martini, im Juli direkt aus Syrien nach Israel gereist ist, um an einer Sitzung der Knesset teilzunehmen und somit den Normalisierungsprozess voranzutreiben. Vor seiner Reise hatte Martini al-Scharaa getroffen, der das Ereignis laut Martini als „einzigartige Chance für den Nahen Osten“ bezeichnet hatte.

Syriens Zukunft bleibt düster

Die Positionierung Syriens fest an der Seite der USA (und ihrer regionalen Verbündeten) dient auch dazu, ausländische Investitionen anzuziehen. Bereits in den letzten Monaten haben diese zugenommen, insbesondere von Investoren aus den Golfstaaten. Dies fügt sich ein in eine zunehmende Liberalisierung der Wirtschaft, insbesondere durch die Privatisierung staatlicher Vermögenswerte und Sparmaßnahmen in der Sozialpolitik.

Entgegen den Aussagen der neuen Machthaber und ihrer Anhänger gibt es jedoch keine Garantie dafür, dass das Bündnis mit den westlichen Mächten und die Normalisierung der Beziehungen zu Israel die wirtschaftliche und politische Lage des Landes verbessern werden. Man muss sich nur die Entwicklung Ägyptens nach dem Friedensabkommen mit Israel im Jahr 1981 ansehen. Trotz einer jährlichen Finanzhilfe von etwa 1 Milliarde Dollar durch die USA hat sich die sozioökonomische Lage seitdem stets verschlechtert. Die soziale Ungleichheit hat erheblich zugenommen, ebenso die Armut, sodass 2024 mehr als ein Drittel der Bevölkerung als arm galt.

Anfang des Jahres haben die ägyptischen Behörden Millionen von Menschen den Zugang zu vergünstigten Lebensmitteln wie Brot etc. entzogen und gleichzeitig den Preis für staatlich subventioniertes Brot erhöht, um den Staatshaushalt zu „entlasten“. Diese jüngsten Sparmaßnahmen wurden nach wiederholten Abwertungen der ägyptischen Währung und einer drastischen Kürzung der Subventionen für Strom, Kraftstoff und Trinkwasser ergriffen. Diese Situation hat zu Frustration und zunehmenden Protesten unter den armen ägyptischen Bevölkerungsschichten, die nun zur Kasse gebeten werden, geführt.

Die ägyptische Wirtschaft im Ganzen steckt in einer tiefen Krise. Die Auslandsverschuldung ist von 55,8 Mil-

liarden Dollar im Jahr 2016 auf 164,5 Milliarden Dollar im Jahr 2023 gestiegen, was durch die Aufnahme weiterer Auslandskredite und die hohen Zinssätze noch verschärft wird.

Gleichzeitig hat Ägypten nach und nach seine Souveränität verloren und sich den Interessen der USA und Israels angepasst. Davon zeugen seine Rolle bei der Blockade des besetzten Gazastreifens (insbesondere während des aktuellen Völkermords) sowie die gewaltsame Unterdrückung der Solidaritätsaktionen mit Palästina während des Marsches für Gaza.

Wenn das alles ist, was das „neue Syrien“ erwartet, dann ist der Kurs, den die derzeitige Führung des HTC eingeschlagen hat, zutiefst beunruhigend.

Es klingt einfach, aber die Zukunft liegt in einem politischen und wirtschaftlichen System, das auf Demokratie, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit basiert und sich mit dem palästinensischen Volk und anderen Völkern der Region gegen alle Formen der Unterdrückung solidarisch zeigt. Keine anderweitigen Zugeständnisse werden das Volk aus der Armut und Unterdrückung befreien, denen es seit langem ausgesetzt ist. Um es mit den Worten eines syrischen Revolutionärs zu sagen, der im Sommer 2014 aus den von Israel besetzten syrischen Golanhöhen schrieb: „Freiheit – ein gemeinsames Schicksal: Gaza, Yarmouk und der Golan.“

Quelle: *The New Arab* vom 21. August 2025
Französische Version in *inprecor*

Joseph Daher ist ein syrisch-Schweizer Forscher mit Schwerpunkten Syrien, Libanon, Palästina und Mitglied der sozialistisch-feministischen Organisation solidaritéS in der romanischen Schweiz.

Übersetzung aus dem Französischen: MiWe

NEU bei ISP



IV. Internationale

Manifest für eine ökosozialistische Revolution Mit dem kapitalistischen Wachstum brechen!

Herausgegeben von:
BfS (Schweiz), ISO (Deutschland),
SOAL (Österreich)
64 Seiten, 4,00 € zzgl. Porto 2,00 €
2025, ISBN 978-3-89900-161-7

Das kapitalistische Profitstreben vergrößert die soziale Ungleichheit und zerstört unseren Planeten und somit den einzig verfügbaren Lebensraum. Statt besinnungslos die Produktion immer weiter und ungeachtet der realen Bedürfnisse voranzutreiben, treten wir für einen demokratischen und revolutionären Sozialismus ein, der den ökologischen und anderen drängenden Herausforderungen gerecht wird.

Das vorliegende Manifest der Vierten Internationale, angenommen auf dem 18. Weltkongress, plädiert für eine andere – ökosozialistische – Gesellschaft und entwirft dafür Übergangsforderungen, die an die jeweiligen Gegebenheiten angepasst werden müssen. Unser zentrales Anliegen hierbei ist, die Kämpfe gegen alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Enteignung zusammenzuführen und damit den Erfolg zu ermöglichen.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: neuer.isp.verlag@t-online.de

Internet: www.neuerispverlag.de

KRITISCHE MINERALIEN UND GENOZID IM KONGO

Die unendliche Nachfrage nach endlichen Ressourcen könnte zu einer weiteren Katastrophe führen. Wie eine „ökologische Wende“ bei fortexistierendem Spätkapitalismus verheerende Folgen nach sich ziehen kann.

■ Phil Hearse

In den Kriegen von 1998 bis 2012 kämpfte die nationale Armee der Demokratischen Republik Kongo sowohl gegen lokale Milizen als auch gegen die Armeen der Nachbarländer Ruanda und Uganda. Sechs afrikanische Länder intervenierten zudem als Friedenstruppe. Schätzungen zufolge wurden zwischen vier und sechs Millionen Menschen getötet. Nun ist es erneut zu Gewaltausbrüchen gekommen: Im Januar 2025 hat die von Ruanda unterstützte M23-Miliz die Armee der DRK aus Goma, der Hauptstadt der Provinz Nord-Kivu, vertrieben. Seitdem sind Zehntausende aus Goma geflohen und kommen nun zu den schätzungsweise 750 000 Menschen in Flüchtlingslagern hinzu. Im Februar wurde Bukavu, die Hauptstadt Süd-Kivus, kampflos der M23 überlassen.

Seitdem die M23-Miliz in die Provinzen Nord- und Süd-Kivu eingefallen ist und deren Hauptstädte eingenommen hat, wurden schätzungsweise 3000 Menschen getötet. Laut lokalen Medienberichten waren die Straßen von Goma mit Leichen übersät, darunter offenbar viele Zivilpersonen. Gewalt gegen die Zivilbevölkerung ist weit verbreitet, wobei auch die sexuelle Gewalt gegen Frauen ein großes Ausmaß erreicht. Vor zwanzig Jahren galt die Demokratische Republik Kongo als Vergewaltigungshochburg der Welt. Heute reicht der Begriff Vergewaltigung nicht mehr aus, um die unaussprechlichen Gräueltaten zu beschreiben, die von allen Konfliktparteien an Frauen verübt werden. Sexuelle Gewalt hat eine ganz bestimmte Funktion: Sie soll die Bevölkerung in Angst

und Schrecken versetzen und sie zu Gehorsam oder Flucht zwingen.

Neuer interimperialistischer Konkurrenzkampf

Nord- und Süd-Kivu sowie das weiter südlich gelegene Katanga verfügen über riesige Vorkommen an kritischen Mineralien, darunter Gold, Diamanten, Coltan, Kobalt und die 17 Metalle der sogenannten Seltenen Erden, die für elektronische Geräte aller Art benötigt werden, aber auch andere Mineralien wie Lithium, das für Batterien von Elektroautos benötigt wird.

Die Suche nach kritischen Mineralien gehört zum neuen interimperialistischen Wettbewerb. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, besuchte 2023 Kigali und traf sich mit dem ruandischen Präsidenten Paul Kagame, um Mineraliengeschäfte der EU zu besprechen. Die in Luxemburg ansässige Rohstoffhandelsfirma Traxys gilt als Hauptlieferant sogenannter „Blutmineralien“ an weiterverarbeitende Unternehmen in der EU. Im April warf die Nichtregierungsorganisation Global Witness dem Unternehmen Traxys vor, wissentlich Coltan aus von Milizen kontrollierten Gebieten in Nord-Kivu zu handeln (s. Kasten „Traxys und kritische Mineralien“).

Die Nachfrage nach kritischen Mineralien steigt rapide an, weil sich die Nachfrage nach elektronischen Geräten beschleunigt, aber auch, weil die führenden Modelle der grünen Wende eine große Anzahl von Batterien und Magneten benötigen. Windkraftanlagen finden breite

Anwendung, und bis 2050 wird es 1,4 Milliarden Elektroautos geben. Gleichzeitig erfordert die Intensivierung der Produktion von Hightech-Waffen (und das dafür erforderliche Cloud Computing) große Mengen an Seltenen Erden und anderen Mineralien.

Wir stehen an der Schwelle zu einer neuen Ära katastrophaler Kriege, in denen mithilfe modernster Technologie Ziele wie Waffensysteme, Soldat:innen, Zivilist:innen oder öffentliche Infrastruktur aufgespürt und mit „maximaler Letalität“, wie es das US-Militär nennt, zerstört werden. Dies hat die Welt zu einem neuen Wettrüsten geführt, das jenes in der Zeit des Kalten Kriegs insofern übertrifft, als ständig neue und tödlichere Waffen entwickelt und eingesetzt werden. Die völlige Missachtung menschlichen Lebens durch die imperialistischen Mächte zeigt sich im Einsatz von weißem Phosphor durch Russland in Syrien, von chemischen Waffen durch die ehemalige Regierung Baschar al-Assad gegen die islamistischen Hochburgen im Norden Syriens und in der Vielzahl von Drohnen und Raketen, die Russland in der Ukraine einsetzt. Und die USA haben Israel 14 000 Bomben mit einem Gewicht von jeweils 2000 Pfund geliefert – die Bombe, die Hiroshima zerstörte, hatte eine Sprengkraft von 15 Tonnen –, weshalb Gaza aussieht, als wäre es von mehreren Atombomben getroffen worden.

Zukünftige grüne Wende

Die grüne Wirtschaft der Zukunft basiert zu einem großen Teil auf Maschinen, die begrenzt vorhandene kritische Mineralien benötigen. Aufgrund des enormen Energieverbrauchs von elektronischen Geräten und Rechenzentren werden sich bis 2050 entscheidende Fragen zum Modell der grünen Wende stellen, das Energie- und IT-Unternehmen sowie Regierungen anstreben. Die unendliche Nachfrage nach endlichen Ressourcen könnte zu einer weiteren Katastrophe führen.

US-Präsident Donald Trump befindet sich in dieser Frage in einem Zwiespalt. Einerseits bezeichnet er die Klimaforschung als Unsinn, andererseits wünscht er eine Beteiligung der USA am Kampf um die kritischen Mineralien, die für die grüne Wende benötigt werden. Auf der regionalen Sicherheitskonferenz in Singapur am 30. Mai forderte der französische Präsident Emmanuel Macron die asiatischen und europäischen Länder auf, sich gemeinsam gegen die Großmächte (USA und China) zu wehren. Sie würden versuchen, Ressourcen wie zum Beispiel Mineralien oder Fischbestände zu kontrollieren und kleinere Nationen zu verdrängen. Macrons Appell richtete sich dabei vor allem an Länder wie Indonesien und die Philippinen.

Am nächsten Tag erklärte US-Verteidigungsminister Pete Hegseth, die USA seien schon immer eine Macht im indopazifischen Raum gewesen und China stehe vielleicht kurz davor, einen Angriff auf Taiwan zu starten. Damit versuchte er, die Debatte auf ein militärisch-sicherheitspolitisches Terrain zu lenken. Er bemühte sich, zu betonen, die asiatischen Länder könnten ihre Verteidigung nur gewährleisten, wenn sie sich dem US-Militarismus anschließen.

Imperialistische Ausbeutung

Die Auswirkungen der imperialistischen Herrschaft auf die Demokratische Republik Kongo zeigen sich im Kontrast zwischen dem außergewöhnlichen Mineralreichtum des Landes und der bitteren Armut des größten Teils seiner Bevölkerung. In Sachen Massenverelendung liegt die Demokratische Republik Kongo weltweit an fünfter Stelle. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen beträgt nur 449 US-Dollar pro Jahr, und 75 Prozent der Bevölkerung leben von weniger als 2 US-Dollar pro Tag.

Der Mineralreichtum des Landes wird zwischen den korrupten Machthabern der Demokratischen Republik Kongo, von Ruanda und Uganda sowie ihren jeweiligen Kapitalistenklassen aufgeteilt – einer kleinen Gruppe von Menschen, die durch ihre Verbindungen zu Armee, Milizen und staatlichen Regierungsapparaten am Handel mit Mineralien beteiligt sind.

Wenn wir die Situation in der Demokratischen Republik Kongo mit Norwegens riesigen Bodenschätzen (Erdöl und in geringerem Maße Erdgas) vergleichen, wird der Preis, den das Land für die imperialistische Intervention zahlt, deutlich. Die norwegische Ölindustrie wurde nach der Entdeckung von Ölvorkommen in der Nordsee im Jahr 1969 verstaatlicht. Mit dem Geld aus dem Öl wurde die Einrichtung eines Staatsfonds finanziert, der heute als National Investment Fund bezeichnet wird. Der Wert dieses Fonds beläuft sich derzeit auf knapp 1,8 Billionen US-Dollar. Das durchschnittliche Jahreseinkommen in Norwegen beträgt mehr als 60 000 Dollar und das Pro-Kopf-Einkommen ist weltweit eines der höchsten.

Die imperialistische Ausbeutung der Ressourcen der Demokratischen Republik Kongo hat der Bevölkerung Armut, fortgesetzte Vertreibung und endlose Gewalt gebracht. Die Kapitalistenklassen armer Länder wie der Demokratischen Republik Kongo, die den nationalen Reichtum verscherbeln und sich dabei bereichern, werden von Marxist:innen als „Kompradorenkapitalist:innen“ bezeichnet. Eine raffinierte Variante davon hat Ruandas Präsident Paul Kagame entwickelt: Er bereichert sich und

die ruandische Kapitalistenklasse, indem er nicht nur die Reichtümer seines eigenen Landes verkauft, sondern auch jene eines Nachbarlandes mit viel größeren Mineralvorkommen – der Demokratischen Republik Kongo.

Kein unbegrenzter Konsum auf einem endlichen Planeten

Der Kampf um die Kontrolle über kritische Mineralien ist Teil einer neuen Phase des Imperialismus. Als Galionsfigur der faschistischen MAGA-Bewegung versucht Trump, die Globalisierungsphase des Weltkapitalismus zu unterlaufen. Gleichzeitig haben große kapitalistische Staaten einen ökologischen Wandel in Gang gesetzt, der den Einsatz großer Mengen wichtiger Metalle erfordert. – Aber diese Metalle sind endlich.

Für Kapitalist:innen auf der ganzen Welt, die aus der grünen Wende Kapital schlagen wollen, bedeutet dies die fortlaufende Produktion neuer Waren, was zu einem immer größeren Verbrauch endlicher Ressourcen führt. Das Schauspiel des zeitgenössischen Kapitalismus erzeugt ständig die Illusion, dass Menschen durch die Anhäufung von Dingen wie beispielsweise Fast Fashion, schnellen Autos und Eigenheimen wie reiche Prominente leben können. Aber das können sie nicht – weder jetzt noch unter dem Sozialismus.

17. Juni 2025

Aus: <https://links.org.au/critical-minerals-and-genocide-congo>

Phil Hearse ist Mitglied der britischen National Education Union und Unterstützer der A*CR (Anticapitalist Resistance)

Übersetzung: A. W.

TRAXYS UND KRITISCHE MINERALIEN

Eine neue Untersuchung der NGO Global Witness wirft ernsthafte Fragen hinsichtlich der Verantwortung der Europäischen Union im anhaltenden Konflikt im Osten der Demokratischen Republik Kongo auf.

Der Bericht enthüllt, dass Traxys, ein in Luxemburg ansässiger Rohstoffhändler, große Mengen an Coltan gekauft hat, die 2024 offiziell aus Ruanda exportiert wurden – doch ein Großteil davon soll aus Rubaya stammen, einem Bergbauggebiet in Nord-Kivu, das von der bewaffneten Gruppe M23 kontrolliert wird. Laut Zollangaben, die Global Witness vorliegen, importierte Traxys im Jahr 2024 aus Ruanda 280 Tonnen Coltan. Zwei von Global Witness befragte kongolesische Coltan-Schmuggler erklärten jedoch, das Material sei in Rubaya abgebaut worden, wo die M23 die militärische und administrative Kontrolle übernommen hat. Eine Quelle erklärte zudem, die Rebellengruppe erhebe eine Steuer von 15 Prozent auf jede Ladung Coltan, die ihr Gebiet durchquert.

Aus Coltan kann Tantal gewonnen werden. Tantal ist ein wichtiger Bestandteil von Smartphones, Elektrofahrzeugen und anderen Technologien, die für die globale Energiewende von zentraler Bedeutung sind.

Quelle: Business and Human Rights Resource Centre

Fortsetzung von Seite 62

Was könnte Apollo in Costa sehen? Vielleicht einen abgespeckten Betrieb ausschließlich an erstklassigen Standorten – wie im Zentrum Londons und an Flughäfen –, wo Spitzenpreise verlangt werden können. Der Rest des Besitzes könnte stückweise veräußert werden. Eine andere Option wäre, einige Filialen in die Wagamama-Restaurantkette einzugliedern.

Diese Art von Veränderung ist in der Regel eine schlechte Nachricht für das Personal, da sie oft mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen und einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verbunden ist. Nicht, dass die derzeitige Situation brilliant wäre. Vollzeit-Baristas in den großen Kaffee Ketten verdienen knapp über dem nationalen Mindestlohn – rund 18 000 Pfund (21 000 €) pro Jahr bei einer 37,5-Stunden-Woche. Von dieser Summe kann man unmöglich leben, wenn die Durchschnittsmiete für eine Ein-Zimmer-Wohnung in London bei 1500 Pfund pro Monat liegt, während Zwei-Zimmer-Wohnungen im Durchschnitt 1900 Pfund kosten. In angesagten Gegenden sind die Mieten noch höher.

Für junge Menschen, die allein leben – oder sogar mit einem Partner, der auch nicht viel mehr verdient – sind die Lebenshaltungskosten erdrückend. Daraus ergeben sich zwei Konsequenzen: steigende Privatverschuldung, da die Menschen für ihre täglichen Ausgaben auf Kreditkarten angewiesen sind; und schlimmstenfalls die Obdachlosigkeit, insbesondere bei gering qualifizierten Männern mittleren Alters.

Der Rückzug von Coca-Cola aus dem Kaffee Geschäft ist Ausdruck einer Strategieänderung hin zu „gesünderen“ Getränken. Ende des 20. Jahrhunderts überholte Kaffee den Tee in Großbritannien und beendete damit seine 200-jährige Herrschaft. Der regelmäßige Konsum von „Premium“-Kaffee – also alles, was über Instantkaffee hinausgeht – dürfte zunehmend der Mittelschicht vorbehalten sein.

2. September 2025

Phil Hearse ist Mitglied der Nationalen Bildungsgewerkschaft (National Education Union, UK) und Unterstützer der Anticapitalist Resistance ACR.

Quelle: Anti*Capitalist Resistance, <https://anticapitalistresistance.org/storm-in-a-coffee-cup-a-catalogue-of-global-warming-effects/>

Übersetzung: Björn Mertens



Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGTBQ und anderen Themen, in denen Aktivist*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

STURM IN DER KAFFEETASSE – AUSWIRKUNGEN DER GLOBALEN ERWÄRMUNG

Haben Sie gerade 2 Milliarden Euro ungenutzt herumliegen? Wenn ja, dann haben wir hier eine Investitionsmöglichkeit.

■ Phil Hearse

■ Coca-Cola, Eigentümer der Coffeeshop-Kette Costa Coffee, will sie loswerden. Analysten sprechen von einer Preisvorstellung von 2 Milliarden Pfund (2,3 Mrd. Euro), obwohl das Unternehmen wahrscheinlich für 1,5 Milliarden Pfund zu haben wäre.

Was steckt also hinter dieser Entscheidung – ein erheblicher Abschlag auf die 3,9 Milliarden Pfund, die Coca-Cola im Jahr 2018 gezahlt hat? Die Hauptursache ist der Preisanstieg für die Kunden, der vor allem durch die Klimakrise verursacht wurde, die die Erzeuger in Brasilien, Vietnam und Kolumbien schwer getroffen hat.

Der Anstieg bei Ketten wie Starbucks, Pret a Manger und Costa war dramatisch. Die wahren Preise in Coffeeshops sind schwer zu ermitteln, da die „Premium“-Läden in den Innenstädten in der Regel höhere Preise verlangen, und an Verkehrsknotenpunkten wie Flughäfen und größeren Bahnhöfen sind die Preise noch viel höher. Starbucks gibt für einen tall latte (großen Milchkaffee) 3,65 Pfund an, aber dieser Preis ist schwer zu finden. In Stadtzentren liegt er wahrscheinlich näher an 4,50 Pfund und an Flughäfen weit über 5 Pfund.

Für Büro- und Geschäftsangestellte – also Vollzeitbeschäftigte mit einem großzügigen sechswöchigen Urlaub – kostet der Kaffee auf dem Weg zur Arbeit inzwischen rund 900 Pfund (ca. 1050 Euro) pro Jahr. Es stimmt, man kann bei Starbucks verweilen und an einem Kaffee 90 Minuten oder länger trinken. Aber nicht, wenn Sie zur Arbeit eilen.

Der Klimawandel ist der Hauptfaktor, der die Preise in die Höhe treibt, aber ein weiterer ist der Anstieg der Düngemittelpreise, der durch die Störung der russischen Exporte verursacht wird – ein weiterer Weg, wie Putins Krieg in der Ukraine die Weltwirtschaft erschüttert hat. Hinzu kommt die Unterbrechung der Versorgung durch die Straße von Hormus, verursacht durch Huthi-Angriffe auf die Schifffahrt in Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

Die Auswirkungen des Klimawandels auf Kaffee lesen sich wie ein Katalog der Auswirkungen der globalen Erwärmung. Brasilien, der weltweit größte Produzent von Arabica-Bohnen, hat große Fröste, Dürren und Stürme erlitten. Insbesondere Fröste haben junge Bäume vernichtet, deren Ersatz 20 Jahre in Anspruch nimmt. Die vietnamesische Robusta-Ernte – die Hauptbohne für Instantkaffee – wurde von Stürmen und Dürren heimgesucht. Kolumbiens Ernte hat ähnliche Unglücke erlitten. Experten schätzen, dass bis 2050 vierzig Prozent der derzeit für Kaffee genutzten Flächen für den Anbau ungeeignet sein werden.

Costa Coffee soll sich in Gesprächen mit Apollo Global Management befinden, einer großen Private-Equity-Gruppe mit Beteiligungen in verschiedenen Branchen, der auch die Schnellrestaurantkette Wagamama gehört. Die drei Gründungspartner haben es Finanzriesen wie BlackRock und Vanguard ermöglicht, Minderheitsbeteiligungen zu übernehmen.

Fortsetzung auf Seite 61